

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf. monatlich 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., halbjährlich 6,60 M., jährlich 12 M., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Scheinungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehobene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Berichtigungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (ausfallig 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montag.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 23. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 10. September, abends 7 Uhr,

nach dem „Vollhaus“ in Jena, Karl Zeißplatz, ein.

An die 7 Uhr abends erfolgende Eröffnung schließen sich die Konstituierung des Parteitages, die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an.

Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokale statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: S. Müller, F. Ebert.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Ged.
4. Die Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter: Hermann Rolkenbuhr.
5. Die Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Webel.
6. Die Reiseleiter. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirbt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitz des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenseignung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

H. Leber, Jena, Magdelfstieg 3.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

versandt. Vor dem Parteitage findet am 8. und 9. September im „Gewerkschaftshaus“ zu Jena, Johannisplatz 14, eine

Sozialdemokratische Frauentagung

statt. — Die vorläufige Tagesordnung dieser Konferenz lautet:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureau.
 - a) Agitation, b) Frauentag, c) Die Kindererschulungskommissionen. Berichterstatterin: S. Ziehl.
 - d) Die Lesabend, e) Die Besucherkommissionen. Berichterstatterin: O. Waader.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Berichterstatterin: A. Zettin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: A. Wehl.

Zur Teilnahme sind die Parteitagdelegierten berechtigt, die ein Mandat zur Frauentagung haben. Der Frauentagung geht am Donnerstagabend 8 Uhr eine geschlossene Sitzung im gleichen Saale voraus.

Mit sozialistischen Grüßen

Der Parteivorstand.

Monarchismus und Sozialismus.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Der König und die Königin von Belgien haben kürzlich die Ausstellung von Charleroi besucht. Der Empfang durch die Bevölkerung soll sehr enthusiastisch gewesen sein, was auch die dortige sozialistische Zeitung in einem acht Spalten langen Artikel vermeldete.

Wenn es schon immer und überall Leute gibt, die ein Bläffer darin finden oder sogar das Bedürfnis haben, die jeweiligen gekrönten Häupter anzuhocken, dann kann man es schlechtlich auch begreiflich finden, daß auch Albert I. und Elisabeth jetzt ihren Teil Begeisterung abbekommen. Albert hat das Glück, der Nachfolger Leopold II. zu sein. Die Konkurrenz war also wahrlich nicht schwer zu besiegen. Schon

die Tatsache, daß dem verstorbenen habgierigen Coburger, der sich für „sein Volk“ auch nicht das kleinste Opfer sentimentaler Mühen abrang, der nur seinen Geschäften, seinem Maitressenkult und seinen ehrgeizigen oder großwahnsinnigen Projekten lebte, ein Mann folgte, dem man ein honettes Familienleben und eine weniger geschäftswütige Auffassung des Herrscherberufes nachsagte, hat von vornherein bewirkt, daß Albert und seine Frau in den patriotisch-royalistischen Kreisen eine fast demonstrativ gefärbte gute Aufnahme fanden. Dazu kommt wohl auch, daß man Albert, wie einst Wilhelm II., demokratische Ideale nachrühmt, die man mit den Ansichten in Verbindung bringt, die in dem Buche eines einflussreichen Hauslehrers des Königs, namens Sigogne, niedergelegt sind, und an dessen Autorschaft der König mitbeteiligt sein soll. — Alles das gefällt jetzt jenen Belgiern sehr, in deren Denkweise diese Dinge durch die Optik der monarchistischen Idee eine entsprechende Wichtigkeit annehmen, und stimmt auch sonst psychologisch mit der Atmosphäre zusammen, die aus dem politischen Dunstkreis der Kulturkampfbeziehung emporsteigt und in manchen Gehirnen etwas nebulöse „demokratische“ Vorstellungen auslöst.

Die Begeisterung in Charleroi soll aber vor allem die Antwort auf die Haltung des Königs in der Schulfrage gewesen sein: die öffentliche Quittierung für die „antiklerikale Geste“ Alberts, das Ministerium zur Demission und die Merkmalen damit zum Verlassen des Schulprojekts zu haben. Daß diese Geste sozusagen der logische Schluß aus der ganzen, durch die grandios geführte und gesteigerte Bewegung geschaffenen politischen Situation war, gibt den Dingen hüben und drüben allerdings erst das richtige Maß, ohne daß darum schließlich die „Geste“ an Sympathie zu verlieren braucht.

Wenn es nun Leute gibt, die, weil Albert I. Merkmalen Minister nach Hause schickt — gegen die freilich bereits die Volkseinstimmung in allen Provinzen raste —, sich kühnen oder kindischen Hoffnungen auf Gott weiß was für politische und soziale Wandlungen hingeben, oder die gar, weil der König heute vielleicht noch einem Geispinst von „sozialem Monarchismus“ nachhängt, die monarchistische Idee schmählicher finden, so ist das ein Privatvergnügen, das man niemandem zu stören braucht. Nur könnte man füglich meinen, daß auch ein „modernistisch“ „decorativ-demokratisch“ zugestutzter Monarchismus den Sozialdemokraten den Aspekt der Dinge nicht verriide und auch „antiklerikale Geste“ die Idee des Monarchismus nicht in andere Beleuchtung rückt. Aber der Sozialismus gewinnt zuweilen seltsame Nuancen, wie auch das Beispiel von Charleroi wieder zeigt.

Daß Albert I. und Elisabeth in Charleroi einen „begeisterten Empfang“ gefunden, verdiente an und für sich keine weitere Betrachtung. Auffällender freilich ist es, zu sehen, daß dieser Begeisterungsrausch nicht ausschließlich auf die lokalistisch-royalistische Bevölkerung beschränkt blieb und sich gerade in einer Stadt so stürmisch anließ, deren Arbeiterbevölkerung sich sonst auf ihren Republikanismus viel zugute tut. Als zum Beispiel vor nicht langer Zeit Fallières in Belgien zu Besuch war, haben die dortigen Arbeiter des Vorinages die Resolution der Brüsseler Föderation als zu flau verworfen, weil sie dem Republikanismus nicht unbedingte Anerkennung zollte. — Daß sich die 1100 Arbeiter einer Fabrik in Gilly, nach einer Meldung des „Peuple“, wie enthusiastische Studenten einer Primadonna, dem König angeboten haben, das königliche Gefährt zu ziehen, soll nur als trauriges Beispiel dafür angeführt werden, daß es noch immer arbeitende Menschen gibt, denen die Würde der Arbeit völlig fremd ist. Die Befinnung dieser Arbeiter wollen wir nicht weiter überprüfen.

Aber die prononciert-republikanische Stadt Charleroi, eine der industriellen Mittelpunkte des sozialistisch vorgeschrittenen Hennegau, hatte auch Formen der Zustimmung für die „antiklerikale Geste“ des Königs, die den dortigen Sozialismus zum Mummenschanz einer Lokalitätsundegebung geführt haben, die ihren literarisch-philosophischen Niederschlag im Parteiblatt „Journal de Charleroi“ in einem Artikel des bekannten Parteischriftstellers Jules des Effarts gefunden hat. Der Artikel trug die Ueberschrift: „Sozialismus und Monarchismus“ und hat seither in der Parteipresse zu mehrfacher Polemik geführt.

Vorerst sei bemerkt, daß sämtliche sozialistischen Mandatäre es für nötig hielten, sich am zeremoniellen Empfang des Königspaares zu beteiligen. Und damit auch hier das bei solchen Gelegenheiten übliche „rührende“ Moment nicht fehle, haben die Kinder eines sozialistischen Gemeinderates — übrigens auch die Gattin des Abgeordneten Destree — der Königin Blumen überreicht. Der erwähnte Artikel gibt diesen Dingen aber erst die richtige Beleuchtung und Perspektive. Als Schwerpunkt dieses Artikels kann man den Satz bezeichnen, der der sozialistischen Welt das Verschwinden des „alten Irrtums von der absoluten Unvereinbarkeit von Sozialismus und konstitutioneller Monarchie“ anzeigt. Die psychologische und materielle Untersuchung dieses „Irrtums“ für den speziellen belgischen Fall leitet eine lyrisch-dithyrambische Darlegung der Tugenden der Königin, die jedem bürgerlichen Matthe Ehre machen würde, ein, die mit ihrem „graziösen Lächeln“, ihrer sorgenden Aufopferung für ihre Kinder, ihrem Wohlwollenssinn „unseren jungen Mädchen und Familienmüttern als das personifizierte Ideal der

Weiblichkeit“ erscheint. Der Stil ist, wie man sieht, etwas ungewöhnlich für einen sozialistischen Schriftsteller — besonders feinsinnig ist es, den armen Glasarbeiterinnen, Bergarbeiterfrauen usw. eine Nachfeier von Tugenden zu empfehlen, an der Wohnungs-, Lebens- und leider auch die Bildungsverhältnisse dieser Frauen wohl einigermaßen scheitern dürften. — Folgt eine ebensolche Schilderung der guten Eigenschaften Alberts und die Feststellung seiner Haltung gegenüber dem Ministerium Schollaert. — Der begeisterte Empfang, den Albert bei der Bevölkerung von Charleroi gefunden, sei aber vor allem darauf zurückzuführen, daß man dort „mit ebensoviele Erstaunen wie Bemühtung“ erkannt habe, „daß ein Monarch auf den Thron gelangt sei, der nicht mehr wie sein Vorgänger ein unüberwindliches Hindernis für die Entwicklung des Landes zur Demokratie ist.“ Die persönliche Feindseligkeit gegen das Königtum, heißt es weiter, ist verschwunden, da es offenkundig ist, daß der König dem Gange einer Entwicklung zur Demokratie und Gerechtigkeit nicht feindlich entgegensteht.

Schließlich hören wir, als vorbereitendes Plädoyer für den Ministerialismus, daß dieser „alte Irrtum von der Unvereinbarkeit von Sozialismus und konstitutioneller Monarchie“ von böswilligen Leuten zu dem Zweck verbreitet wird, um glauben zu machen, daß ein König keine sozialistische Regierung berufen könnte und andererseits die Sozialisten nicht unter einer Monarchie Minister werden könnten. — Wie man aus diesen Proben sieht, handelt es sich hier nicht allein um eine für einen republikanischen Sozialisten etwas auffällige und eigenartige Heraus- und Unterstreichung des Wertes der Tugenden eines konstitutionellen Herrschers für die Entwicklung des Landes, sondern es wird der sichtlich Versuch gemacht, die sozialistischen Arbeiter mit dem Gedanken der Monarchie zu versöhnen. Statt den Arbeitern, was man bei dem zurückgebliebenen Stande der Organisation in Belgien hier zu Lande wahrlich nicht oft genug sagen kann, als einzigen Weg für die „Entwicklung der Demokratie und Gerechtigkeit“ die Organisation, den Klassenkampf, das Streben nach Aufklärung zu empfehlen, wird ihnen die goldene Aussicht auf eine Demokratie durch Königsgnaden vorgezaubert. Wobei hier weiter garnicht auf das Thema eingegangen werden soll, daß in einem Lande wie Belgien, wo durch die Verfassung, die die Nation sonderbar erklärt, wo der König „herrscht aber nicht regiert“, der persönlichen Machtstellung des Regenten fast kein Raum zugemessen ist. „Die ganze belgische Konstitution“, schrieb Vanderbelde dieser Tage über diesen Gegenstand, „wurde gemacht, um den sogenannten Souverän zu verhindern, gegen die Nation zu regieren“. Der belgische König habe in Wirklichkeit nicht mehr Macht als der Präsident der französischen Republik und weit weniger als der Präsident der Vereinigten Staaten.

Daß dem Artikel auch die zweifelhafte Absicht zugrunde liegt, gerade im gegenwärtigen politischen Augenblick den Sozialismus auch jenen Leuten mundgerecht und schmählicher zu machen, die sich am „Republikanismus“ der Arbeiterpartei stoßen, ist nicht schwer zu bezugieren und wird durch das Echo bekräftigt, das er im Genter Blatt „Booruit“ gefunden, wo als Erwiderung auf die verschiedenen Polemiken den Liberalen zugerufen wird, sich nicht durch unzeitgemäße Betrachtungen über die republikanische Idee schrecken zu lassen. — Worauf mit Rücksicht auf den erwähnten Artikel nur zu erwidern ist, daß allerdings, worüber kein Wort zu sagen ist, die Frage der Republik für Belgien keinerlei aktuelle Bedeutung hat, so steht die Forderung einer republikanischen Verfassung doch im Programm der belgischen Arbeiterpartei und der Versuch einer Ausföhmung von Sozialismus und Monarchismus sollte schließlich jenen überlassen bleiben, die die letztere Institution für unentbehrlich halten. Jedenfalls stimmt es noch weniger mit dem Programm der Arbeiterpartei überein, daß sie durch ihre Presse dazu beitragen soll, dem Monarchismus, dem jetzt eine äußerst günstige Konjunktur winkt, auch in der Arbeitererschaft die Wege zu ebnen.

Was es wahr sein sollte, was anzunehmen man immerhin einigen Anlaß hat, daß Albert die Sozialisten für seine Pläne einfangen möchte, so hätte der Artikel des Blattes in Charleroi diesen Absichten jedenfalls vorgearbeitet. Offen war aber von der Entwicklung der Arbeiterbewegung, der fortschreitenden Aufklärung und dem Erstarken der belgischen Organisationen, daß die Masse der Arbeiter ohne Abschwüngen und Abirrungen ihren geraden Weg zum Ziel ihrer Befreiung geht.

Nochmals das Motu proprio Pius X.

Die ultramontane Presse, die orthodoxe wie die modernistische angehängelt, schimpft in allen Tonarten über den „Vorwärts“, weil dieser in seiner Nr. 163 die vom Papst in seinem Motu proprio vom 2. Juli angeordnete Verlegung einiger römisch-katholischer Festtage, darunter auch des Fronleichnamstages, auf einen Sonntag als eine durch seine Rücksichtnahme auf die Wünsche des Großkapitals diktierte Maßnahme charakterisiert und daran erinnert hat, mit welcher Entrüstung katholische Schriftsteller über die Ab-

Wahrung katholischer Feste und Ansehens durch die Reformation gelehrt haben. Obgleich in dem Motu proprio selbst als eigentliches Motiv der päpstlichen Verordnung die Störung des Handels und Verkehrs durch die vielen Festtage bezeichnet wird und außerdem der Charakter des päpstlichen Erlasses schon dadurch genügend gekennzeichnet wird, daß er in der kapitalistischen Handels- und Börsenpresse die eifrigste Anerkennung findet, möchte gar zu gerne die liberale Presse aus der Nachgiebigkeit der römischen Kurie gegen die Wünsche des Kapitalismus einen Akt der Sorge des Papstes um das Wohl der Arbeiter machen. Und um diesen Zweck zu erreichen, sind den frommen kirchlichen Blättern alle Mittel einer verlogenen jesuitischen Sophistik recht. So schreibt z. B. die „Germania“:

„Eine ebenso verlogene wie nichtwürdige Hebe hat die Sozialdemokratische Presse aus Anlaß des Erlasses gegen den hl. Vater ins Werk gesetzt. So bringt der „Vorwärts“ es fertig, den Papst zu beschuldigen: „aus feiler Rechnungsträgererei, um dem Verlangen des heutigen Kapitalismus nach vermehrter Gelegenheit zum Profitmachen und zur Ausbeutung der Lohnflotten entgegenzukommen und ihm weiteren Raum für seine Betätigung zu schaffen, einige Festtage auf den Sonntag verlegt zu haben.“ Und doch hat schon der Vorgänger des jetzigen Papstes, Leo XIII., in seinem Rundschreiben über die soziale Frage es als eine moralische Pflicht der Arbeitgeber bezeichnet, den Lohn der Arbeiter so zu gestalten, daß diese mit ihren Familien auch an den Sonn- und Feiertagen leben könnten. Weil das aber nicht überall geschieht, und weil gerade in konfessionell gemischten Gegenden sich Mißverhältnisse ungünstiger der katholischen arbeitenden Bevölkerung herausstellen, hat der hl. Vater sich zu jenem Schritte entschlossen. Oder ist dem „Vorwärts“ unbekannt, daß an den spezifisch katholischen Feiertagen die nichtkatholischen Arbeitgeber ihren Betrieb aufrechterhalten, und diese Arbeiter schon jetzt dort ihrer Beschäftigung nachgehen müssen? Wäre es daher dem „Vorwärts“ ernst mit seiner angeblichen Sorge um das Wohl der Arbeiter, so hätte er seine Vorwürfe an eine ganz andere Adresse richten müssen, als an den Papst. Jedenfalls könnte sich der „Vorwärts“ seine Kroschdelitäten sparen. Wenn für die Herren Genossen die Aufhebung dieser Ruhetage ein sozialpolitisches Verbrechen ersten Ranges ist, eine Unterdrückung des Kapitalismus, warum, so fragt der „Vater, Kurier“ die „Wächner Post“, haben dann die Sozialdemokraten, auch die in Bayern und in München, schon lange vor dem päpstlichen Motu proprio die katholischen nichtgefeierten Feiertage abgeschafft und sich zur Arbeit an diesen Tagen erboten?

Die „Germania“ leistet sich, wenn sie sagt, das Rundschreiben Leos XIII. erkläre es als eine moralische Pflicht der Arbeitgeber, den Lohn der Arbeiter so zu gestalten, daß diese mit ihren Familien auch an den Sonn- und Feiertagen leben können, eine kleine, ihren Zwecken recht geschickt angepasste Korrektur des päpstlichen Textes; denn in diesem steht nur, daß der Arbeitslohn nicht so niedrig sein dürfe, daß er einem genügsamen, rechtschaffenen Arbeiter nicht den Lebensunterhalt abwirft, und daß er ausreichen müsse, „Frau und Kind anständig zu erhalten“.

Allerdings spricht das Rundschreiben Leos XIII. auch von Sonn- und Feiertagen, aber in einem ganz anderen Zusammenhang, wie die „Germania“ behauptet. Leo XIII. fordert lediglich von den Unternehmern, daß sie ihren Arbeitern die zum „Ersatz der Kräfte“ nötige Ruhe gewähren, besonders aber, daß sie ihnen an Sonn- und Feiertagen Zeit für ihre gottesdienstlichen Übungen lassen. Geschickt das nicht, dann ist, wie im Rundschreiben ausgeführt wird, der Staat berufen, einzuschreiten und dafür zu sorgen, daß den Arbeitern „Zeit und Gelegenheit zu ihren gottesdienstlichen Pflichten gelassen wird“.

Von der Teilnahme an dem von der Kirche vorgeschriebenen Gottesdienst darf den Arbeiter weder der Arbeitgeber, noch irgendeine staatliche Gewalt zurückhalten, noch darf er selbst leichtsinnig darauf verzichten, denn der Gottesdienst ist ein geistiges Gut, ein Teil der Würde des Menschen und soll ihm zum ewigen Leben führen. Es heißt deshalb auch in dem erwähnten Rundschreiben:

„... seine Gewalt darf ihn auf dem Wege christlicher Pflicht und Tugend, der ihn zum ewigen Leben im Himmel führen soll, zurückhalten. Ja, der Mensch besitzt nicht einmal selbst die Vollmacht, auf die hierzu nötige Freiheit verzichten zu leisten und sich der Rechte, die seine Natur verlangt, zu begeben; denn nicht um Befugnisse, die in seinem Belieben stehen, handelt es sich, sondern um unaußweichliche, über alles heilig zu haltende Pflichten gegen Gott.“

Es genügt ein flüchtiger Vergleich dieser wenigen Stellen des Rundschreibens Leos XIII. mit dem Motu proprio Bius' X., um die ganz verschiedene Auffassung beider Päpste zu erkennen. Leo XIII. sagt: Die Übernahme der gottesdienstlichen Übungen an den von der Kirche festgesetzten Feiertagen ist eine Pflicht gegen Gott; keine Gewalt darf jemanden davon zurückhalten, noch hat der Katholik das Recht, aus Eigenem darauf zu verzichten. Bius X. erklärt hingegen: Es ist nicht nötig, daß die gottesdienstlichen Handlungen an den von der Kirche festgesetzten traditionellen Feiertagen vorgenommen werden; wenn Handel und Verkehr ein Interesse daran haben, verlegen wir die Feste auf einen anderen Tag.

Doch diese kuriosen Widersprüche mögen die katholischen Theologen unter sich ausmachen; wichtiger erscheint uns die seltsame Begründung, durch die die ehrsüchtige „Germania“ den Schritt Bius' X. entschuldigt. Weil, meint sie, der Lohn des Arbeiters in den katholischen Gegenden, besonders aber in den konfessionell gemischten, nicht so hoch sei, daß der Arbeiter mit seiner Familie auch an den Sonn- und Feiertagen leben könne, deshalb habe sich der Papst entschlossen, die kirchlichen Feiertage zu verlegen. Wie rücksichtsvoll doch die Ecclesia militans sein kann! Wäher hat man wenig davon gemerkt, daß die römische Kirche, wenn sie bestimmte Forderungen stellte und diese als heilig zu haltende Pflichten gegen Gott formuliert, dann, wenn sich ein Teil der auch-katholischen und die Protestanten daran nicht hielten, einfach erklärte: „Da diese Forderungen doch nicht allgemein anerkannt werden, sollen sie künftig für aufgehoben gelten!“ Jedenfalls war beim Modernisieren und bei der Feuerbefähigung von solcherartigen Rücksichtnahme nichts zu spüren.

Hi tatsächlich, wie die „Germania“ behauptet, in ganz- und halb-katholischen Gegenden der Arbeitslohn so niedrig, daß der Arbeiter davon mit seiner Familie nicht auch an den Sonn- und Feiertagen zu leben vermag, dann ergibt sich nicht daraus, daß diese Ruhetage befreit werden müssen, sondern daß der Lohn erhöht werden muß. Längst hätte dann die römisch-katholische Kirche mit ihrer ganzen Macht für entsprechende Lohn erhöhungen eintreten müssen. Besonders hätte aber in Deutschland das Zentrum als Vertreterin katholischer Anschauungen die Forderung einer allgemeinen Erhöhung der Löhne in den katholischen Gegenden erheben müssen. Wie haben jedoch nichts davon gehört. Daran folgt, daß das Zentrum wie der Episkopat, an den doch Leo XIII. sein Rundschreiben nicht zur bloßen Kenntnisnahme, sondern zur Nachachtung gesandt hat, ihre Pflicht gräßlich verletzt haben. Doch vielleicht holt das Zentrum das Verzeihen noch und erhebt vor der nächsten Reichstagswahl in allen

Zentrumswahlkreisen die Forderung: Aufbesserung der Arbeitslöhne, damit diese auch für den Unterhalt der katholischen Arbeiter an den Sonn- und Feiertagen ausreichen! Die Agitatoren können sich, wie ihnen die „Germania“ sicherlich gerne gestatten wird, dabei auf deren Feststellung berufen, daß heute diese Löhne durchaus nicht genügend sind.

Serabazu albern ist es, wenn schließlich die „Germania“ mit dem „Vater, Kurier“ den Münchener sozialdemokratischen Arbeiter vorwirft, sie hätten schon bisher meist an den nicht-gefeierten katholischen Feiertagen gearbeitet. Was gehen denn die sozialdemokratischen Arbeiter irgendwelche kirchlichen Spezialfeste an, die geschickt nicht als Ruhe- und Feiertage anerkannt sind. Ebenjogut könnten auch die Israeliten verlangen, die sozialdemokratischen Arbeiter sollten das Passahfest, Laubhüttenfest usw. mitfeiern. Wir haben unsere eigenen Feiertage: Nationalfeiern, Kartel- und Gewerkschaftsfeste. Die feiern wir.

Die Marokkoaffäre.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Die bürgerliche Presse wimmelt von Kombinationen und Erörterungen über die Kompensationsfragen, während die deutsche und die französische Regierung sich nach wie vor in Schweigen hüllen. Es wäre schade um Zeit und Raum, wollte man alle Spekulationen phantasiereicher Journalisten hier anführen. Erwähnenswert ist höchstens eine Meldung des „Echo de Paris“ aus Berlin, daß die Verhandlungen zwischen Herrn v. Riederlen-Wächter und dem Botschafter Cambon bis auf Montag vertagt worden sind. Augenblicklich wäre die Lage etwas gespannt. Der Korrespondent zögert nicht, zu erklären, daß die Verhandlungen plötzlich abgebrochen werden könnten, wenn der Kampf in der englischen Presse und gewisse Mitteilungen in den französischen Zeitungen nicht aufhörten.

Ein neues spanisch-französisches Konflikt in Elksar.

Kaum haben sich die französische und spanische Regierung über die Brüstung des französischen Konsuls Voisset friedlich geeinigt, so kommt eine neue Meldung über einen französisch-spanischen Konflikt in Elksar, der den alten Hader neu aufflammen läßt, gleichzeitig aber auch darauf, wie leicht sich auf marokkanischem Boden Zwischenfälle von internationaler Tragweite ereignen können. Ueber den Vorfall selbst wird gemeldet:

Paris, 22. Juli. Leutnant Thiriet, ein Offizier der Sultans-truppe in Elksar, begab sich in die Stadt, um auf der dortigen Bank etwas zu erledigen. In einer kurz des Lullosstufes begegnete er mehreren marokkanischen Soldaten, Deserteurern aus einer Mahalla, die noch die Uniform des Marschens trugen. Thiriet, der in Uniform zu Pferde saß, aber keine sichtbaren Waffen trug, forderte ihnen ihren Paß ab. Als die Soldaten seiner Aufforderung nicht nachkamen, nahm der Offizier einen von ihnen seine Kopfbedeckung weg, ohne daß der Besitzer dagegen Einspruch erhob. Der Leutnant ritt darauf weiter, hatte aber noch keine zehn Schritte gemacht, als die Marokkaner ihn angriffen, ihn bei der Kehle faßten und mit ihren Fingern nach ihm schlugen. Thiriet gab dem Sergeanten, der ihn bei der Kehle hielt, eine Ohrfeige. Mehrere spanische Reiter kamen mit gezogenem Säbel herbei, hieben nach ihm und versuchten, ihn aus dem Sattel zu werfen. Thiriet hielt sich im Sattel, ohne die Hiebe zu erwidern, als auch Fußsoldaten heranzögen und ihm die aufgeblasenen Bajonette auf die Brust setzten, während die Marokkaner ihnen zuriefen, sie sollten schießen. Thiriet forderte den anwesenden spanischen Offizier auf, der Szene ein Ende zu machen. Dieser mußte Gewalt anwenden und die erregtesten seiner Leute mit dem Säbel bedrohen. Thiriet wurde an den Weinen festgehalten und ins Lager geführt. Auf seine Forderung hin ließ der spanische Offizier ihn in ein Zelt eintreten und gab ihm Zeit, mit ihm zu sprechen. Der Spanier warf Thiriet Antimosität gegen seine Nation vor und sagte, er habe einen Angriff auf Soldaten, die zur spanischen Truppe gehörten, unternommen. Thiriet antwortete mit der Forderung, Oberst Schwestre solle den Offizier fragen, der bei dem Vorfall zugegen gewesen war. Dieser wurde herbeigeholt und setzte dem Obersten Schwestre die Vorgänge auseinander, jedoch in spanischer Sprache. Darauf sagte Schwestre, daß Thiriet sich zurückziehen könne, und bot ihm die Begleitung einiger Offiziere an, die Thiriet jedoch ablehnte.

Von spanischer Seite wird folgende Darstellung des Vorfalles gegeben:

Madrid, 22. Juli. Gestern abend 11 Uhr hat die Regierung ein Telegramm des spanischen Gesandten in Tanger erhalten, das den Bericht des Obersten Schwestre über den Zwischenfall mit Leutnant Thiriet wiedergibt. Oberst Schwestre berichtet: Um 7 1/2 Uhr abends hat sich vor den Augen des Wachtpostens, der sich auf halber Wege nach Elksar an einer Kurve des Ued Serail befindet, ein schwerer Zwischenfall abgespielt. Leutnant Thiriet von der französischen Militärmission verfolgte Wegspuren, die ihn zu einem Individuum führten, das er nach der Uniform für einen Deserteur der Mahalla hielt. Als Thiriet einen Trupp desertierter Araber vom Polizeitabor sich nähern sah, ergriff er seinen Revolver und befahl der Gruppe, Halt zu machen. Der Korporal wollte Thiriet festnehmen, um ihn zu fragen, was vorgehe. Ohne weitere Erklärung ohreißigte Thiriet den Korporal. Der spanische Wachtposten, der den Vorgang mit ansah, gebot Thiriet Halt. Thiriet entfernte sich jedoch. In dem Augenblick, wo die Wache sich anschickte, ihn daran zu hindern, erschien eine Abteilung Kavallerie. Der Leutnant dieser Abteilung lud den französischen Leutnant föhlich ein, Oberst Schwestre aufzusuchen, um ihm die Sache zu erklären. Als er in mein Zelt trat, veranlaßten mich seine Bewegungen und seine lauten Ausrufe, die von meinen Offizieren gehört wurden, ihn zu bitten, das aufzugeben und mir den Sachverhalt zu erklären. Er teilte mir mit, daß die Unseren es an Achtung ihm gegenüber hätten fehlen lassen, und bot mir an, sich als Gefangener zu stellen. Ich antwortete ihm, ich hätte seinen Besuch zwecks Aufklärung auf vorhergehende Einladung des Leutnants empfangen. Mit Rücksicht auf seine Haltung suchte ich die Unterredung abzubringen. Um zu vermeiden, daß er sich als Gefangener betrachte, lud ich ihn ein, sich von dem stellvertretenden Kommandanten begleiten zu lassen. Er lehnte mein Anerbieten ab. Die Haltung dieses Offiziers, der die Schildwache einer befreundeten Nation so schäblich behandelt hat, zeigt Ihnen, daß die Angelegenheit eine außerordentlich schwere ist, in Folge der persönlichen Einmischung in die Verfolgung der Deserteur in Elksar selbst, das unsere Truppen besetzt halten, läßt die Sorge hierfür gemäß den Vorschriften des Roids und in letzter Linie meiner Autorität zu überlassen. — Oberst Schwestre fügt hinzu: Am 19. Juli hat derselbe Offizier vor den Augen unseres Postens einem Mann der Mahalla die Postkarte geben lassen, ohne daß unsere Soldaten ihn in irgendeiner Weise belästigten. Nach Empfang dieses Telegramms hat der Minister des Aeußern an den französischen Botschafter in Madrid geschrieben und an den spanischen Botschafter in Paris telegraphiert, wobei er auf die Folgen hinwies, die sich aus den Vorfällen ergeben, und die dringende Notwendigkeit gegenseitiger Maßnahmen betonte, um die Möglichkeit schwerer Konflikte zu vermeiden.

Eine Verhaftung des Leutnants Thiriet.

Paris, 22. Juli. Der „Agence Havas“ wird vom 21. Juli aus Elksar gemeldet: Als der französische Leutnant Thiriet heute früh nach dem geistigen Zwischenfall in sein Lager zurückkehren wollte, wurde er auf dem Wege dorthin von einem Raub des Polizeitabors in Larrafch, der von mehreren Soldaten begleitet war, angehalten und gezwungen, in die alte Kaserne bei Darghatlan zu treten, wo er festgehalten wurde. Als der Konsularagent Voisset von diesem neuen Zwischenfall erfuhr, begab er sich an Ort und Stelle und bat um Aufklärung. Leutnant Regalli, der Führer des Postens, erwiderte, man habe den Offizier und seine Ordnonnangen verhaftet, weil man sie für Deserteur gehalten habe. Er fügte hinzu, daß er seinen Hauptmann von dem Zwischenfall benachrichtigt habe. Nach einer Stunde Wortens kam der Befehl des Hauptmanns Thiriet freizulassen. Während dieser Zeit hatte ein Soldat den Dolmetscher Voisset in dessen Gegenwart gefesselt und geschlagen.

Spanien sendet noch mehr Truppen nach Larrafch.

Larrafch, 22. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Der spanische Kreuzer „Amirante Lobo“ hat hier gestern morgen vierhundert Mann Marineinfanterie unter einem Oberleutnant ausgeführt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Juli 1911.

Der Zentralverband deutscher Industrieller und die Konservativen.

Nachdem „Kreuz-Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ bestritten haben, daß zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und den Agrarkonservativen eine Art Abmachung zu gegenseitiger Unterstützung bei den nächsten Reichstagswahlen getroffen worden ist, kommt nun auch die partei-offizielle „Konservative Korrespondenz“ mit einem ähnlichen Dementi. Höhnisch erklärt sie:

Seitens des Vorsitzenden des Hansabundes und in der ihm nahestehenden Presse, wie dem „Berliner Tageblatt“, wird die Nachricht kolportiert, es habe zwischen der Vertretung oder namhaften Mitgliedern der sogenannten schweren Industrie und Vertretern der konservativen Partei eine Abmachung über gegenseitige Unterstützung bei Durchbringung von Schütztdellen und zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen stattgefunden. Es wird behauptet, daß dabei auch auf den jetzt erfolgten Austritt jener Industriellen aus dem Hansabunde hingewirkt worden sei.

Es ist ja verständlich, wenn in jetziger Jahreszeit bei sensationellsten Blättern allerlei Märchen verbreitet werden und solche Laxarennachricht, wie die oben gekennzeichnete Mitteilung, Glauben findet.

Der Hansabund und seine Presse überschätzen auch wohl unser Interesse an seinen Räten. Die allmähliche Zerlegung in ihm vollzieht sich mit Notwendigkeit als Folge seiner innerlich widerspruchsvollen und äußerlich unklaren und unklaren Haltung ganz von selbst. Es erscheint uns weder nötig, noch auch nur zweckmäßig, daß sich die konservative Partei dabei noch besonders hineinmischet. Es würde das dem ohnehin wenig lebensfähigen Gebilde wahrscheinlich nur neue Kräfte verleihen.

Daß ein formeller Bündnisvertrag mit Siegel und Stempel besteht, glaubt wohl kein Mensch. Es gibt bekanntlich auch ungeschriebene Verträge und ein solcher ist zwischen Bündlern und Scharmachern umso wahrscheinlicher, als beide Richtungen bestrebt sind, eine weitere Erhöhung der Rolle herbeizuführen. Jedenfalls haben sich, wenn docerst noch keine Abmachung erzielt sein sollte und beide Gruppen sich noch im Stadium der sogenannten „Füh lung n a h m e“ befinden, doch die beiderseitigen Ansichten über die Notwendigkeit einer gegenseitigen Unterstützung im Wahlkampf, wie die Neuierungen der großindustriell-scharfmacherischen und der agrarischen Blätter beweisen, bereits soweit genähert, daß demnächst die Koalition sicher zustande kommen wird.

Zur Reichstagswahl in Düsseldorf.

In dem von ihm herausgegebenen demokratischen Wochenblatt „Das freie Volk“ legt Dr. Weisheid, der Kandidat der Demokratischen Vereinigung im Düsseldorf Wahlkreis, die Gründe dar, welche die Demokratische Vereinigung bestimmt haben, in Düsseldorf einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Vermögen wir auch in einigen Punkten Dr. Weisheids Auffassung nicht zuzustimmen, so halten wir es doch in Anbetracht der eigenartigen politischen Lage im Düsseldorf Wahlkreis für angebracht, die Gründe der Demokratischen Vereinigung für die von ihr in Düsseldorf besetzte Kandidat mitzuteilen. Dr. Weisheid schreibt:

Es ist ein offenes Geheimnis, daß eine nicht ganz unbeträchtliche Minderheit (der Düsseldorf Freistimmen), die Volkshoffgruppe, eine eigene Kandidatur wollte, aber die Majorität lehnte ab. Nicht etwa, weil sie ihren Eifer für die Sozialdemokratie zu stimmen nicht zähmen konnte, sondern aus Rücksicht auf die guten Beziehungen zu den Nationalliberalen. Eine eigene Kandidatur hätte die Liberale Vereinigung gesprengt, und das würde unter Umständen zwei Stadtverordnetenmandate gekostet haben. Die selbständige Parole aber schadete nichts, denn erstens hatte die Liberale Vereinigung ihre Mitglieder in dieser Beziehung nicht festgelegt, und zweitens wählten die Nationalliberalen, daß die freistimmige Aufforderung, den Sozialdemokraten zu wählen, diesem keineswegs eine Mehrheit schaffe.

Der seine Plan der Nationalliberalen ist ja der, dem Zentrum zum Siege zu verhelfen, ohne sich nach außen hin zu kompromittieren. Sie haben also Interesse an einer möglichst schnellen und schmerzlosen Erledigung der beikien Angelegenheit. Eine Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokraten ist ihnen unter allen Umständen höchst unympathisch, denn dann kommt der Sozialdemokrat mit großer Wahrscheinlichkeit durch und außerdem werden sie in diesem Fall aufs neue von den Liberalen drangsalieren, eine offene Parole auszugeben. Man kann fast sagen, daß ihnen jede Entscheidung im ersten Gang willkommen ist als eine Stichwahl, und deshalb müssen sie jede neue Kandidatur als äußerst störend empfunden. Die Freistimmigen haben also mit ihrer Stellungnahme den Nationalliberalen den größten Dienst geleistet.

Ihre Entscheidung ist aber noch aus einem anderen Grunde bemerkenswert. Als sie fiel, hatte die Demokratische Vereinigung bereits eine eigene Kandidatur proklamiert und in einer Reihe von Zeitungen, darunter dem „Berliner Tageblatt“, war ein Aufruf zu Geldsammlungen veröffentlicht worden. Das hinderte die Freistimmigen nicht, an der Fiktion von der „Stichwahl im ersten Gang“ festzuhalten. Sie gaben jene negative und ängstlich-verklauselte Wahlparole für die Sozialdemokratie aus, wandten sich also nicht nur wider das Zentrum, sondern auch wider die Demokratische Vereinigung. Vielleicht haben sie geglaubt, damit einen besonders raffinierten Schachzug gegen die ihnen so unbenqueme Gruppe zu tun. Aber mir scheint, die Herren sind diesmal gar zu schlau geworden. In Wahrheit konnte den Demokraten gar nichts Besseres passieren und sie werden ihrer Bemühtung über den klünnen Beschluß besonders in Berlin I. Altema, Jferloh, Sonnenberg, Saalfeld und Angalt den lebhaftesten Ausdruck geben. . . .

Es ist kein Ehrgeiz, der die Partei treibt, sie will auch nicht, wie hier und da von guten Freunden erzählt wird, im Trüben fischen, sie will nur ihre Pflicht tun.

Wer mir seine Stimme gibt, soll wissen, daß er einen Demokraten wählt, der sich vor keiner Konsequenz seines Programmes scheut.

Und er soll auch darüber nicht im Unklaren sein, daß ich im Falle einer Stimmwahl zwischen Sozialdemokraten und Zentrum nicht nur die Parole für den Sozialdemokraten ausbebe, sondern an der Seite meiner Freunde mit aller Energie für seine Wahl agitieren werde.

So, und nun: *vogus la galore!*

Reaktionäres aus Hessen.

Die hessische Regierung beweist den eigentümlichen Ehrgeiz, durch kleinlichste Intoleranz gegenüber Volksschullehrern dem reaktionären Ministerstaate Preußen den Rang abzulaufen. Erzählt doch das „Offenbacher Abendblatt“:

Der Offenbacher Lehrer Richard Peter war gegen Anfang des Jahres von unserer Redaktion, die erfahren hatte, daß er ein tüchtiger Musiker ist, eingeladen worden, für unser Blatt Musikkritiken zu schreiben. Herr Peter, der zur fortschrittlichen Volkspartei gehört und in politischen Fragen schon öfters scharf scharfe Fehden mit uns ausgetrieben hatte, nahm unser Angebot an, weil er der sehr anerkanntwertigen Ansicht war, daß seine Tätigkeit als Musikrezensent eines Arbeiterblattes durchaus in der Begründung seines Berufs als Volkserzieher liege. Gegen Herrn Peter wurde indes eine Disziplinäruntersuchung eröffnet, weil er durch seine Musikkritikfähigkeit seine Amtspflichten verletzt haben soll! Die Akten sollen sich zurzeit im Darmstädter Ministerium befinden. Wir sind wirklich begierig darauf, ob die Schulbehörde des „freien“ Hessenlandes so einen Mann zu disziplinieren, der im wohlverstandenen Interesse wahrer Volksbildung so gehandelt hat, wie es sein Recht als Staatsbürger und seine Pflicht als Volkserzieher war, der aber allerdings in den Augen preußischer und verpreußeter Reaktionäre ein schweres Verbrechen begangen hat: denn er hat ja gekostet, Bildung in weitere Volkskreise zu tragen.

Doch der Fall Peter ist nicht gewesen. Es sind sogar Disziplinärermittlungen gegen die Vorstandsmitglieder des Offenbacher Lehrervereins von dem Kreisinspektors Hoffmann geführt worden, weil der Verein seine Inzerate auch im „Offenbacher Abendblatt“ hat erscheinen lassen und weil eben dieses umfänglichere Blatt Versammlungsberichte und Resolutionen des Vereins gebracht hat! Was brauchen denn auch Arbeitereltern von den Besetzungen der Erzieher ihrer Kinder zu wissen?

Zu dem letzteren Vorgang bemerkt die „Mainzer Volks-Ztg.“:

„Die Dinge scheinen bei den Herrschaften einen Zustand hervorgerufen zu haben, der sie zu einem wilden Amoklauf gegen alle „Staatsfeindlichen Bestrebungen“ verleitet. Zur glüklichen Beachtung können wir den rasenden Ordnungsmännern noch folgende Objekte empfehlen: In Mainz werden alle bürgermeisterlichen und andere behördliche Bekanntmachungen auch in der „Volkszeitung“ publiziert; die staatliche Steuerbehörde, ja sogar die Militärbehörden nehmen gelegentlich ganz offen die Mitwirkung der „Volkszeitung“ in Anspruch und — man halte sich fest — selbst das hohe Ministerium verschmäht es durchaus nicht, öffentlich die „Volkszeitung“ mit Zuschriften zu versehen. Und trotz alledem ist der hessische Staat immer noch ganz geblieben. Jetzt aber wird die Sache wohl einen anderen Schwung bekommen. Aus Sozialdemokraten gibt's der Herr wirklich im Schlafe. Wir wissen laun noch, wie wir die Fälle des vorzüglichsten Agitationsstoffes bewältigen sollen, der uns in neuerer Zeit von den engbrüstigen und kurzfristigen Darmstädter Regierungsmännern geliefert wird.“

Ein Argument gegen die Kolonialfrage.

Der „Reichsbote“ bringt einen Artikel über den „Aufschwung Spaniens“, in dem die gewaltige Entwicklung Spaniens auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens hervorgehoben wird. Dieser Aufschwung sei um so beachtenswerter, als Spanien nach dem Kriege mit Amerika von der Last seiner Schulden fast erdrückt worden sei. Seitdem aber habe sich innerhalb der verflochtenen zwölf Jahre eine „grundliche und bedeutende Wandlung“ vollzogen. Spanien habe nicht nur seit dem Friedensschluß seine Schulden bezahlt, konsolidiert und geordnet, sondern auch auf dem Gebiete des Handels bedeutende Fortschritte gemacht. In Jahre 1900 betrug der Gesamthandel 1600 Millionen Pesetas, seitdem beträgt er 1900 Millionen Pesetas und darüber. Die Eisenbahnen erzielten erhebliche Reinerlöse, das gewerbliche Leben hob sich in bemerkenswerter Weise und der wachsende Nationalwohlstand fand auch in der Zunahme der Sparlaffen- und Bankensparlaffen seinen Ausdruck.

Und dieser Aufschwung datiert seit dem spanisch-amerikanischen Kriege, seit dem Verlust sämtlicher Kolonien Spanien. Und diese Kolonien waren außerst beträchtlich, sie umfaßten 600 000 Quadratkilometer mit 16 Millionen Einwohnern! Ein Beweis, daß die Handels- und Wirtschaftsentwicklung eines Landes in keiner Weise an den Besitz eigener Kolonien gebunden ist, ja daß der Kolonialbesitz sogar ein freies Kapital, ein den Volkwohlstand aufhebendes und die Wirtschaftsentwicklung hemmendes Moment sein kann.

Auch Deutschlands Wirtschaftsentwicklung wäre zweifellos mehr gebiegt gewesen, wenn es nicht für Kolonien und Kolonialkriege 1 1/2 Milliarden verpulvert hätte!

Diehische Brutalitäten eines Schuhmannes.

Vor dem Schöffengericht in Köln standen ein Kaufmann und ein Frietur unter der Anklage, einen Schuhmann beleidigt und mißhandelt zu haben. Es stellte sich aber heraus, daß umgekehrt der Schuhmann Alfred Schmidt den Kaufmann in einer beispiellos skandalösen Weise mißhandelt hat. Er ließ den Mann aus ganz geringfügigem Anlaß berart zu Boden, daß er ein Bein brach. Dann legte er ihm die Handkette an und zog ihn über die Straße, bald auf dem Rücken, bald auf dem Bauch liegend. Infolgedessen zerriß an der rechten Hand eine Sehne. Heute, nach mehr als vier Monaten, ist die Hand noch taub und der Kaufmann arbeitsunfähig. Als der Kaufmann jammerte, sein Bein sei gebrochen, man möge einen Wagen holen, tief der Schuhmann: „Ich werde für Sie dieses Schwein einen Wagen holen!“ Schließlich holte ein hinzugelommener zweiter Schuhmann einen Wagen, auf dem dann der Schwerverletzte, der das rechte Bein gebrochen hatte, zur Wache gefahren wurde. Dort ließ man ihn die ganze Nacht in der Stierzelle auf einer Feitische liegen, ohne sich um ihn zu kümmern. Der als Zeuge auftretende Arzt Dr. Rindorf fand zahlreiche Verletzungen an dem Angeklagten; die Mißhandlungen seien außerordentlich rohe. Die Sehnen an der Hand seien durch die Schliekette durchtrennt worden. Gestern habe er einen jungen Mann behandelt, der von dem nämlichen Schuhmann mißhandelt worden sei und zahlreiche Wunden am Körper gehabt habe. Auch früher habe er im Hospital einen von demselben Schuhmann mißhandelten Mann behandelt. Das Gericht sprach natürlich die beiden Bürger frei, die, wie der Verleumdete ausführte, nur deshalb auf die Anklagebank gekommen

waren, weil der Schuhmann dem fürchtbar mißhandelten Kaufmann zuvorkommen und den Frietur als Zeuge unmöglich machen wollte. Was geschieht nun mit dem ehrlichen „Schuh“-mann?

Eine Nachricht vom Caprivi-Zipfel.

Aus Deutsch-Südwestafrika ist im Reichs-Kolonialamt folgendes Telegramm des Gouverneurs eingetroffen: Die Residentur des Caprivi-Zipfels dröhrt, es verlaute dort gerüchtheil, daß die Kolonie Frankenberg bei Andara durch Niamanga-Leute überfallen worden sei. Nierzig Träger und Soldaten sollen tot sein. Nach Feststellung des Tatbestandes werde ich sofort weiter telegraphisch berichten.

Zu dieser Meldung des Gouverneurs wird bemerkt, daß Andara oder Libebe am westlichen Ende des Caprivi-Zipfels nahe der Grenze des Ngami-Landes liegt. Die Leute des Hauptlings Niamanga seien nach früheren Berichten des Hauptmanns Streitwolf in der Nähe von Libebe am Dlabango, aber auf portugiesischem Gebiet.

Soldateneben.

Wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft war der Musiker Otto Schönderr vom 165. Infanterie-Regiment vor dem Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg angeklagt. Gelegentlich der Barockausgabe am 20. Juni d. J. auf dem Kaiserhof zu Duedlinburg verteilte der Sergeant Horn auch eine Flugchrift „In des Königs Rod“ an die Mannschaften. Auch Schönderr bekam ein Blatt, gab es aber sofort an einen Hintermann weiter mit den Worten: „Solchen Sch... dreck lese ich nicht!“ Der Sergeant fing die Worte auf und stellte Schönderr zur Rede, der die Bemerkung darauf nochmals dem Sergeanten gegenüber wiederholte. Beim Wegtreten soll Schönderr dann noch eine schlappe Rehtwendung gemacht und die Flugchrift zerissen und weggeworfen haben. Auch wurde ihm zur Last gelegt, daß er wiederholten Besuchen, den Mund zu halten, nicht nachgekommen sei, sondern immer vor sich hingemurmelt habe. Auf der Studie hat er schließlich noch zu seinen Kameraden gesagt: „Wenn ich dem Oberst vorgeführt werde, dann werde ich ihm sagen: Lieber zwei Jahre ins Zuchthaus als einen Tag bei der Kompagnie!“

In der Kriegsgerichtsverhandlung erklärte der Angeklagte, daß er bei der Kompagnie fortgesetzt ungerecht behandelt worden sei, im Gefängnis sei die Behandlung besser gewesen. U. a. erzählte er, daß der Sergeant Horn einmal zu ihm gesagt habe: „Sie Sch... haus gehören gar nicht unter anständige Menschen!“

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Achtungsverletzung zu vier Monaten Gefängnis. Wegen der Reuherung „Lieber zwei Jahre ins Zuchthaus usw.“ wurde das Verfahren eingestellt, weil die Reuherung nicht mit Bezug auf eine bestimmte Person gemacht worden sei.

Ein netter Unteroffizier.

Vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Koblenz stand der Unteroffizier Diegel vom 9. Artillerieregiment. Er schändete seine Untergebenen auf allerlei Art, beschimpfte und mißhandelte sie. Er verzögerte den Empfang des Essens, ließ die Soldaten auf ermüdenden Märschen umwege machen, weil sie nicht mehr lungen. Einen Kanonier mißhandelte er in mindestens zehn Fällen mit dem Seitengewehr und den Fäusten. Einen evangelischen Soldaten kommandierte er in den katholischen Gottesdienst. Auf der anderen Seite pumpte er die Soldaten an, ließ sich von ihnen allerlei Sachen besahen und in einem Falle befaß er den Brustbeutel eines Soldaten um 5 M. Der Anklagevertreter beantragte elf Monate Gefängnis und Degradation. Das Gericht erkannte auf sechs Wochen Mittelarrest und Degradation.

Oesterreich.

Ganz wie bei uns!

Mit welchen Mitteln die Nationalverbändler bei den jüngsten Reichstagswahlen gegen die Sozialdemokratie gearbeitet haben, das stellt sich jetzt nach und nach immer schärfer und deutlicher heraus. Für Wein und Bier haben die Herrschaften den Wählern Tausende und Abertausende spendiert, und die „Deutschradikalen“ sind so zahnlos, daß sie jetzt nach vollbrachter Tat aus diesen Bestechungsmanipulationen nicht einmal ein Döhl machen!

Aber auch die Kriegervereine arbeiten und arbeiten welter noch reichsdeutschem Muster. So hatte, um nur ein Beispiel herauszugreifen, der Militärvereinverein zu Gamsdorf vor den Wahlen in einer außerordentlichen Generalversammlung beschloffen, seinen Mitgliedern zu verbieten, sozialdemokratisch zu stimmen! Um die Durchführung dieses Beschlusses zu kontrollieren, gab man numerierte Stimmzettel aus usw. Demen, die trotzdem sozialdemokratisch zu stimmen gewagt haben, werden jetzt von den Nationalverbändlern Hypotheken abgetrieben und war derlei Terrorismen mehr sind. Ein Wähler, der trotz seiner Mitgliedschaft im Veteranenverein seine Stimme unserem Genossen freundlich gegeben hatte, erhielt folgende Zuschrift:

An Herrn Georg Garbich, Ebersdorf! Nachdem Sie dem Beschlusse, der bei der außerordentlichen Generalversammlung am 28. Mai 1911 gefaßt wurde, nicht entsprochen, so werden Sie mit heutigem Tage aus dem Militärvereinverein ausgeschieden. Gamsdorf, am 27. Juni 1911.

Kais Volksmann, Der Vorstand:
Schriftführer, Franz Wogner.
Militärvereinverein Gamsdorf.

Man sieht, wie Oesterreich allmählich verpreußt.

Belgien.

Pfaffenstatistik.

Wie das jüngst herausgegebene Jahrbuch des belgischen Merus zeigt, bestehen zurzeit in Belgien 2487 Klöster mit weit über 40 000 Mönchen und Nonnen. (Die Zahl dieser Drogen ist zwar nicht angegeben, aber da es im Jahre 1900 nicht weniger als 35 000 waren und da nach der Trennung von Kirche und Staat in Frankreich viele tausend Mönche und Nonnen nach Belgien, ins „Paradies der Kirche“, flohen, so ist die Zahl 40 000 eher zu niedrig als zu hoch gegriffen.) In den Arrondissements Vecloos, St. Nicolas, Thiel und Roulers gibt es keine einzige Nonne ohne Kloster! Im Arrondissement Courtrai nur eine, in den Arrondissements Ostende und Bruges bloß je zwei, in Ternoode drei, je vier in den Arrondissements Brügge, Dikende, Antwerpen und fünf in Malines. Sonst aber wimmelt und krabbelt es in ganz Belgien von Klöstern, Pflaffen, Mönchen, Nonnen, und die ganze schwarze Garde betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, den Sozialismus und die Arbeiterorganisationen zu bekämpfen.

Spanien.

Eine Hungerrevolte heimkehrender Afrikakrieger.

Barcelona, 22. Juli. Mehrere hundert Soldaten, welche aus Melilla zurückkehrten, meuterten auf dem Bahnhof von Ruzia. Sie beklagten sich, daß sie nur 2,00 Fr. pro Mann an Marschgelde erhalten hätten, um in ihre Heimat zurückzulehren. Sie verurteilten den Zug in Brand zu stecken. Polizei und Bürgerwehr stellten die Ordnung wieder her. Der Bürgermeister versprach seine Unterstützung. Truppenverstärkungen sind nach Ruzia abgegangen.

Perfien.

Der Staatsstreich des Ex-Schahs.

Aherabad, 22. Juli. Um 10 Uhr morgens ist heute Mohammed Ali unter dem Donner des Geschüts und dem Jubel des Volkes in Aherabad eingezogen.

Teheran, 22. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es werden jetzt energische Vorbereitungen getroffen, um eine Expedition gegen den früheren Schah auszurüsten. Das Truppenangebot, bei dem auch Kavallerie und Artillerie vertreten sein wird, soll dem Polizeichef Jephrem unterstellt werden.

Das unschuldige Russland.

Petersburg, 22. Juli. Die „Kossija“ bringt folgende Meldung: Während des Aufenthalts des früheren Schahs Mohammed Ali in Odesa, der offenbar infolge mit einem fremden Paß versehen, den Weg nach Berlin über Rußland genommen hat, hat die russische Regierung das russische Auswärtige Amt von dem Umtrieben Mohammed Ali in Kenntnis gesetzt, ohne jedoch tatsächliche Beweise dafür zu geben. Dessenungeachtet richtete die russische Regierung mehrfach die Aufmerksamkeit Mohammed Ali auf die Notwendigkeit, sich jeder Agitation zu enthalten. Als dann in Berlin Unruhen entstanden, und die Bewegung zugunsten Mohammed Ali zutage trat, wurde im Einbernehmen mit England beabsichtigt, den früheren Schah nochmals vor der Teilnahme an dem Kampf mit der russischen Regierung zu warnen. Dieser Schritt mußte jedoch wegen der plötzlichen Abreise Mohammed Ali aus Wien unterbleiben.

Aus der Partei.

Die französischen Genossen in London.

Die Zahl der in London lebenden Franzosen wird auf gut 60 000 geschätzt. Natürlich befinden sich unter diesen viele Proletarier, Arbeiter, Sozialdemokraten. Trotzdem haben die französischen Genossen in London bisher keinen Zusammenhalt nach Art des deutschen Beselubs oder dergleichen. Dieser Zustand ist schon lange als mißlich empfunden worden und ihm soll jetzt abgeholfen werden. Es wird ein Aufruf an die in London lebenden französischen Genossen verbreitet und zu einer Versammlung eingeladen, die sich mit den Vorbereitungen zur Gründung der Organisation beschäftigen soll. Genosse Renaudel, der Geschäftsführer der Pariser „Humanité“, der gerade in London weilte, wird die wichtige Versammlung leiten. In dem Aufruf wird übrigens darauf hingewiesen, daß die neue Vereinigung vornehmlich den vielen jungen französischen Proletariern zugute kommen könnte, die, von den Ideen des Sozialismus noch nicht berührt, in London dahingleben.

Soziales.

Nicht auf einen freien Sonntag.

Ein bemerkenswertes Urteil fällt die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Riese. Die Verkäuferin Feulstein H. Nagle gegen das Warenhaus Dirschweg in der Landsberger Straße 21 auf Zahlung von 36 M. Gehalt für die Zeit vom 25. Juni bis 31. Juli dieses Jahres. Klägerin hatte sich am Sonntag, den 25. Juni, an einer Arbeiterpartie beteiligt und war infolgedessen dem Geschäft ferngeblieben, ohne vorher um Erlaubnis einzukommen. Sie wurde daraufhin am Montag sofort entlassen.

Auf Vorhalt des Gerichtsvorsitzenden gab die Klägerin an, sie hätte in früheren Fällen, wo sie darum bat, nie die Erlaubnis erhalten, dem Geschäft fernzubleiben. Sogar den Urlaub zum Besuch des Grabes ihrer Mutter habe man ihr verweigert. Da sie nun annehmen mußte, auch diesmal keine Genehmigung zum Fernbleiben zu bekommen, ihr aber viel daran lag, sich an der Arbeiterpartie zu beteiligen, zumal sie nie einen freien Sonntag hatte, sei sie dem Geschäft unentschuldig ferngeblieben.

Das Gericht verurteilte die Firma Dirschweg zur Zahlung der eingeklagten 36 M.

Zur Begründung führte der Vorsitzende ungefähr folgendes aus: Es entspricht einer sozialen Pflicht, jedem Angestellten wenigstens ab und zu einen Sonntag zu geben. Da die Klägerin aber nach früheren Erfahrungen annehmen mußte, den Urlaub verweigert zu erhalten, hält das Gericht das Verschulden der Klägerin nicht für so groß, um eine sofortige Entlassung zu rechtfertigen. Der Einwand des Verkäufers der Firma, daß durch das Fernbleiben der Klägerin der Abwicklung des Geschäfts Schwierigkeiten bereitet wären, könne nicht stichhaltig sein, da es sonst wohl ausgeschlossen sei, daß die Firma die Klägerin mit einem Monatsgehalt von 30 M. abspesen würde.

Hygieneausstellung.

Unsere Leser entsinnen sich unserer Mitteilung, daß die von der Brauerunion auf der Hygieneausstellung vorgeführte Statistik der Wahrheit nicht entspricht; ihre Angaben über die Gesundheitsverhältnisse der Brauerarbeiter sind irreführend und falsch. Die Leitung der Hygieneausstellung hat nach Aufdeckung dieser Irreführung die ausgestellten Zahlen von einem namhaften Statistiker nachprüfen lassen. Nachdem dieser erklärt hatte, daß allerdings die von der Brauerunion ausgestellten Tabellen der Wahrheit nicht entsprechen, verlangte die Leitung der Ausstellung die Entfernung der Tabellen von der Brauerunion und drohte, falls diesem Verlangen nicht bis zum 4. Juli stattgegeben werde, würde sie die Tabellen überprüfen lassen. Der 4. Juli ist längst verstrichen, die falschen Tabellen prangen aber noch immer in der Ausstellung. Woran liegt das? Die Leitung der Hygieneausstellung fürchtet, wenn sie ihre Drohung wahrmacht, wegen Verletzung der Unwahrheit auf Schadenersatz verklagt zu werden! Wir wollen darüber nicht rechten, ob solch Schadenersatzprozeß eine auch nur entfernte Aussicht auf Erfolg hätte. Selbst wenn die Leitung zum Schadenersatz verurteilt werden könnte, hätte sie ihre Drohung wahrzumachen, wenn die Hygieneausstellung der Aufklärung und Wahrheitverbreitung dienen soll. Aber da liegt der Hase im Pfeffer! Vor dem Vrauskapital, zu dessen Günstigen die irreführende Statistik verbreitet ist, kapituliert die Leitung der Hygieneausstellung, wiewohl sie selbst dadurch an der Verbreitung der Unwahrheit mitschuldig wird! Als es sich um Verhinderung der Wahrheit über das Gland der Heimarbeiter handelt, da klappte die Leitung der Hygieneausstellung vor dem Unternehmertum und der Regierung zusammen. Die Hygieneausstellung hätte allen Grund, ihre Firma in die einer „Ausstellung gegen Hygiene und für Verhüllung der Wahrheit“ umzuwandeln.

Umwandlung der Hamburger „Produktion“.

Bekanntlich hat der Hamburger Massengeschäftler kürzlich eine Steuer zur Erdrückung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ beschloffen. Die „Produktion“ hat sich nun unter der Firma „Handelsgesellschaft „Produktion“ m. b. H., als Gesellschaft mit beschränkter Haftung in das Handelsregister mit einem Kapital von 100 000 M. eintragen lassen.

Als Gegenstand des Unternehmens ist angegeben: Betreiben von Handelsgeschäften aller Art, Herstellung, Fabrikation und Vertrieb von Nahrungsmitteln, Kolonialwaren, Materialwaren, Landbesitz, Produktion und Fabrikation der Lebens- und Genussmittelbranche, ferner Haushaltungs- und Wirtschaftsgegenständen, Bekleidungsgegenständen, Möbeln, Kurz-, Galanterie- und Luxuswaren.

Diese Gesellschaft soll die Handels- und Produktionsbetriebe des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ übernehmen. Die Gesellschaft sah sich infolge der Gesetz gewordenen Ausnahmebesteuerung zu dieser Maßnahme gezwungen.

Im übrigen bleibt die alte Firma Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in unveränderter Weise bestehen, und die Rechte der Mitglieder werden in keiner Weise berührt.

Zu dieser Abzweigung der Handelstätigkeit der Genossenschaft „Produktion“ bedarf es noch der Zustimmung ihres Mitglieder-Ausschusses und ihrer Generalversammlung.

Die Massenaussperrung in Norwegen.

Die Arbeitgeber wollen die Gewerkschaftsbewegung vernichten.

Kristiania, den 20. Juli.

Die organisierten Arbeiter Norwegens stehen gegenwärtig in dem größten wirtschaftlichen Kampf, der jemals in diesem Lande geführt worden ist. Wenn man sieht, wie dieser Miesenkampf — nach norwegischen Verhältnissen darf man ihn wohl so nennen — zustande gekommen ist, muß man erkennen, daß es Absicht ist, der blühenden und lebenskräftigen norwegischen Gewerkschaftsbewegung einen solchen Schlag zu versetzen, daß den Arbeitgebern auf Jahre hinaus der „Arbeitsfrieden“ gesichert wird, nach dem sie so oft Sehnsucht heuchelten. Die norwegische Gewerkschaftsbewegung beginnt nämlich, den Arbeitgebern unangenehm zu werden; sie können die Arbeiter nicht länger nach Belieben ausbeuten. Wohl ist der Prozentsatz der Organisierten in Norwegen nicht groß: von sämtlichen organisationsfähigen Arbeitern sind ungefähr ein Viertel, nämlich 48 000 organisiert; aber dieses Viertel besteht aus der Elite der norwegischen Arbeiterschaft. Wie aus Legiens internationalem Bericht hervorgeht, stehen die organisierten Arbeiter Norwegens in erster Reihe, sowohl wenn es gilt, ihre internationale Solidarität zu beweisen, wie wenn es darauf ankommt, zur Förderung ihrer eigenen Sache Opfer zu bringen, sei es in Krieg oder Frieden. In keinem Lande haben die organisierten Arbeiter pro Mitglied so viel für kämpfende Kameraden außerhalb ihres eigenen Landes gezahlt wie in Norwegen. Das hat dazu geführt, daß die Arbeiter einen solchen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse gewonnen haben, daß es den Arbeitgebern zu viel erscheint.

Darum haben die Arbeitgeber schon lange Vorbereitungen zu einer „Generalabrechnung“ im Jahre 1911 getroffen. Das geht deutlich genug aus der Tatsache hervor, daß die Arbeitgebervereinigung im vorigen und in diesem Jahre alle Tarifverträge kündigte, deren Ablaufstermin in das Jahr 1911 fiel. Es ist der Konflikt in der Bergwerksindustrie, der die Massenaussperrung hervorgerufen hat. Aber daß die Arbeitgeber auch den Bergwerkskonflikt gemacht haben, geht aus dem folgenden hervor:

Für die Salangen-Gruben in Nordland und die Starö-Gruben in der Nähe von Stavanger im Westlande hatte der Arbeitsmannsverband mit den Arbeitgebern neue Tarife abgeschlossen. Diese Tarife wurden von beiden Parteien gutgeheißen am 25. Juli vorigen Jahres. Aber die Arbeitgebervereinigung weigerte sich, sie zu sanktionieren, mit der Begründung, „daß die Lohnsätze sowohl zu hoch wie zu sehr spezifiziert“ seien. — Darauf, am 1. Oktober 1910, kündigten die Arbeitgeber die Tarife in den anderen Bergwerken und verlangten, daß über neue Tarife verhandelt werden sollte, und zwar für alle Gruben, auch für die Salangen- und Starö-Gruben, wo doch, wie erwähnt, eine Einigung zwischen den Arbeitern und ihren Arbeitgebern erzielt worden war. Die Verhandlungen begannen am 24. Oktober. Die Arbeitgeber legten einen Tarifvorschlag vor, nach welchem sie sich nicht auf irgendeinen garantierten Stundenlohn bei Akkordarbeit einlassen wollten. Diesen Standpunkt mußten sie später aufgeben; aber sie forderten nun statt dessen eine bedeutende Herabsetzung der geltenden Mindestlöhne.

Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Sie wurden im Februar 1911 abgebrochen, nachdem die Arbeitgeber Vorschläge machten mit Lohnsätzen, die um ungefähr 10 Prozent niedriger waren als die in den Bergwerken bestehenden Löhne. Der Zentralvorstand der Arbeitgebervereinigung ging jedoch nach neuen Verhandlungen am 5. Mai darauf ein, die geltenden Löhne im wesentlichen weiter bestehen zu lassen. Für die Mindestlöhne von 18 bis 22 Ore die Stunde versprachen die Arbeitgeber 10 Prozent Erhöhung, aber für die Mindestlöhne von

30 bis 40 Ore bestanden sie fortwährend auf teilweiser Herabsetzung. Dies nannten sie ihr „letztes Angebot“.

Diese Vorschläge wurden fast einstimmig von den Grubenarbeitern verworfen und zum 21. Juni erklärten zirka 3400 Grubenarbeiter den Streik.

Die Arbeitgebervereinigung griff dann zur Aussperrung, um die Arbeiter zur Unterwerfung zu zwingen. Am 17. Juni schrieb sie, daß, wenn die Grubenarbeiter ihre Kündigung nicht zurücknahmen, in einer Reihe von Betrieben eine Aussperrung erfolgen sollte, die sich auf 32 000 organisierte Arbeiter erstrecken würde.

Es wurde dann unter den Grubenarbeitern eine neue Abstimmung über das letzte Angebot der Arbeitgeber vorgenommen, das jedoch wiederum einstimmig abgelehnt wurde. Die Arbeitgeber kündigten darauf 17 000 in der Holzindustrie sowie der Papier- und Zelluloseindustrie beschäftigten Arbeitern ihre Stellen zum 8. Juli, sowie 15 000 Eisen-, Metall- und anderen Werkstattarbeitern zum 15. Juli.

In musterhafter Ruhe und Ordnung verließen die 17 000 Arbeiter am 8. Juli ihre Arbeitsstätten. Gleichzeitig ergriff der Staatsminister Konow die Initiative zu einer Vermittlung zwischen den Parteien. Da die Landeszentralen der Arbeiter und der Arbeitgeber sich bereit erklärten, zu versuchen, den Streik auf diese Weise beizulegen, ernannte der Staatsminister am 10. Juli den konservativen Störkingspräsidenten Halvorsen und den sozialdemokratischen Abgeordneten Pastor Dr. Alfred Eriksen zu Vermittlern. Diese machten mit Zustimmung der Arbeitervertreter den Vorschlag, die Aussperrung, die am 15. Juli durchgeführt werden sollte, so lange auszusetzen, wie die Verhandlungen dauerten. Die Arbeitgeber lehnten das ab.

Am 15. Juli mußten abermals 15 000 Arbeiter die Arbeit verlassen!

Wenn man die über 3000 streikenden Grubenarbeiter und ferner eine große Anzahl Unorganisierten hinzurechnet, die mit den Ausgesperrten gemeinsame Sache gemacht haben, so umfaßt der Kampf gegen 40 000 Arbeiter!

Die Stimmung unter den Ausgesperrten ist durchaus gut. Und die Allgemeinheit steht mit ihrer Sympathie auf Seiten der Arbeiter. Ein großer Teil der Ausgesperrten hat mit der Heuernte Arbeit bei den Bauern erhalten, und viele sind hinaus ins Gebirge oder hinunter zur Küste gezogen, um sich mit Fischfang zu beschäftigen. Freiwillige Beiträge laufen bereits ein. Die Landesorganisation der Gewerkschaften hat für die Mitglieder, die von der Aussperrung nicht betroffen sind, einen Extrabeitrag von 1 Krone pro Woche ausgeschrieben. Mit den Streiklassen ist es außerdem gut bestellt, so daß die Arbeiter im Kampfe ausharren werden, bis ein gutes Ergebnis möglich wird.

Die Vermittlung zwischen den Parteien ist energisch betrieben worden. Aber die Arbeitgeber zeigen sich ganz unversöhnlich. Und deswegen mußte die Vermittlungstätigkeit heute abgebrochen werden, da die Arbeitgeber an ihrem letzten Ultimatum festhalten, nur mit dem Unterschied, daß sie jetzt eine kleine Verbesserung der Mindestlöhne versprechen, wenn die Konjunktur auf dem Warenmarkt sich bessert und diese Verbesserung eine noch näher zu bestimmende Zeit angehalten hat!

Die Arbeiter haben sich herbeigelassen, das „letzte Angebot“ der Arbeitgeber in den Hauptpunkten anzunehmen unter der Bedingung, daß eine Lohnerhöhung vom Jahre 1912 ab festgesetzt wird.

Die Vermittler Halvorsen und Eriksen haben einen anderen Vorschlag zur Beilegung des Konfliktes gemacht. Er liegt gegenwärtig den Landeszentralen der Arbeiter und der Arbeitgeber zur Begutachtung vor. In den nächsten Tagen wird es sich zeigen, ob die Arbeiterschaft Norwegens Frieden bekommen wird oder ob der Krieg fortauern soll.

Kündigungsfrist abgekehrt, aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden. Wer arbeiten will, der mag einzeln bei den Betriebsführern um Arbeit bitten.“ So und ähnlich lautete es in allen Betrieben. Einige Direktionen erklärten sogar: Hier ist doch kein Streik! Sie haben ja gekündigt und sind aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden. Das ist kein Streik! Wer erinnert sich nicht des Geschreies, wenn die Arbeiter nicht gekündigt haben, unter Kontraktbruch in den Streik treten. Da wurde erklärt: Mit kontraktbrüchigen Arbeitern verhandeln wir nicht. Jetzt haben die Arbeiter die Bedingungen des Kontraktes erfüllt, jetzt verhandeln sie auch nicht. Die Unternehmer haben geglaubt, der Streik würde in sich zusammenbrechen. Die Herren haben sich getäuscht. Die Unternehmer haben gewiß alles versucht, um Verwirrung unter die Streikenden zu bringen. In allen Unternehmerrouten konnte man lesen: „Das Ende des Streiks! Der Streik dürfte in den nächsten Tagen zu Ende sein.“

Der Streik ist noch nicht zu Ende, er geht weiter. Die bürgerliche Presse dürfte erfahren haben, daß ihr Schwindel nichts nützt.

Vom Genossen Löffler wurde sogar behauptet, er habe in einer Versammlung die Streikenden aufgefordert, die Arbeit aufzunehmen und dann fluchtartig das Streikrevier verlassen. An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort. Die Unternehmerpresse berichtet auch über Versammlungen, die gar nicht stattgefunden haben. Natürlich wurde in diesen nicht stattgefundenen Versammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Alles dies geschieht zu dem Zwecke, in die Reihen der Streikenden Verwirrung zu bringen. Alle diese Mühe ist umsonst. Die Streikenden lassen sich nicht beirren. Der Kampf wird weiter geführt, Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Holzarbeiterstreik in Warmbrunn in Schlesien.

In der Graßlich-Schaffgotschen Möbelfabrik haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil ihnen ihre bescheidene Forderung von 4 Pf. Stundenlohnsteigerung unter Einrechnung der in den letzten drei Monaten erfolgten Aufbesserungen abgelehnt wurde. Verweigert wurde ihnen auch die Forderung, bei außerordentlichen Arbeiten eine Lohngarantie zu leisten und ein Mindestlohn von 34 Pf. für Tischler und 32 Pf. für Maschinenarbeiter. Der Versuch einer friedlichen Verständigung war erfolglos. Die Arbeiter sind in der Mehrzahl Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, einige sind im Gewerksverein organisiert.

Zuzug nach Warmbrunn ist fernzuhalten.

Das Ende des Straßburger Straßenbahnausstandes. Nach langen Verhandlungen zwischen dem Streikomitee und der Direktion der Straßenbahn sind die Differenzen beigelegt worden. Der Betrieb konnte schon mittags in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Alle Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt.

Ausland.

Artisten-Solidarität.

Die Mitglieder einer internationalen Artisten-Konferenz, welche in dieser Woche unter Beteiligung der vier großen Ständesorganisationen aus Deutschland, Frankreich, England und Amerika in Paris tagte, haben sich, wie wir erfahren, gegenseitig verpflichtet, über die Ergebnisse der Beratungen vorläufig strenges Stillschweigen zu bewahren; dagegen ist eine Resolution für die Öffentlichkeit bestimmt, welche in vielen Exemplaren in Artistenkreisen verbreitet werden soll, und die folgenden Wortlaut hat:

„Die internationale Konferenz hat von der Bekanntmachung der Vaudeville Managers Protective Association of America Kenntnis genommen und erklärt als Erwiderung einstimmig, daß die darin enthaltenen Irreführungen keinen Einfluß auf die von der Konferenz zu fassenden Beschlüsse ausüben können; die auf der Konferenz vertretenen Artisten-Verbände erklären einstimmig, daß sie gemäß den Affiliationsbestimmungen den Bestrebungen der White Rats of America ihr unerschütterliches Vertrauen entgegenbringen und ihnen uneingeschränktes Vertrauen zusichern.“

Zur Erklärung dieser Resolution muß gesagt werden, daß die Bestrebungen des amerikanischen Artisten-Verbandes dahinzielen, nur organisierte Artisten auf amerikanischen Varietébühnen auftreten zu lassen, während die amerikanische Varietédirektoren-Vereinigung mit allen Mitteln zu verhindern versucht, daß sich die nicht-amerikanischen Artisten dem Vorgehen ihrer amerikanischen Kollegen anschließen. Zu diesem Zweck hat die Direktoren-Vereinigung in der Fachpresse der beteiligten Länder die in der Resolution erwähnte Bekanntmachung erscheinen lassen, in der sie zu begründen versucht, daß der Anschluß der europäischen Artisten an die amerikanische Artisten-Organisation diesen mehr schaden, als nützen würde.

Die obige Resolution wird die amerikanischen Direktoren nicht darüber im unklaren lassen, für wie wenig stichhaltig die europäischen Delegierten der Konferenz ihre Ausführungen halten; wenn auch die Pariser Beschlüsse im einzelnen geheim gehalten werden sollen, so läßt die Resolution doch deutlich erkennen, daß sie von weittragender Bedeutung gewesen sein müssen, und, da hinter den Pariser Abgeordneten viele Tausende von organisierten Artisten stehen, kann man wohl mit Bestimmtheit voraussetzen, daß sich die Kämpfe zwischen Varietédirektoren und Artisten in nächster Zeit erheblich zuspitzen werden, sofern die ersteren nicht den berechtigten Wünschen der Artistenchaft Rechnung tragen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Verfassungen.

Generalsammlung der Steinarbeiter. Den Geschäfts- und Massenbericht erstattete Winkler. Das letzte Quartal war für die Organisation günstig. Die Abrechnung für das 2. Quartal 1911 ergab folgendes Bild: Einnahme: Bestand am Anfang des Quartals 12 401,25 M., Gesamteinnahme 20 300,25 M., Gesamtausgabe 9849,48 M., bleibt Bestand für das nächste Quartal 10 549,77 M. Das aus der Abrechnung sich ergebende Defizit ist durch die Raifeier, die im übrigen sehr imponant verlief, verursacht worden.

Letzte Nachrichten.

Unterschlagungen einer Buchhalterin.

Köln, 22. Juli. (W. Z.) In einer hiesigen Fischgroßhandlung hat im Laufe von vier Jahren, wie sich soeben herausstellte, eine Buchhalterin, ein junge Frau, die großes Vertrauen genoss, 20 000 Mark unterschlagen. Sie wurde verhaftet.

Krieg im Frieden.

Köln, 22. Juli. (W. Z.) Heute vormittag wurden auf der Mülheimer Heide bei den Scheidenhöfen zwei Soldaten des Pionierbataillons Nr. 7, die sich vorzeitig aus der Deckung entfernten, angeschossen. Einer wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt, dem andern wurde ein Arm zerschmettert.

Seine Logiswirtin erschossen.

Kiel, 22. Juli. (W. Z.) Der Schloffer hier erschoss die Frau des Torpedobermaschinenmeisters Stolze von S. R. S. „Steinper“, die er mit Liebesanträgen verfolgte, in ihrer hiesigen Wohnung, wo er als Astermieter wohnte.

Die Cholera.

Triest, 22. Juli. (W. Z.) Bei einem Matrosen, der am 9. Juli hier mit einem italienischen Segelschiff eintraf, wurde gestern asiatische Cholera festgestellt.

Reu Port, 22. Juli. (W. Z.) Bei einem aus England in diesem Monat eingetroffenen spanischen Feizer, der im Bellevue-Hospital liegt, wurde Cholera festgestellt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die „Berliner Volkszeitung“ in Nöten.

Immer wieder ist insbesondere der „Berliner Volkszeitung“ der Vorwurf gemacht, daß sie die Streifbroschürenvermittlung als Geschäft engros betreibt. Im redaktionellen Teil wird über die Kämpfe der Arbeiterschaft berichtet — um Gimpel zu fangen und im Inseratenteil wimmelt es von Streifbroschüreninseraten. Bisher konnte man nun annehmen, daß die Inserate der Geschäftsstelle angeboten wurden und diese — weil Geld nicht stinkt, dieselben nicht zurückweisen wollte. Nun konnte aber sogar festgestellt werden, daß man sich eifrig bemüht, solche zu erhalten. Wesentlich stehen die Hamburger Tischler seit 17 Wochen im schweren Kampfe. Am 21. d. M. raffelt das Telephon der Streikleitung. Nach der Meldung „Hier Holzarbeiterverband“, meldet das Amt: „Sie werden von Berlin gewünscht“ und gleich darauf heißt es: „Der Berliner Volkszeitung“ und dann: „Verzeihen Sie. Von Ihrem Verband wurden Inserate an alle Berliner Blätter aufgegeben, in welchen Tischler nach Hamburg gesucht werden. Wir möchten nun höflichst anfragen, warum die „Berliner Volkszeitung“ das Inserat nicht erhalten hat und nehmen an, daß dieses ein Versehen ist. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß die Inserate in unserm, in großer Auflage erscheinenden Blatt eine vorzügliche Wirkung haben und sind wir bereit denselben einen hervorragenden Platz einzuräumen, so daß Sie mit der Wirkung außerordentlich zufrieden sein werden. Unser Blatt wird vornehmlich von Richtorganisierten, die früher im Gewerksverein organisiert waren, gelesen. Mit den Gewerksvereinen geht es ja sehr bergab und wenn Mitglieder desselben auf das Inserat nach Hamburg kommen, so wird es für Ihren Verband ein leichtes sein, diese für sich zu gewinnen. Sie können also gar kein geeigneteres Infektionsorgan wie das Unfrige finden. Darf ich für morgen Ihren Auftrag vormerken? Sie werden wirklich vorzüglich bedient!“

Schließlich wird dem Beamten des Deutschen Holzarbeiterverbandes — man hatte nämlich die verkehrte Firma erwischt — die Geschichte zu dumm, er erklärt: „Merter Herr! Das internationale Streifbroschürenorgan, genannt „Volkszeitung“ muß sich an Feilschereien wenden. Hier ist Deutscher Holzarbeiterverband.“ —

„Mein Herr! Der Berliner Teilnehmer hat das Gespräch abgebrochen —“, meldet die Telephonanlage. —
Solche Blätter werden noch von Arbeitern gelesen! Hinans damit aus den Wohnungen der Arbeiter.

Zum Kellnerstreik in Gappoldts Brauerei.

Die Differenzen mit dem Oekonom der Brauerei Gappoldt, Hafenheide, Herren Fabel, sind beigelegt. Die Angelegenheit ist zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt. Die Streikenden werden am Montag die Arbeit wieder aufnehmen.

Deutsches Reich.

Zum Formerstreik im pommerischen Industriegebiet.

Die im letzten Bericht angekündigten betriebstweiligen Verhandlungen haben im Laufe der Woche stattgefunden. Es gab dabei naturgemäß einen Kattenkönig von Differenzen und Mißständen in den einzelnen Betrieben zu beseitigen. Dabei ist ein voller Erfolg für die Arbeiter erreicht worden. Es sind Erhöhungen für schlecht bezahlte Arbeiter bis zu 25 Proz. erzielt. Danach konnte über die Wiederaufnahme der Arbeit betriebstweilig abgestimmt werden und hat sich das folgende Resultat ergeben:

In Torgelow ist die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben beschlossen, ebenso in Papezwall. In Wolgast hat die Direktion der Aktiengesellschaft „Panzer“ die Forderungen restlos bewilligt und wird auch dort bereits gearbeitet. In Uckeründe hat die Firma Bohjan ebenfalls bewilligt. Als Differenzen bleiben noch die beiden Zuseisenfabriken (Leng und Riedel) in Wolgast und die Eisengießerei von Rünter und Kaiser in Uckeründe unerledigt.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Der Streik der Braunkohlenarbeiter dauert nunmehr schon volle 11 Wochen. Noch aber stehen sich die Arbeiter und Unternehmer gegenüber wie am ersten Streiktag. Alle Schritte, die bis jetzt von der Streikleitung und den Streikenden getan worden sind, um es zu Verhandlungen zu bringen, sind vergeblich gewesen. Die Unternehmer haben jeden Verhandlungsversuch abgelehnt. Die Streikleitung hatte dem Staatsminister Freiherrn von Tschersich als Vermittler gewonnen. Wie aber die Unternehmer vor dem Ausbruch des Kampfes den Organisationsvertretern das Wort: „Abgelehnt“ entgegengebrachten, so schluderten sie es auch dem Staatsminister entgegen. Auch diesen lehnten sie als Vermittler ab. Der Braunkohlen-Industrieverein erklärte sich weiter seiner Verfassung gemäß außerstande, Abkommen mit den Arbeitern oder deren Verbänden zu treffen. Wer laßt da nicht? Was ist der Zweck des Braunkohlen-Industrievereins? Die Behauptung, seiner Verfassung nach außerstande zu sein, mit den Arbeitern oder deren Verbänden Abkommen über die Arbeitsbedingungen zu treffen, ist einfach eine Ausrede. Diese leere Ausrede wird auch durch das Verhalten des Braunkohlen-Industrievereins als unrichtig abgetan. Der Braunkohlen-Industrieverein ist es, der die Sache der Unternehmer bei diesem Kampfe vertritt. Erklärungen in der Presse zum Streik gibt, seine Mitglieder anfordern, den Forderungen der Streikenden den größten Widerstand entgegenzusetzen, und er soll über Arbeitsbedingungen nichts zu vereinbaren haben? Das ist einfach Unsinn! Nachdem durch dieses Verhalten alle zentralen Verhandlungen gescheitert waren, die die Voraussetzung beim Abschluß von Tarifverträgen bilden, zogen die Arbeiter den Tarifvertrag zurück, um mit den Bezirksdirektionen in Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu treten. Und der Erfolg? Abgewiesen wurden die Deputationen der Streikenden. Einige Direktionen waren höflich, hörten die Deputationen ruhig an, andere aber verhöhnten die Arbeiter, um nicht zu sagen: sie waren gemein. Durch alle Berichte zieht sich aber wie ein roter Faden folgende Unternehmerrklärung: „Wir haben mit den abgelehnten Arbeitern über nichts mehr zu verhandeln. Sie sind nicht mehr unsere Arbeiter. Sie sind unter Einbindung der gesetzlichen

Eine Krise in der Schweizerischen Sozialdemokratie.

Der im Herbst 1910 in Basel stattgefundene sozialdemokratische Parteitag beschloß einstimmig die Revision der Parteistatuten und ebenso einstimmig die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag...

Gegenwärtig ist die Schweizerische sozialdemokratische Partei ein föderalistisches Gebilde, in welcher Form sie aber nicht die ihr gebührende Bedeutung erringen konnte. Ihre bedeutendste und schönste Kundgebung ist der alljährliche Parteitag...

Das soll nun zum Teil anders werden und der Parteitag soll nach dem Statutenentwurf den Sitz der Geschäftsleitung ohne Rücksicht auf den Sitz des Zentralkomitees des Grüdlvereins bestimmen und ebenso deren 11 Mitglieder ohne besondere Rücksicht auf die Mitglieder des Grüdlvereins wählen...

Kleines feuilleton

Die Königl. preussische Baukunst. Die Jurist vor dem Neuen und die Vererbung auf die geschichtliche Ueberlieferung kennzeichnen das bureaukratische Regiment von jeher.

Gegenüber der in neuerer Zeit aufgetretenen Bewegung in der kirchlichen wie in der bürgerlichen Baukunst unter Abwendung von allem Herkömmlichen neue Ausdrucksmittel für die Baugedanken der Gegenwart zu suchen, glaubt die Staatsbauverwaltung zur Aufhaltung über zu müssen in der Ueberzeugung, daß es als ein baukünstlerischer Verlust anzusehen ist, wenn der Boden der geschichtlichen Ueberlieferung verlassen und damit auf die Verwertung des Reichthums der Gestaltungskraft verzichtet wird...

Die „Gestaltungskraft“ im Reiche des Herrn Breitenbach hat und die unglückliche Reichbreitenbachitektur befreit, durch die so viele Orte (in Gestalt öffentlicher Gebäude) verunziert werden. Mit Recht hat nun auch der Bund Deutscher Architekten gegen die Breitenbachschen Stellung genommen.

Die allgemeine Fassung, daß die Bewegung für die Baugedanken der Gegenwart neue Ausdrucksmittel zu suchen, in neuerer Zeit aufgetreten sei, fordert zu Widerspruch heraus. Diese Bewegung ist vielmehr so alt, als der Fortschritt in der Kunst. Sie ist dessen einzige Quelle.

Auch ist es ein Irrthum, wenn ausgeführt wird, daß mit der so falsch gekennzeichneten Bewegung eine Abwendung von allem Herkömmlichen verbunden sei. Vielmehr werden die Kunstschöpfungen aller früheren Zeiten so eifrig wie nur je und räumlich wie zeitlich weit umfassender studiert und nach Gelegenheit genutzt, als das irgendeiner früheren Zeit möglich war.

Das vom Minister der öffentlichen Arbeiten angegriffene Problem liegt ziemlich viel tiefer als der Verfasser des angeführten Satzes annimmt. Es wäre erwünscht, wenn die Staatsbauverwaltung die gleiche Zurückhaltung, die sie neuen architektonischen Ausdrucksmitteln gegenüber über zu müssen glaubt, auch bei der heillosigen Lösung kunstgeschichtlicher und kunstphilosophischer Fragen äbte.

Dagegen bedarf es durchaus nicht der Begründung der Zurückhaltung gegenüber den neuen Ausdrucksmitteln, da jeder Sachkundige diese Zurückhaltung anerkennen wird. Die neuen Ausdrucksmittel sind von jeher für den ganz engen Kreis derer gewesen, die die Kunst weitergebrachten haben, die aber auch unter den Baubeamten der Staatsbauverwaltung höchst selten sein dürften.

In den Händen aller übrigen haben die neuen Ausdrucksmittel stets zu Entgleisungen geführt.

Was so an Reorganisation der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei angestrebt wird, ist nichts anderes als eine Handvoll Selbstverständlichkeiten und eine vom praktischen Bedürfnis gebotene Notwendigkeit. Die ablehnende Opposition des Grüdlvereins macht die Frage der Reorganisation der Partei für beide Teile zu einer Krise. Denn der Parteitag wird trotz alledem voraussichtlich die Reorganisation im Sinne des Statutenentwurfs beschließen und so den Grüdlverein vor die Alternative stellen, sich entweder zu fügen oder aber sich loszutrennen nach dem schlechten Beispiel der Tschechen in Oesterreich und im Widerspruch mit den bezüglichen Beschlüssen und Kundgebungen der internationalen Sozialistenkongresse seine eigenen Wege zu gehen zum Schaden der gesamten Schweizerischen Arbeiterchaft in sonderbündlerischer Vereinspielerei zu machen.

Es ist wahrlich nicht mehr zu früh, dem Elend der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei mit kräftiger Hand ein Ende zu machen und das heutige bedeutungslose Schattenbild zu einem lebenskräftigen und leistungsfähigen Parteigebilde zu machen.

Aus Industrie und Handel.

Der Verkehr auf den deutschen Schlacht- und Viehhöfen.

Das neueste statistische Jahrbuch deutscher Städte enthält einen interessanten Abschnitt über die Verhältnisse der öffentlichen Schlacht- und Viehhöfe in größeren deutschen Städten. Wenn sich diese von Direktor Dr. Riekel-Raffel bearbeitete Statistik auch nur auf das Jahr 1907/08 bezieht und demnach nicht mehr ganz aktuell ist, so gibt sie doch einen interessanten Ueberblick über die Gesamtbedeutung der deutschen Schlacht- und Viehhöfe. — Im Jahre 1907/08 hatten von 77 deutschen Städten 47 eigene Viehhöfe, wozu noch in Chemnitz, Dresden und Stuttgart solche im Besitze der Innung hinzukommen; inzwischen ist in Stuttgart und Dresden der Betrieb in die Hände der Stadtverwaltung übergegangen. In etwa mehr als einem Drittel der deutschen Groß- und Mittelstädte fehlte danach überhaupt eine größere Viehhofanlage; dagegen sind in Krefeld neben dem städtischen Viehhof zwei Privat- anlagen und in Eberfeld deren eine in Betrieb. Fast lückenlos ist dagegen die Reihe der städtischen Schlachthöfe. In eigener Regie befindet er sich in 72 von 77 deutschen Städten, worunter Essen und Gelsenkirchen deren zwei aufweisen. Privatschlachthöfe haben nur Altona, Bielefeld, Chemnitz, Dresden (seit 1910 in städtische Verwaltung und Stuttgart, jedoch mit Ausnahme Stuttgart, wo es drei, und Altona, wo es gar 60 Privatanlagen gibt, derart, daß auch hier nur eine Anlage das Bedürfnis befriedigt. Der Gesamtauftrieb auf die Viehhöfe umfaßt, soweit die Angaben (von 49 Städten) vorliegen, 1.800.421 Stück Rindvieh, 1.471.628 Kälber, 6.129.090 Schweine und Ferkel, 1.149.408 Stück Kleinvieh, als welches Schafe, Hammel, Lämmer, Ziegen und Widder zusammengefaßt werden, sowie 17.718 Pferde und Esel; eingerechnet noch den dabei nicht in Betracht gezogenen Mündchener Auftrieb an Ferkeln und Kleinvieh mit zusammen 89.722, ergibt sich somit, daß auf den 49 deutschen Viehhöfen fast genau 10 Millionen Stück Vieh in Jahresfrist aufgetrieben worden sind. Nur um weniger geringer ist die Gesamtzahl der Schlachtungen mit 1.139.843 Stück Rindvieh, 1.834.865 Kälbern, 5.611.744 Schweinen und Ferkeln, 1.200.813 Stück Kleinvieh sowie 59.946 Pferde und Esel; freilich ist bei diesen Zahlen zu beachten, daß es sich hier um 77 Städte handelt. — Als größter Markt für Ochsen, Stiere und Kühe steht Berlin mit insgesamt rund 240.000 Stück Großvieh an der Spitze. Es folgen München mit rund 95.000 Stück, Frankfurt a. M. mit rund 75.000, Köln mit rund 60.000, Nürnberg mit rund 45.000. Den größten Kälberauftrieb hat mit 240.699 München, danach erst folgt Berlin mit 202.910, Dresden und Frankfurt

a. M. mit mehr als 80.000. Dagegen finden sich ganz minimale Zahlen u. a. in Krefeld (im Gegensatz zum benachbarten Düsseldorf mit 21.552), Freiburg i. Br. und Königsberg. An Schweinen werden in Berlin rund 1,4 Millionen, in München annähernd 400.000, in Hamburg 650.000, in Köln rund 300.000, in Essen, Frankfurt, Nürnberg je rund 200.000 aufgetrieben. Hinsichtlich der Schafe und Hammel nimmt Berlin eine ganz besondere Stellung ein (578.184 Stück); am nächsten kommt nur noch Hamburg mit 112.050, München mit 89.722; von den übrigen Städten hat keine einen Auftrieb von mehr als 50.000 Stück. Ueber die Statistik der Schlachtungen teilt das Jahrbuch mit, daß Berlin 157.505, München 66.583, Hamburg 65.051, Frankfurt a. M. 36.204, Köln 33.350, Leipzig 32.622, Stuttgart 31.056, Breslau 26.722 Stück Rindvieh-Schlachtungen aufweist. Etwas anders stellt sich die Reihe für die Kälber; nach München (212.361) und Berlin (173.618) folgen Dresden 79.713, Leipzig (68.683), Frankfurt a. M. (66.820), Breslau (64.504); dem gegenüber stellt sich die Zahl für Hamburg nur auf 53.445 und Köln auf 49.921. Hinsichtlich der Schweine stellt sich Nürnberg mit in die erste Reihe; in Berlin wurden 1.165.231 Schweine und Ferkel geschlachtet, in Hamburg, das hier erheblich vor München rangiert, 378.092, in Leipzig 198.490, in Dresden 163.000, in Köln 162.941, in Nürnberg 159.260, in Breslau 143.576. Hinsichtlich der Hammelschlachtungen hat Berlin 468.890, Hamburg 88.528, Leipzig 82.199, Dresden 41.334, München 39.782, Düsseldorf 37.079 Schlachtungen; alle anderen Städte haben weniger als 30.000 Hammelschlachtungen im Jahre, unter 1000 dabei u. a. Bielefeld, Gelsenkirchen, W. Gladbach, Hagen, Kaiserslautern, Königshütte, Ludwigshafen, Rülheim a. Rh., Rülheim a. Ruhr, Oberhausen, Osabrück und Remscheid. Die Pferdeschlachtungen im Deutschen Reich sind außerordentlich zahlreich. Hamburg zählt 7854, Breslau 3378, München 2839, Halle 2718, Leipzig 2456, Bremen 2023, Köln 1978, Düsseldorf 1845, Königsberg 1863, Hannover 1587, Frankfurt a. M. 1278 und Frankfurt a. O. 1085 Pferdeschlachtungen, Posen dagegen nur 169, Stuttgart 217 und Würzburg 192. Die Pferdeschlachtungen in der deutschen Reichshauptstadt sind nicht bekannt, da dort die Pferdeschlachtungen in einem Privatschlachthof vorgenommen werden. — Die Ergebnisse hinsichtlich der Beanspruchungen sind ebenfalls sehr verschieden. Im Hinblick auf die Genutztauglichkeit des Schlachtfleisches ergibt sich, daß ganz die Tierkörper (prozentual zu den Schlachtungen) am häufigsten beanfandet wurden; von Rindvieh in Flauen (4,30 Proz.), Braunschweig (4,07 Proz.), Mühlhausen i. G. (3,58 Proz.), Königsberg (3,21 Proz.), Erfurt (3,14 Proz.), Altona (3,10 Proz.) und Danzig (3,09 Proz.); von den Kälbern in Harburg (2,59 Proz.) und Elbing (2,38 Proz.); von den Schweinen in Elbing (2,48 Proz.), Königsberg i. Pr. (1,24 Proz.), Kassel (1,12 Proz.) und Freiburg (0,92 Proz.). Die günstigsten Verhältnisse zeigen sich bei dem Rindvieh in Ludwigshafen (0,07 Proz.), Weiden (0,14 Proz.) und Hamburg (0,16 Proz.); bei den Kälbern in Stralburg (0,02 Proz.), in Hamburg, Frankfurt a. M. und München (je 0,03 Proz.), sowie in Koblenz (0,04 Proz.), Frankfurt a. O. und Ludwigshafen (je 0,05 Proz.) und Stralburg (0,03 Proz.).

Rindhölle.

Unter dem alten Walle, der nicht zuletzt durch seine Frömmigkeit verbunden mit der geschickten Verwertung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen ein reicher Mann geworden war, biß die Meierei E. Wölle ein Privatunternehmen, das in seiner Leitung eine persönlich interessierte Spitze hatte. Nachdem der Gründer gestorben war und sechs Erben Nachfolger des Geschäfts geworden waren, tauchte das Gerücht auf, daß einmal um glatte Erbteilung zu ermöglichen, und zum anderen — was noch wichtiger erscheint — das festliegende Vermögen „flüssig“ zu machen, die Meierei in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden sollte. Dies ist jetzt unter Aufsicht der Deutschen Bank geschehen. Durch 7,2 Millionen Mark Aktien und 0,8 Millionen Mark Passiven wurde die Grundlage einer Aktiengesellschaft mit 4,0 Millionen Mark Aktien und 2,5 Millionen Mark Obligationen geschaffen. Die Aktien werden an die Erben verteilt. Die Erben ziehen sich in den Aufsichtsrat zurück. Dort verfügen sie normalerweise schon mit der Hälfte ihres Aktienbesitzes über die gesamte Meierei und ihr Schicksal. Genügt doch die einfache Majorität zu allen Beschlüssen. Die andere Hälfte der Aktien mit ihren

Am Gänsehäufel. Aus Wien wird uns geschrieben: Das Gänsehäufel hat wieder seine Wüstenzeit. Den indischen Namen Gänsehäufel trägt das Strandbad von Wien.

Vor ein paar Jahren war hier die verlassenste Gegend. Wer verirrete sich jemals in diese eintönige, flache Landschaft, in der nichts zu erblicken ist als ein Sandstreifen, Weiden- und Wuchengebüsche und Tümpel? Hier glänzen die toten Arme der Donau. Denn dieser große Strom hat die sonderbare Eigenschaft, sein Bett zu wechseln. Im Laufe der Jahrhunderte hat er das wiederholt getan. Man sagt, und auf den Denkmälern sieht es beinahe noch so aus, daß Wien an der Donau gelegen ist. Das entspricht der Wahrheit ungefähr so, wie die Tatsache, daß die Donau schön und blau sei. Sie ist etwa so blau wie der Himmel an einem schweren Regentag, und jedermann, der jemals in Wien geweilt hat, weiß, daß er den durch die Stadt geleiteten Donaukanal gesehen, nicht aber den Strom selbst. Ja, einmal floß er durch die innere Stadt. Heute muß man eine halbe Stunde weit durch den Prater fahren, bevor man zur Donau kommt. Und überquert man sie, so gelangt man in die weiten Auen, und weiter noch zu den toten Donauarmen. Für Augen, die feineren Schönheiten zugänglich sind, ist die Landschaft gewiß nicht reizlos.

Die Rudervereine entbeden die „alte“ Donau als willkommenen Tummelplatz. Ein gewisser Florian Bernad sollte auch auf dem Gänsehäufel eine Kultur von Edelweiden anlegen. Aber er baute sich auf der Insel eine Hütte aus Flechtwerk und lebte mehrere Sommer lang wie Robinson. Dieser moderne Robinson war ein Anhänger des Naturheilverfahrens, und so oft sich jemand zu ihm verirrete, pries er ihm die Wirkung der Sand- und Sonnenbäder an. Seine Propaganda griff weiter, seine Kundenschaft wuchs. Der Sand dieser Insel war so fein wie irgend ein Seesand, das Wasser der toten Arme hatte noch einen leichten Anflug, so daß es sich erneuerte, und so entstand das Strandbad. Um der Kritik der Hygieniker handzuhalten, mußte es von der Stadtverwaltung übernommen werden. Tausende von Menschen besuchen nunmehr täglich, wenn die Sonne niederbrennt, das Gänsehäufel. An Sonntagen wimmelt es hier wie auf Conch Island.

Es gibt ein Familienbad, ein Herren- und ein Damenbad am Gänsehäufel. Alle sind mit Restaurationen versehen, mit Turnplätzen, mit allem möglichem Komfort. Weiße Plätze sind für Sandbäder reserviert, wo Patienten — nicht ohne ärztliche Anweisung — bis auf die Nasenspitze zugeschüttet werden und in ihren Gräbern schwitzen und dampfen. Da treiben sich die Menschen halbe Tage lang in Badestühlen umher, wägen sich auf dem Strande, plätschern im Wasser, ganz wie in einem Seebad. Und man kann in dreißig bis vierzig Minuten wieder in seiner Wohnung sein. Die Wirkungen sind unschätzbare.

Humor und Satire.

Ein verkrachter gräßlicher Vater an seinen verkrachteren Sohn. Und wenn du aber gar nichts hast Als deinen alten Adel Und fällt dein Vater längst zur Last, So such' ein reiches Madel!

Es gibt schon eine goldne Wand, Die sehnlich nach dir schnattert! Pack' sie am Flügel, Junker Hans, Eh' sie von dannen flattert!

Und ruff' das Tierchen, ruff' es fest, Je früher, je probater! Und ruff' auch, was sich rupfen läßt, Den Gänserich, den Vater!

Mühsing' der goldne Rang jedoch Und kommt dich Rot an Geld an, So schreibe Wechsel möglichst hoch, Und pump' die ganze Welt an!

Wut' Teufel, Kooftmischdiener sein! Und ist das nicht vonnöten: Man legt die Bande einfach rein, Dann kriegt man ihre Kröten!

Und bricht im schlimmsten Fall der Krug, Du brauchst nicht hung'rig frähen! Es gibt Kolotten grad genug, Die nach dem Namen legen!

Wiß jeder dich zur Ehe her Und laß dich wieder scheiden: Sie zahlen 1000 Mark und mehr Und du lebst zehn Freuden!

Weda.

— Parol'so. Wenn uns Deutschland annektert, ob wir wohl dann auch das geheime allgemeine Wahlrecht kriegen und Preußen auslachen können! (Jugend.)

Notizen.

— Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelm-Städtischen Schauspielhaus wird Willi Kordau, der neue Leiter dieser Bühne, die Saison am 2. September mit Adolf Wilbrandts nachgelassenem Werk „Siegfried der Cheruster“ eröffnen.

— Goethes Ur-Meister, die erste Form von den Lehrjahren Wilhelm Meisters, die durch einen glücklichen Zufall vor zwei Jahren entdeckt wurde, wird bereits im September erscheinen. Zuerst natürlich in einer teuren Ausgabe. — Die Raffkraft der sogenannten Erben Goethes und die Paarhalterei der Philologen haben dies bedeutsame (um goetisch zu reden) Ereignis so lange verzögert.

— Das Gebet um schönes Wetter. Unter den „Fragen aus unserem Leserkreis“ ist in „Wochens Frauen- und Moden-Zeitung“, Heft 10/1911 unter Nr. 1099 folgendes zu lesen: „Welche von den lieben Mitleidenden ist so freundlich und sendet mir die Abschrift eines Aindergebetes, in dem das Kind den lieben Gott bittet, daß er recht schönes Wetter werden lasse, da es nach dem „Zoologischen“ gehen möchte? Zu Gegenleistungen bin ich gern bereit.“ F. L.

Dividendenansprüchen kann durch den Börsenmarkt im gegebenen Moment und nach Erfüllung der notwendigen Einführungskaufstellen kapitalisiert werden. Die Macht der Vorkasse ist so ohne weiteres um die Hälfte ihres bisherigen Wertes gesunken. Der Besitz mobilisiert, verflüssigt sich, und wird dadurch immer mächtiger. Interessant ist bei der ganzen Gründungsangelegenheit, daß man — wohl nur vorläufig — eifrig bestrbt ist, nicht den wirklichen Wert der Meierei Walle zu kapitalisieren. Hat das Unternehmen doch in den letzten Jahren immer einen Reingewinn von 600000 Mark, 1910 sogar rund eine Million Mark erzielt. Dies bedeutet, bei 40 Millionen Aktienkapital eine zukünftige Dividende von rund 20 bis 25 Proz. Auch bei der Bewertung des Grundbesitzes der Firma ist man ebenso bestrebt gewesen, ihn weit unter seinem Verkaufswert einzusetzen. Es bieten sich da für die Zukunft sicher noch beachtenswerte Kompensationsobjekte.

Das Kohlenyndikat hat für den Monat August die bisherigen Verteilungsanteile von 87 1/2 Prozent für Kohlen, 65 Prozent für Holz und 80 Prozent für Dreifels festgelegt.

Aus der Frauenbewegung.

Wahlrechtsdamen-Taktik.

Ueber die Wahltaktik der Frauen orakelt im „V. L.“ (Nr. 353) eine Wahlrechtsdame, um nach freisinniger Logik eine Taktik der größtmöglichen Inkonsequenz zu empfehlen. Die Frauen — natürlich die bürgerlichen Frauen — meint die Taktikerin, hätten schon recht tolle Erfahrungen gemacht. So zum Beispiel, daß zwischen liberalen Kandidaten und Abgeordneten, soweit das Frauenstimmrecht in Frage komme, ein großer Unterschied bestehe. Von vorher gemachten Versprechungen spüre man nachher oft nichts. Die Wahlrechtsdame warnt nicht, solchen Eventualitäten sich nicht auszusetzen, vielmehr ihr Wahlrecht laut zu äußern: obwohl — trotzdem! Sie schreibt, der Verband für Frauenstimmrecht empfehle seinen Mitgliedern, zur Zeit der Reichstagswahl Versammlungen zu arrangieren, in denen das Frauenwahlrecht zu propagieren sei. Nur für solche Kandidaten sollen die aktiv tätigen Mitglieder eintreten, die rückhaltlos, ohne irgend welche Winkelzüge, auf das Frauenstimmrecht sich verpflichteten. Das sei auch richtig und konsequent. Das hält unsere Wahlrechtsdame aber nicht ab, die Schilddrüsen der unter der geistigen Leitung des Frauentums stehenden Damen der fortschrittlichen Frauenbewegung gutzuheißen, die zwar auch grundsätzlich das Frauenstimmrecht verlangen, aber doch opportunistisch darauf verzichten. Ein Teil der Damen bildet den sogenannten Arbeitsausschuß der weiblichen Mitglieder der — Volkspartei. Obwohl das Programm die Forderung der Frauen nicht anerkennt, binde dieses doch die Mitglieder, und deshalb müßten auch die Wahlrechtsdamen für ihren Volksparteikandidaten eintreten, dessen Wahl unterstützen. — Natürlich auch dann, wenn ihm ein sicherer Befürworter des Frauenstimmrechts gegenübersteht. Heiliger Blasphem! Und diese Wahlrechtsdamen soll noch ein Mensch ernst nehmen. Die Artikel-schreiberin meint allerdings, es würde Frauen geben, die vor solcher Inkonsequenz zurückzucken, die doch wohl lieber nur für „Stimmrechtsfreunde“ arbeiten möchten. Der Arbeitsausschuß soll dann über Bewusstseinskonflikte hinweghelfen. — Daß die Damen mit solchen Halbheiten bei den Gegnern des Frauenstimmrechts irgend welchen Eindruck machen, werden sie schließlich selbst nicht glauben. Es kann einfach gar keine Wahl geben — für eine wirkliche Anhängerin der Forderung der Gleichberechtigung der Frau. Da außer der Sozialdemokratie noch keine einzige andere Partei für die Gleichberechtigung der Frau eingetreten ist, muß man auch für die Sozialdemokratie eintreten, oder man ist kein ernsthafter Verteidiger der Frauenforderung. Das gilt für Männer wie für Frauen.

Adoptionsannoncen.

In der Diskussion nach einem Vortrag der Schwester Henriette Arendt über: „Kinderhandel in Europa“, wurde der Rat gegeben, sich in dieser Angelegenheit an den „Zeitungsbeklag“, das offizielle Organ der Zeitungsdirektoren zu wenden, der vielleicht einen weitgehenden guten Einfluß nach dieser Richtung hin ausüben könnte. Das Ueberhandnehmen der sogenannten Adoptionsannoncen, die zum weitaus größten Teil Schwindelannoncen sind, wurde nun auch von dem „Zeitungsbeklag“ warnend konstatiert.

Der „Vorwärts“, wie überhaupt die sozialdemokratischen Blätter, haben sich einbringlich vor Aufnahme derartiger Annoncen gewarnt und nur in ganz seltenen Fällen, wenn die Absichten eines derartigen Inserenten über jeden Verdacht des Schwindels erhoben waren, wenn die Informationen über den Vertriebenen absolut günstig ausgefallen, wurde eine solche Anzeige im „Vorwärts“ zugelassen. Jeder Genosse, jede Genossin, weiß, daß der „Vorwärts“ eine strenge Kontrolle nach dieser Richtung hin wachen läßt. Und wenn er am gleichen Tage in seiner Nummer 187, an dieser Stelle die „Morgenpost“ mit einer großen Kinderhandelsrubrik feingelagert, an dem er selbst eine kleine Anzeige des Inhalts: „Nehme Kind in Pflege; Mutter kann mit einwohnen“, brachte, so wird kein Sozialdemokrat, kein Sozialdemokrat auch nur im geringsten angenommen haben, daß es sich auch hier um eine Schwindelannonce handeln könnte. Anders zu denken, bekam der „Wund“ in seinen sumptigen Anschauungen fertig, der als Wertwürdigkeit mitteilt, daß sich unter den vielen Annoncen der festgenagelten „Morgenpost“ auch ein ähnlich lautendes Inserat, wie das im „Vorwärts“ enthaltene befinde. Selbstverständlich werden 1. die einfachsten Annoncen, die harmlosesten, am leichtesten von Schwindlern nachgeahmt und 2. kann doch auch wirklich ein eheliches Inserat zwischen vielen Schwindelannoncen stehen. Dem „Wund“, dem geistvollen Denker, blies es also vorbehalten den köstlichen Schluß zu ziehen: „Alle Metalle schmelzen, Butter schmilzt auch, folglich ist Butter ein Metall!“ Nicht aber um die dummen Schlüsse des „Bundes“ handelt es sich in dieser ersten Frage, sondern darum, ob auch die Insertionsdirektion der „Morgenpost“ ihre derartigen Annoncen vor der Aufnahme auf ihre Ehrlichkeit hin prüft. Darauf kommt es an. Und das bezweifeln wir ganz entschieden.

Zum Schluß sei auch heute hier wieder festgehalten, daß diese Art Annoncen seit dem Bekanntwerden des Kinderhandels in vielen größeren Berliner Blättern nachgelassen haben, zum Teil ganz aus ihnen verschwinden sind. Nur die „Morgenpost“ weiß noch immer mit langen Rubriken (gestern neun, heute fünf) solcher Incongruenzen aufzumarten. Die Warnung des „Zeitungsbeklags“ scheint der „Morgenpost“ noch nicht bekannt geworden zu sein, aber sollte sie sich vielleicht, wenn alle anderen Blätter und Zeitungen diese Inseratenrubrik drangeben, eine Spezial-Kinderhandels-Inseraten-Abteilung zulegen wollen? Befürchtung wurde das zweifellos sehr bezweifelhaft werden können. Und die armen Kinder . . .

Versammlungen — Veranstaltungen.

Pantow. Mittwoch, den 26. Juli, 3 Uhr: Gemütliches Beisammensein aller Parteigenossen und Genossinnen im „Pantow“, Schloßstraße 6.

Tegel. Montag, den 24. Juli: Ausflug nach Tegelfort. Treffpunkt morgens 9 Uhr Endstation der Straßenbahn. Für Nachzügler in Tegelfort Restaurant „Waldhänke“, Inst. Schaper. Der Vespereabend fällt aus.

Vespereabende.

Ostter Kreis (Konstabler). Montag, den 24. Juli, bei Nothe, Hlensburger Straße 24. Vortrag der Genossin Stein. Der Vespereabend bei Weichnast fällt aus.

Dritter Kreis. Montag, den 24. Juli, im Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 26. Juli, Kaffeeabend im Ludwigs-Villoriargarten in Treptow, Appenider Landstraße 25-26.

Rixdorf. Wegen der am 25. Juli stattfindenden Generalversammlung fällt der Vespereabend für Juli aus.

Treptow. Montag, 8 1/2 Uhr, Cruststr. 22, Hof part., und bei Kaiser, Gräfstr. 23.

Friedenau. Montag, den 24. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Meßelle, Handjerystr. 60/61. Vortrag. Genosse H. Hagen.

Lichtenberg. Der Vespereabend am 24. Juli fällt aus.

Baumshuldenweg. Der Vespereabend fällt in diesem Monat aus.

Gerichts-Zeitung.

Ein Amtsblatt-Redakteur unter der Anklage des Vettels.

Das Schöffengericht Dresden-Nischenbroda verhandelte dieser Tage gegen den Redakteur des „Cottwiger Tageblatts“ wegen Vettels. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde. Im April dieses Jahres erschien in dem „Cottwiger Tageblatt“ eine Anzeige folgenden Inhaltes: „Welch edle Seele bist einer allein stehenden, geb. jungen Frau und Mutter dreier Kinder, die durch langjährige Krankheit ihres Gatten gänzlich zugrunde gerichtet und verarmt ist, sofort mit einem Scherlein aus bitterster Not?“ (folgt Unterschrift der Einsenderin.) Die Inseritionsgebühren waren beigefügt. Das „Cottwiger Tageblatt“ hatte keinerlei Bedenken gegen die Aufnahme dieses Inserats, und zwar um so weniger, als das Inserat die vollständige Adresse der Einsenderin trug, so daß jeder, der ein Scherlein zu geben bereit war, sich zuvor nach der Wahrheit der in dem Inserat gemachten Angaben erkundigen konnte. Bald nach dem Erscheinen des Inserates erhielt aber der Redakteur des „Cottwiger Tageblatts“ wegen „Vettels“ einen Strafbefehl über einen Tag Haft! In dem letzteren wurde ausgeführt, der Redakteur habe durch die obige Annonce in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit der Einsenderin und Auftragsgeberin fremde Personen um milde Gaben angesprochen! Der nicht wenig überraschte Redakteur beantragte gegen diesen Strafbefehl gerichtliche Entscheidung. Er machte geltend, daß u. a. nach Professor Dr. Winding Vettels das vorzüglich rechtswidrige, gewerbsmäßige Fordern von Geschenken zur eigenen und (oder) zur Lebensnotdurft von Personen, für die der Bittende rechtlich oder tatsächlich zu sorgen habe, bedeute. In der Verhandlung schloß sich das Gericht auch dieser Anschauung des genannten Strafrechtslehrers an. Die Staatsanwaltschaft ließ ebenfalls die Anklage wegen „Mittäterschaft beim Vettels“ fallen, beantragte aber Bestrafung wegen Vergehens gegen die Armenordnung. Auch hierauf ging das Gericht nicht ein, sondern sprach den Redakteur unter Uebernahme sämtlicher Kosten auf die Staatskasse von der Anklage, „fremde Personen um milde Gaben angesprochen zu haben“, frei.

Welch eigentümliche Blüten treibt doch polizeilicher Anklage-Drang! Glaubt die Anklagebehörde, solch Inserat stelle den Tatbestand strafbaren Vettels dar, so ist natürlich unverständlich, warum sie nicht sämtliche Junker sowie die regierungsfreundlichen und konservativen Redakteure wegen Vettels anklagt, die Schutzgelder, also auf Kosten der Allgemeinheit Gaben für die Junker verlangen. Eine Anklage gegen diese Oberreichsbettler wäre immerhin juristisch noch haltbarer als die erwähnte.

Preisenschwindler.

Im recht raffinierte Schwindelweiser, durch welche eine hehrtaustige Frau um ihre Ersparnisse gebracht worden war, handelte es sich in einem Betrugsschilde, der die 1. Penitenzstrammer des Landgerichts III beschlagnahmt. Angeklagt waren der Schneider Ernst Viertümpfel und der Agent Erich Teplaff.

Der Angeklagte Viertümpfel ist verheiratet und Vater von zwei Kindern, lebt aber seit längerer Zeit von seiner Ehefrau getrennt, die gegen ihn wegen Ehebruchs die Scheidungsklage angetragt hat. Durch eine von der geschiedenen Mäherin Veria Wundow erlassene Peiratannonce, in welcher sich diese als junge Witwe mit Ersparnissen ausgab, machte V. im Juni 1909 die Bekanntschaft dieser hehrtaustigen Dame. Schon nach wenigen Tagen erfolgte die Verlobung der Beiden. Bald darauf ließ V. durchschicken, daß er Geld brauche, um seine frühere Geliebte, eine gewisse Neumann, der er noch Geld schulde, abzufinden. In der Hoffnung, bald ebenfalls den schönen Namen Viertümpfel führen zu können, griff die hehrtaustige Dame sofort in den Geldbeutel und kändigte ihrem „Zukünftigen“ 800 Mark aus. Als er bald darauf von ihr Geld verlangte, um sich einen Laden einrichten zu können, gab sie nochmals 1200 Mark. Ihr Schreden vor kein geringer, als sie wenige Tage darauf erfuhr, daß V. noch verheiratet war. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen beiden. Schließlich versöhnte sich V. das erhaltene Geld ratenweise zurückzahlen. Nachdem der Angeklagte 260 Mark zurückgezahlt hatte, sagte er einen raffinierten Plan. Zu seiner Ausführung setzte er sich mit dem jetzigen Mitangeklagten Teplaff in Verbindung, der ihm noch Geld schulde. Teplaff beschaffte einen Hypothekenschein über 3000 Mark. Dieser war aber völlig wertlos, da die betreffende Hypothek bei der Zwangsversteigerung des Grundstücks ausgefallen war. Durch ein Versehen war der Hypothekenschein dem Gläubiger, einem Zimmermeister Hüh in Reinholdsdorf nicht zurücküberlangt worden. Zwischen den beiden Angeklagten wurde nun folgender Plan ausgearbeitet: Teplaff sollte den Hypothekenschein an die Wundow geben, diese sollte ihm dafür ihre Forderung an Viertümpfel abtreten und ihm den Unterschied zwischen dem Betrage ihrer Forderung und dem „Wert“ des Hypothekenscheines herauszahlen. Bei den Verhandlungen mit der W. behauptete dann Teplaff, daß der Hypothekenschein gut sei und er selbst eingetragener Gläubiger sei. Die nicht besonders geschäftsgewandte Frau W. ging auch auf den Reim und zahlte noch auf den wertlosen Brief hin etwa 1000 Mark zu, ohne sich vorher auf dem Grundbuchsamt nach den wirklichen Verhältnissen zu erkundigen. Als sie dies endlich tat und erfuhr, daß der Brief völlig wertlos sei, war es schon zu spät.

Vor Gericht bestritten die Angeklagten, sich des Betruges schuldig gemacht zu haben, wurden jedoch durch die Beweisaufnahme überführt. Mit Rücksicht auf die überaus raffinierte Ausführung des Betruges erkannte die Penitenzstrammer auf je 1 Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung.

Ein Rechtsstreit wegen Ableitung von Molkereiwässern in die städtische Kanalisationsanlage.

Im März 1904 ist von der Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Lichtenberg ein Ortsstatut erlassen worden, nach dessen § 1 die dortigen bebauten Grundstücke an die städtische Kanalisationsanlage anzuschließen sind. In diesem § 1 ist zugleich bestimmt, daß dem Strahlenanal alle Haus- und Wirtschaftswässer sowie aus allen Fässern und Wasserlosets die menschlichen Exalien zuzuführen sind; Regenwässer und ebenso Fabrikabwässer und Wässer aus gewerblichen Anlagen nicht zugeführt werden dürfen. Der § 2 lautet: „Ausnahmsweise und auf besonderen Antrag dürfen Regenwässer und Schwäfer aus Fabriken und gewerblichen Anlagen in den Schmutzwasserkanal unter besonderer Genehmigung des Gemeindevorstandes im Einverständnis mit der Ortspolizeibehörde eingeleitet werden. Hierfür hat der Eigentümer bezw. der Besondere neben den allgemeinen Gebühren für Einleitung von Klosett-, Küchen- und Badewässern eine besondere Abgabe zu entrichten, die vom Gemeindevorstand nach der Qualität und Quantität der eingeleiteten Wässer bemessen wird.“ Da der Molkereibesitzer St. in Lichtenberg die Abwässer seiner Molkerei in den Schmutzwasserkanal der Stadt abläßt, hat die Stadt Lichtenberg gegen St. geklagt, diesen zu verurteilen, die Einführung der Molkereiwässer von seinem Grundstücke Gubrunstraße 4 zu Lichten-

berg in die Straßenkanalisation von Lichtenberg zu unterlassen. Der Beklagte hat die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges vorgebracht.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin trafen dem Beklagten bei und wiesen die Klage der Stadt ab. Dagegen hat das Reichsgericht das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges verworfen. Die Sache ist zur weiteren Entscheidung an das Landgericht Berlin zurückverwiesen worden. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen interessiert folgendes: Nach § 13 des Gerichtsverfassungsgesetzes gehören vor die ordentlichen Gerichte alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, für die nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder reichsrechtlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind. Allerdings ist hiernach die Entscheidung eines Streits über das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindefauna den ordentlichen Gerichten entzogen und den Verwaltungsgerichten überwiesen worden. Dabei ist aber stets notwendige Voraussetzung, daß das in Streit befundene Nutzungsrecht ein öffentlich-rechtliches ist; von einem solchen öffentlich-rechtlichen Gebrauchsfache der Beklagten kann aber im vorliegenden Falle nur insoweit die Rede sein, als sich die Benutzung der Kanalisationsanlage der Klägerin durch den Beklagten innerhalb der Grenzen des von der Klägerin in dem § 1 ihres Ortsstatuts zugelassenen allgemeinen öffentlichen Gebrauches (Gemeindegewässers) bewegt; insoweit sie diese Grenze überschreitet und dem Ortsstatut zuwider, ohne die nach § 2 derselben erforderliche besondere Genehmigung und ohne die Entrichtung der dort vorgesehenen besonderen Vergütung stattfindet, steht ihr zufolge der entgegenstehenden Bestimmungen des Ortsstatuts ein öffentlich-rechtlicher Titel nicht mehr zur Seite. Zu prüfen blieb deshalb nur noch, ob der gegenwärtige Rechtsstreit sich auch als „bürgerliche Rechtsstreitigkeit“ darstellt. Auch dies ist aber der Fall, weil es ein privatrechtliches, vor allem auf privatrechtlicher Grundlage beruhender Anspruch ist, den die Klägerin mit der Klage verfolgt. Die Klägerin klagt auch gerade auf Grund ihres Eigentums; dieses Eigentum ist insoweit, als es nicht durch den in § 1 des Ortsstatuts freigegebenen allgemeinen Gebrauch eine Einschränkung im öffentlichen Interesse erfahren hat, ein unbeschränktes und außerhalb der Grenzen jenes Gemeingebrauchs stehen sich die Parteien, was die Kanalisationsanlage angeht, nur als privatrechtlich berechtigt und verpflichtet einander gegenüber.

Der Silberverkauf der Anarchisten.

Zu dem Gerichtsbericht, den wir am Freitag über die Verurteilung des Schneiders Erich Hofe wegen der „Silberverlorenen“ brachten, wird mitgeteilt, daß der Verurteilte seine Woffen selbst durch zwei anonyme Briefe an die politische Polizei denunziert hatte. Das Gericht nahm deshalb an, der Angeklagte habe aus einer gewissen Grobmannsjucht und Eitelkeit heraus gehandelt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Neues königliches Opernhaus. Sonntag: Kannhäuser. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Koenigsmark. Dienstag: Die Reiterhinger von Nürnberg. Mittwoch: Kannhäuser. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Rheinhold. (Anfang 8 Uhr.) Freitag: Die Walfäre. Sonnabend: Koenigsmark. Sonntag: Der Ruffant. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Der Ruffant. (Anfang 8 Uhr.)

Zeitungstheater. Täglich: Sommerputz. (Anfang 8 Uhr 20 Min.)

Romische Oper. Täglich: Der verbotene Kuh. (Anfang 8 Uhr.)

Kleines Theater. Täglich: Korallen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Berliner Theater. Täglich: Hummelsteden. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. Täglich: Die leuchtende Sussanne. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Theater. Täglich: Der Nodelphener. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Täglich: Der dunkle Punkt. (Anfang 8 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus. Täglich: Babines Einführung. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Täglich: Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Trianon-Theater. Täglich: Das Verbrechen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Thalia-Theater. Täglich: Polnische Witze. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Zustpielhaus. Täglich: Die dritte Eskadron. (Anfang 8 1/2 Uhr 20 Min.)

Rose-Theater. Täglich: Katernhehl. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol-Theater. Täglich: Dohlet amüsiert sich. (Anfang 8 Uhr.)

Goldes Caprice. Täglich bis auf weiteres: Die letzte Nacht. Drei Frauenhüte. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Berliner Prater-Theater. Bis auf weiteres täglich: Die drei Grazien. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Volgt-Theater. Täglich: Goldene Jugend.

Wollo-Theater. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Vossige-Theater. Sonntagsnachmittag 3 Uhr: Spezialitäten. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Täglich: Gastspiel Oskar Jungblum. (Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.)

Carl-Haberland-Theater. Täglich: Ein häßlicher Junge. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Urania-Theater, Taubenstr. 45/46. Sonntag: Im Lande der Ritterschiffen. Montag: Helgoland im Wechsel der Zeit. Dienstag: Im Lande der Ritterschiffen. Mittwoch: Helgoland im Wechsel der Zeit. Donnerstag: Im Lande der Ritterschiffen. Freitag: Helgoland im Wechsel der Zeit. Sonnabend: Im Lande der Ritterschiffen. Sonntag: Helgoland im Wechsel der Zeit. (Anfang 8 Uhr.) Montag unbestimmt.

Stenografie, Invalidenstr. 57-62.

Witterungsübericht vom 22. Juli 1911.

Ort	Temperatur	Wind	Wolken	Wetter	Temperatur	Wind	Wolken	Wetter	Temperatur	Wind	Wolken	Wetter
Sonneberg	770 60	2 Weller	20	Opasanda	767 61	—	Weller	14				
Damberg	769 63	2 wolklos	21	Petersburg	763 63	2 wolklos	15					
Berlin	770 63	1 wolklos	22	Stettin	768 63	3 Nebel	17					
Frankfurt	770 60	1 wolklos	21	Aberdeen	761 63	3 Nebel	21					
München	771 60	2 wolklos	20	Karlsruhe	769 61	—	wolklos	16				
Wien	770 63	1 bedeckt	22									

Wetterprognose für Sonntag, den 23. Juli 1911. Vielwolke heiter und sehr warm bei meist schwachen südwestlichen Winden. Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Verboten

Dem Rubelbater
Karl Korinth u. Frau
Emma geb. Guttowski
zu ihrem heutigen Silberjubiläum
berühmte Glückwünsche
Fritz Cardinal u. Frau
nebst Toppfen.

Unserm Genossen
Robert Weise u. Gattin
zur Silberhochzeit die besten
Glückwünsche.
Die Genossen d. 65. Bezirks.

Unserm Genossen (88206)
Hermann Müller nebst Frau
zur Silberhochzeit am 24. Juli
1911 die herzlichsten Glück-
wünsche.
Die Genossen d. 66. Bezirks
des 2. Kreises.



W. WERTHEIM G.m.b.H.



Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz
Potsdamer Straße 10, 11 und 13 Friedrichstraße 110/112 Passage-Kaufhaus

In dieser Woche

EXTRA-PREISE

In dieser Woche

Ein großer Posten
KOSTÜM-RÖCKE
aus englisch gemusterten Stoffen **3.95, 5.95**

Ein äußerst billiger Posten
TÜLL-GARDINEN
zwei Flügel **3.35, 6.00, 6.75**

Ein Posten weiße
BATIST-BLUSEN
mit Stickerei und Kragen, halbfrei . . . **1.95, 3.50**

Mädchen-Konfektion

In allen drei Häusern

Ein Posten **Waschkleider und Russenkittel** aus imitiertem Zephir und leinenartigen Stoffen **85 Pf., 1.20, 1.70**
Ein Posten **Mädchen- und Backfisch-Blusen** aus besten Waschstoffen **2.45, 3.45**

Knaben-Konfektion

Nur Potsdamer und Leipziger Straße

Ein Posten **Sportblusen** aus Prima-Zephir, für das Alter von 4 bis 14 Jahren durchweg **1.45**
Ein Posten **Waschblusen** für das Alter von 2 bis 8 Jahren . . . durchweg **85 Pf., 1.20**
Ein Posten **Waschhosen** für das Alter von 3 bis 8 Jahren durchweg **65, 90 Pf.**

Frühjahrs-Konfektion für Mädchen und Backfische, wie Kleider, Kostüme, Blusen und Paletots — sowie **Knaben-Waschanzüge**
zu ganz außerordentlich herabgesetzten Preisen

Wäschestoffe

Elsasser Hemdentuch . Meter **38, 48 Pf.**
Louisianatuch gute, haltbare Qualität, Klassenbreite Meter **45, 55 Pf.**; Deckbettbreite Meter **75, 95 Pf.**
Betteatin mit verschiedenen Streifenmustern, Klassenbreite Meter **55, 78 Pf.**; Deckbettbreite Meter **75 Pf., 1.10**
Laken-Daulas 145 cm breit . . . Meter **80 Pf.**
165 cm breit Meter **1.10, 1.45**

Bade-Artikel

Frottierhandtücher weiß **85 Pf., 1.10, 1.45**
Kinder-Badetücher weiß **95 Pf., 1.25**
Badelaken aus Krüselstoff, weiß . . . **2.95, 3.90, farbig 5.90**
Schwimmschuhe aus grauem Segeltuch, für Damen und Herren **1.45**
Badekappen aus Öltuch . . . **25 Pf.**, aus gummiertem Satin **70 Pf.**
Schwimm-Kopftücher bunt von **45 Pf.** bis **1.75**
Ein Posten **Frottierhandtücher** weiß und bunt **65 Pf.**
Ein Posten **Bademäntel** weiß . . . **3 65 4 50**
Ein Posten elegante **Mäntel** moderne Fassons, mit Ärmel **9 75 16 50**
Badetrikots mit Ringelmuster, für Kinder von **75 Pf.**, für Erwachsene von **1 55 an**

Bettwäsche

Bettgarnituren ein Deckbett und zwei Kissen, fertig genäht
aus Louisianatuch . . . **3.95**, aus Linon . . . **5.85**
aus Bettsatin **6.95**
Kopfkissen mit Sprucheinsatz **1.10**
mit Hohlraumarbeit **1.55**
Überlaken hierzu passend **5.50**
Betttücher aus Leinen, vollweiß, genäht, 160/225 cm groß **4.85**

Ein großer Posten
Schürzen-Stoffe
gestreifter und kariertes Gingang, auch für Hauskleider geeignet
Meter **45, 65, 75 Pf.**

Ein großer Posten
Wäsche-Stickereien
Schweizer Batist, Kupon von ca. 4 1/2 Meter **65, 95 Pf.**
Ein Posten **Mull-Einsätze** für Blusen
Meter **25, 35, 45 Pf.**

In unserer bedeutend erweiterten

Möbel-Abteilung

im 1. Stock des Passage-Kaufhauses

reichhaltige Ausstellung kompletter Muster-Zimmer in allen Holz- und Stilarten

Nordhäuser Raufabak

von **Grimm & Triepel, Nordhausen.**

Man verlange stets ausdrücklich unser Fabrikat — „Marke Grimm & Triepel“ — und weise die vielfach missbräuchlich — angebotenen geringwertigen Nachahmungen zurück. — Zum Zeichen der Echtheit befindet sich in jedem unserer Röllchen ein Zettel mit unserer Firma in Rotdruck, was wir beim Einkauf besonders zu beachten bitten.

MANOLI
Cigarettes

Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

„Jüngst Goldfuchs 'König'!“ Die größten, weil auch könnlichsten Wölfe

8. Verbandstag der Stukkateure.

Dresden, 21. Juli

5. Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wurde fortgesetzt. Referent Giebler-Hamburg begründete weiter die Vorlage des Vorstandes. Als Reaktion soll bestimmt werden, daß Mitglieder, während eines Streiks oder einer Aussperrung innerhalb des Tarifgebietes der in Betracht kommenden Filiale aus irgend einer Ursache arbeiten, für jeden Arbeitstag einen Extrabeitrag in Höhe des regelmäßigen Wochenbeitrages zu zahlen haben.

An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Generaldiskussion an, bei der die Delegierten die Wünsche und Anträge ihrer Zahlstellen vertraten. Bemerkenswert ist, daß in der Verhandlungstage noch weitergehende Vorschläge, als der Hauptvorstand unterbreitete, gemacht wurden. Daß die Hauptpläne gestärkt werden muß, darüber war man sich allgemein klar, nur über das wie herrschte Meinungsverschiedenheit. Gegen die Schmälerung der Anteile der Filialen an den Beiträgen wurde vielfach opponiert, dafür Vorschläge, eine allgemeine Beitragserhöhung um 5 Pf. resp. um 10 Pf. pro Woche vorzunehmen, gemacht. Von anderer Seite wurde aber wieder eingeworfen, daß, wenn eine Erhöhung der Beiträge vorgenommen, diese nur für die Sommermonate in Kraft treten dürfe. Die Vorlage des Vorstandes und die hierzu gestellten Anträge wurden schließlich einer siebenköpfigen Kommission überwiesen.

Dann wurde in die zurückgestellte Debatte über den Punkt Organisation und Agitation eingetreten. Sie ist auch bei dieser Frage außerordentlich ausgedehnt. Die vorgebrachten Wünsche sind sehr mannigfaltig. Die Erörterungen drehten sich in der Hauptsache um Gausinteilungen und die Anstellung von Gauleitern — Fragen, die mehr Berufs- als öffentliches Interesse haben. Der Vorstand beantragte, alle gestellten Anträge abzulehnen und nur seinem Antrag auf Zusammenfassung der Gaus 3 und 4 und Anstellung eines Beamten hierfür zuzustimmen. Der Verbandstag beschließt demgemäß.

Ueber Lohnbewegungen und Streiks referierte dann Odenthal-Hamburg, der die Ergebnisse der Bewegungen in den letzten Jahren ausführlich besprach. (Die Erwerbslosen in der Reichszeit haben wir bereits im Vorbericht herangezogen.) Zum Schluß seiner Ausführungen ging Redner auf die Streikbestimmungen des Statuts und die hierzu vorliegenden Anträge, die er abzulehnen bittet, ein.

Die Verhandlungen wurden hierauf auf Sonnabend vertagt.

Verfassungen.

Verband der Sattler und Portseuiller. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Schulze. Das letzte Vierteljahr war was Erfolge anlangt, nicht ganz so günstig wie die vorhergehenden. Es hat sich auch bei den Differenzen mit der Firma Billig wiederum gezeigt, daß die Behörden die Unternehmer, im Gegensatz zu den Arbeitern, begünstigen, indem sie der Firma Aufschub für die Befreiung gewähren. Dagegen sind bei einer Anzahl anderer Firmen verschiedener Branchen durch die Organisation wesentliche Verbesserungen in Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt worden. Im Anschluß hieran gab Schulze eine kurze Uebersicht von der letzten Tarifbewegung der Reiseartikelbranche. (Der „Vorwärts“ hat hierüber eingehend berichtet.) 90 Firmen stehen noch außerhalb des Vertragsverhältnisses, und wenn es auch zumeist nur kleinere Firmen sind, so muß doch darauf hingewirkt werden, daß auch sie unter den Tarif kommen. Nachträglich haben ja nun auch 16 von den 90 Firmen den Tarif unterschrieben. Im übrigen, erklärt Redner, könne man mit dem Verlauf der Tarifbewegung zufrieden sein. Die Differenzen, die zurzeit zwischen der Reiseartikelbranche und der Ortsverwaltung der Buchbinderorganisation bestehen, behandelte Redner nicht weiter, sondern verwies auf die demnächst stattfindende Sitzung, in der die Gewerkschaftskommission ein Urteil fällen werde.

Darauf erstattete Wehner die Abrechnung für das 2. Quartal 1911. a) Ortsverwaltung. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 18 004,45 M. Unter Ausgaben sind folgende Summen für Unterstützung hervorzuhoben: Streik 2347,85 M., Mahregelung 536,25 M., Reise 128 M., Arbeitslosen 3063,75 M., Kranken 3145,50 M., Beerdigung 365 M., Umzug 80 M.

b) Lokalfiliale. Bestand und Einnahmen 57 873,62 M., Ausgaben 3116,70 M. Bestand am 30. Juni 1911: 54 756,92 M.

c) Berliner Verwaltung. Einnahmen 2467,20 M., Ausgaben 2126,21 M. Bestand am 30. Juni 1911 341,05 M.

d) Schülings- und Jugendabteilung. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 161 M.

Mitgliederbestand der Jugendlichen: 123 Lehrlinge und 20 Hilfsarbeiter.

Mitgliederbestand der Ortsverwaltung am 1. April 1911: 3285, darunter 195 weibliche Mitglieder. Mitgliederbestand am 30. Juni 1911: 3372, darunter 221 weibliche Mitglieder.

Benutzung des Arbeitsnachweises: Eingeschriebene Arbeitslose: 756, davon 31 nicht organisiert. Verlangte Arbeitskräfte: 446. Besetzte Stellen 322.

Eine Debatte erfolgte nicht. Annahme fand ein Antrag des Vorstandes, das Defizit der Berliner Verwaltung für das laufende Quartal aus der Lokalfiliale zu decken.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Der Verwaltungsbereich für das 2. Vierteljahr wurde am Donnerstagabend in der Generalversammlung, die im Gewerkschaftshause stattfand, von Karl Hoffmann erstattet. Die Hauptliste zeigt in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 36 492,50 M. Für Unterstützung zahlte die Hauptfiliale die Summe von 6316,85 M., darunter an frante Mitlieder 5569,16 M. und in Sterbefällen 2005 M. Die Lokalfiliale buchte eine Einnahme (inkl. Bestand vom 1. Quartal) von 59 238,44 M., eine Ausgabe von 20 808,14 M., somit verbleibt ein Bestand von 38 430,30 M. Unterstützungen aus der Lokalfiliale wurden im Betrage von 3094 M. gezahlt, darunter an Kranke 1755 M., an Arbeitslose 1034 M., in Sterbefällen 900 M. Die Mitgliederbewegung ist aus der folgenden Aufstellung zu ersehen:

Am Ende des vor. Quartals waren 7323 männl. 240 weibl. 57 jugendl.

Im Laufe des Quart. sind eingetreten 794 115 16

Gesamtsumme 8117 355 73

Es wurden ausgeschlossen resp. 479 49 11

bleibt ein Mitgliederbestand 7638 306 62

Zusammen 8008 Mitglieder.

Das Schreiben des Oberbürgermeisters betr. den Sommerurlaub fand als zweiter Punkt auf der Tagesordnung. W u h n. der dazu das Wort nahm, führte aus, wiederholte Beharrlichkeit und fortwährendes Drängen nötig war, um eine Antwort auf die Wünsche der Arbeiter zu erhalten. Einmal wurde ihm im Rathaus erklärt, daß man die Adresse des Verbandes der Gemeindearbeiter nicht wußte. Endlich lief ein Schreiben des Oberbürgermeisters ein, das die Hoffnung auf eine Regelung des Urlaubs für diesen Sommer zerstörte. Das Schreiben lautet:

Berlin, 20. Juni 1911.

Sehr geehrter Herr!

Die Arbeiten wegen anberuhter Regelung des Arbeiterurlaubs sind im Gange; es wird aber nicht beabsichtigt, die

einzigartigen Änderungen schon in diesem Sommer in Wirksamkeit treten zu lassen.

Ergebnis

(Hr.) Kirchner.

W u h n. erklärte, daß man jedenfalls soviel aus dieser Antwort herauslesen könnte, daß Änderungen vorgenommen werden sollen. Eine Reorganisation der Arbeiterausschüsse sei dringend notwendig geworden, wenn sie für die Arbeiter nützlich sein sollen. Die Ortsverwaltung und die erweiterte Verwaltung haben sich mit der Antwort des Oberbürgermeisters beschäftigt und werden nicht nachlassen, die Forderungen der Arbeiter mit Nachdruck zu vertreten. Die folgende Resolution wurde der Versammlung vorgelegt und einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung von 20. Juli nimmt Kenntnis von den Verhandlungen mit dem Herrn Oberbürgermeister und dessen Antwort betr. die Reorganisation der Arbeiterausschüsse beginnend die Verlängerung des Sommerurlaubs. — Die Ortsverwaltung wird beauftragt, durch erneute Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß in möglichst kurzer eine definitive Entscheidung in den beiden Forderungen der Arbeiter herbeigeführt wird.

In einem längeren Vortrage erstattete W u h n. den Bericht vom 8. Gewerkschaftskongress in Dresden. Obgleich die Zeit schon weit vorgezogen war, fand der Redner die größte Aufmerksamkeit der hartbesuchten Versammlung. Von einer Diskussion wurde abgesehen, aber beschloß, Dr. Weinmann zu einem Vortrage vor einer Vertrauensmännerversammlung einzuladen, um bestimmte Paragraphen des neuen Entwurfs zum Strafgesetzbuch zu erörtern.

Aus aller Welt.

Auf der preussischen Eisenbahn.

Trotz der hohen Ueberschüsse, die alljährlich aus der Eisenbahn herausgequetscht werden, herrschen dort noch recht skandalöse Zustände. Während in den oberen Wagenklassen alles aufs eleganteste eingerichtet ist, sieht es in der 4. Klasse oft recht unmeniglich aus, wie folgende Zuschrift aus unserm Leserkreis beweist:

Dienstagmorgens gegen 8 1/2 Uhr fuhr ich mit dem Personenzug 4. Klasse von Swinemünde ab, um nach Berlin zu gelangen. Kaum lag die Station hinter uns, als wir zum Erstaunen aller Mitreisenden merkten, daß es durch das Dach des Wagens regnete und um nicht naß zu werden, mußte der Regenschirm aufgespannt werden. Auf der Station Duxerow, die wir bald erreicht hatten, hieß es umsteigen. Das Umsteigen geschah unter freiem Himmel und bei strömendem Regen mußten wir mit unserem Gepäck etwa 120—150 Meter weit laufen, ehe wir das Dach der Bahnhofshalle erreichten.

In Duxerow bestiegen wir einen anderen Zug und bald nach Verlassen des Bahnhofes mußten die Insassen unseres Wagens wieder unter dem aufgespannten Regenschirm Schutz vor dem Regen, der sich auch hier einen Weg durch das undichte Dach bahnte, suchen. Es war jammerschade, daß sich unter den Mitreisenden kein Photograph befand, denn das „Idyll“ hätte unbedingt im Wilde festgehalten werden müssen. Reisende in der vierten Wagenklasse der königlich preussischen Eisenbahn mit aufgespanntem Regenschirm. Wir sind ja hier in Preußen manches gewöhnt, aber daß man in Eisenbahnwagen bei Regenwetter nicht einmal geschützt ist, dürfte doch noch nicht dagewesen sein.

In Angermünde bestiegen wir wieder einen anderen Zug, diesmal kamen wir in einen Wagen, dessen Dach wasserdicht war; ob es in den übrigen Abteilen vierter Klasse auch der Fall war, entzieht sich unserer Kenntnis. — Diese Zustände wurden unter den Mitreisenden lebhaft kritisiert und der Kaiserliche Reichstag in der Welt, Preußen in Deutschland voran“ fand eine treffende Illustration. In den übrigen Wagenklassen wird man unter den geschickten Zuständen wohl nicht zu leiden haben; in der vierten Wagenklasse fahren auch nur die gewöhnlich Sterblichen und für die ist nach der Ansicht des preussischen Staates alles gut. Vielleicht tritt aber auch hier eine Besserung ein, wenn der Herr Eisenbahnminister einmal in einem Abteil vierter Klasse bei Regenwetter fährt.

Soweit die Zuschrift einiger Reisenden der vierten Wagenklasse. Dringend zu wünschen wäre, daß die preussische Eisenbahnverwaltung derartige Mißstände beseitigen läßt und daß die undichten Wagen durch neue ersetzt werden.

Eisenbahnunglück auf einer Kleinbahn.

Dem schmerzlichen Eisenbahnunglück bei Müllheim, dem 15 Personen zum Opfer gefallen sind, reihte sich am Sonnabend ein weiteres in der Provinz Sachsen an, wobei acht Personen verletzt wurden. — Ein Telegramm aus Halle meldet:

Der 7 Uhr früh auf der Station Hörfingen ein-treffende Personenzug entgleiste, als er mit ziemlicher Geschwindigkeit in die Station einfuhr, infolge falscher Weichenstellung. Die Lokomotive und sämtliche Wagen wurden umgeworfen. Der Zugführer Ullman wurde zwischen Personen- und Packwagen eingeklemmt und es bedurfte mehrerer Stunden, um ihn aus seiner qualvollen Lage zu befreien. In seinem Aufkommen wird ge-zweifelt. Die Lokomotive, der Packwagen und ein Personenwagen sind zertrümmert. Der Lokomotivführer Langermann, sowie der Postschaffner Voos, ferner 6 Passagiere wurden leichter verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Schuld an dem Unfall soll den Stationswärters-Wirtlich in Hörfingen treffen, der die Weiche aus Versehen falsch gestellt haben soll.

Ein neuer Flugrekord.

Der Geny-Farman-Piloter Loridau, der erst kürzlich den Höhenrekord auf 3250 Meter brachte, hat am Freitag auch neue Rekorde für die Flugdauer und Flugstanz aufgestellt. In einem ununterbrochenen Flug von 11 Stunden 45 Minuten Dauer legte er in Rundflügen eine Strecke von 750 Kilometern zurück. Venzin-mangel und Abspannung zwangen ihn schließlich zur Landung.

Todessturz einer Fliegerin.

Die Fliegerin Frau Denise-Moore, die seit einiger Zeit Schülerin der Farman-Flugschule in Etampes war, ist am Freitag nach Abschluß der mehrerer gelungener Flüge aus 40 Meter Höhe abgestürzt und tödlich verunglückt. — Auch der französische Militär-flieger Girard wurde durch einen Windstoß aus 50 Meter Höhe mit seinem Apparat herabgeschleudert und erheblich verletzt.

„Frei ist der Vursch“

Der Vursche eines Hauptmanns bei dem in Offenburg (Waden) liegenden Infanterie-Regiment Nr. 170 ist kürzlich von der Tobsucht befallen worden. Bei diesem Anlasse forschte man nach

den Ursachen von der Erkrankung des nach der Heimat entlassenen Soldaten. Da auch die Zeit und Art der Beschäftigung in Betracht kam, ist als interessantes Dokument ein Stundenplan für den Maximal-Arbeitstag eines Offiziersburschen festgestellt worden. Derselbe lautet nach einem dortigen Blatte:

Stundenplan eines Burschen bei einem Hauptmann und seiner Gattin Anno 1911.

Zwei Stunden vor dem Auftreten das Pferd füttern und es dann an die besohlene Stelle bringen.

Table with 2 columns: Time (Von 5 1/2 bis 6 Uhr) and Activity (Reinwasser locken, das Pferd füttern, putzen, die Ziegen füttern, den Ziegenstall reinigen, dann Garten- oder Hausarbeit verrichten, Zeit zum Mittagessen, die Ziegen füttern, das Pferd putzen, im Garten oder Haus arbeiten nach Anweisung der gnädigen Frau, die Ziegen füttern, das Pferd füttern, die Ziegen tränken, den Stall streuen und in Ordnung bringen).

Von 8 Uhr ab hat der Vursch als Soldat an seine eigenen Sachen sich zu machen bis 9 und 1/2 Uhr abends.

Es fehlt darin die Zeit für das Abendessen, welches deshalb überflüssig wäre, weil der Vursch von abends 1/2 Uhr an keinen Kaffee mehr erhält, stattdessen die Küche geschloffen wird.

Von 1/2 Uhr an ist der Vursch frei, wenn er Urlaub zum Ausgehen hat; zum Schlafengehen bedarf er desselben nicht.

Zumeilen klappt es auch mit der kurzen Pause fürs Mittagessen nicht. So wurde beispielsweise am Dienstag nach Pfingsten ein freier Vursch, für welchen obiges Statut maßgebend ist, noch um 1/2 Uhr vormittags zu einer Beforgung ausbezogen; er mußte, um sein Essen zu bekommen, eine heimliche Insubordination begehen, behaupten die Kameraden.

Wir Vurschen sind fidele Brüder, kein Unfall schlägt uns ganz daneben. Wir als Vurschen haben nichts danach zu fragen, schöne Mädchen süßen wir zum Tanz.

Eine Raagensteuer in München.

Die Münchener Gemeindeverwaltung ist der ganzen Welt mit einer neuen Steuer vorangegangen, mit einer Steuer auf die Hauslagen. Die Steuer soll für jede Raage 5 M. betragen. Die Gründe für die Steuer sind vielfache. Genaue Erhebungen haben ergeben, daß die Zahl der Raagen in München stetig zunimmt, daß dieselben in den Häusern eine vollkommene Reinhaltung unmöglich machen, daß sie nicht nur durch ihr periodisches nächtliches Gekammer die Ruhe stören, sondern auch vom hygienischen Standpunkte nicht einwandfrei sind, endlich daß sie mit Erfolg auch Singvögel in allen öffentlichen Gärten und Anlagen jagen und die Vermehrung derselben verhindern. Der Münchener Gemeinderat hofft, daß die Steuer sofort die Zahl der Raagen vermindern wird, daß die zur Steuer herangezogenen Raagenbesitzer größeren Wert auf die Tiere legen und sie besser behüten werden, hauptsächlich aber, daß der großen Vermehrung ein Riegel vorgeschoben wird. Jede Raage, die nicht ein Halsband mit Marke trägt, wird von dazu befugten Organen gefangen und sofort beseitigt.

Kleine Notizen.

Zwölf Kinder beim Gewitter umgekommen. Während eines heftigen Unwetters schlug der Blitz in St. Urban in Rärnten in das Gehöft des Bauern Lutzsch und tötete zwei Kinder. Ein Mädchen wurde schwer verletzt. — In dem ungarischen Rigemerdorfe Horvan entstand ein großer Brand durch Blizschlag. Fünfzig Kinder sind in den Flammen umgekommen.

Die Tat eines Irren. In Szegedin schloßte der irrsinnige Seilergehilfe Habady auf der Straße einer Frau namens Jüder den Bauch auf. Erst nach aufregender Jagd konnte der Irrensinnige überwältigt und gefangen werden.

Dyker des Rheines und der Ruhr. Bei Herdingen er-tranken beim Baden im Rhein drei Knaben, davon zwei aus einer Familie; bei Hochemmerich ertranken ebenfalls drei Schüler und gleichzeitig drei Personen in der Ruhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dinstags von 6 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Vorschlag und eine Bitte als Privatangelegenheit. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monnentschuldung beizugelegt ist, werden nicht beantwortet. Günstige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. 10. 1. Einschließlich Dezember des J. 2. 20 Proz. 3. Ja. — R. 77. 1. Nur dann, wenn im Niedersatz vorgelesen. 2. Sonntags 10—2, wochentags 10—6, wenn im Vertrag nichts anderes bestimmt ist. — C. R. 2. Mariendorf, Str. 12. In der Regel ja. — H. T. 61. 1. Nein. 2. Nur dann, wenn Sie nicht einen der üblichen Niedersätze unterzeichnet haben. — S. 30. Erwischen Sie beim Umisgericht einen Schuldittel und lassen Sie abhandeln den Stoff pflanzen und verteilern.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — C. R. 28. Wenn die Armenverwaltung Kenntnis erhält, ist Befehlsgabe möglich. — C. R. 28. Leider: Nein. — T. 62. Das erfahren Sie am besten in irgend einem Drogengeschäft. — Dr. St. 60 Prozent und darüber.

G. R. 100. Kenntnis davon erlangen Sie mir, wenn Sie den Schuldner zum Pfändungszwang zwingen. — P. C. 4. Rixdorf. Wenn Sie glaubhaft darzulegen können, daß Sie einen Nutzen aus dem Gehälte nicht haben, so halten Sie Ihre Reklamation aufrecht. — Promot? Wenn Sie Vater sich nicht hat naturalisieren lassen, in Deutschland nicht. — S. 960. 1. und 6. Interes Erachtens nicht. 2. Es kann Abmahlung beantragt werden. 3. und 4. Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht als Bevollmächtigter auftreten. 5. Wegen des Verschuldens war Eintrag zu machen. — R. 2538. 1. und 2. Nur nach Eintrag in das Urteil und die Liquidation des Anwalts zu beurteilen. 3. Nur dann, wenn Sie zu den Kosten verurteilt sind. 4. Ja. — 67. Schader. Wir halten Ihre Tochter nicht für ersperrlich. — W. 30. Wenn die Frau sich noch im Ausland befindet, rufen wir von irgendwelchen Schulden ab; möcht sie im Inland: Klage. — Penne 5. Sie besprechen die Angelegenheit am zweckmäßigsten mit dem Rektor; dessen Stellungnahme ist maßgebend.

G. S. 6. Nur dann, wenn die Frau ein gesetzliches Recht zum Trennen haben hätte und Sie keinen standesgemäßen Unterhalt gewährt haben. — W. T. 500. Leider ja. — G. R. R. Nicht haltbar. — C. R. C. 1. Nach Ihrer Darstellung liegt eine halbare Handlung vor. Verlassen Sie zunächst, das Geld in Höhe zu erlangen. — S. S. 99. Unseres Urachtens nicht. — R. R. 100. Rufen Sie beim Umisgericht gegen den Pfändungsbeschluss Beschwerde. — S. S. 100. Straßbar nicht; der Mann kann aber die Ehe anfechten. — Mariage 150. Dazu sind Sie nicht verpflichtet.

Theater und Vergnügungen

Schiller-Theater Charlottenburg.
Der dunkle Punkt.
 Lustspiel in 3 Akten v. G. Rabelburg und Rudolf Kreiser.
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
 Stiegen und folgende Tage:
Der dunkle Punkt.

Berliner Theater.
 Heute 8 Uhr:
Bummelstudenten.
 Täglich: Bummelstudenten.

Neues Theater.
 8 Uhr. Täglich: 8 Uhr.
Der Rodelzigeuner.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Chausseest. 30/31.
 Täglich 8 1/2. Sonntags 8 Uhr:
Badines Entführung.
 Roman Operette 1. 3 Akte. (4 Bildern)
 v. H. v. Hof. Musik v. H. v. Hof.

DOSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Täglich: Anfang 8 1/2, 11 Uhr.
Kasernenluft.
 Auf der Gartenbühne:
 Es gibt nur ein Berlin.

Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!
 Operette in 3 Akten von G. Freund.
 Musik von Rudolf Kreiser.
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2, 11 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
 3 Frauenbühne.
 Die letzte Nacht.
 Ein Theater zu vermieten.
 Das Strumpfband.

PASSAGE :: :: ANOPTIKUM
 Verletztster Sonntag!
 Die ungeheure
Neger - Riesin
 Abomah! Die Sensation der Saison!
 Die größte Frau, die je gelebt!
 Habt ihr alle, indisch, Fakir, Kentauro.
 AGA die schwabende Jungfrau.
 Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Toni Thoms
Jim u. Jam
The Hevaldos Comp.
 u. d. Varieté-Festspiel-Prgr.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 23. Juli 1911:
Neues Programm!
Theater und Spezialitäten.
 Anfang des Konzerts 8 Uhr, der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**
 Jeden Montag: **Lustige Sänger.**

APOLLO Theater
 8 Uhr:
Die grandiosen Spezialitäten.
 8 1/2, 11 Uhr:
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden
 in
Sein Herzensjunge.
 Vaudeville mit Ges. u. Tanz in 2 Akte
 von H. Reichardt und H. Schöner.
 Musik von H. Kollo.

Reichshallen-Theater.
 Gastspiel
Oskar Junghänel
 mit seiner berühmten
 Perrengesellschaft.
 Anfang Montag 8 Uhr,
 Sonntag 7 Uhr.
 1. August
 Wiederbeginn der Soireen der
Stettiner Sänger.

Luna-Park.

Sensationelle Attraktionen!
 Johnstowns Untergang, Cairo, Lachhaus, Hippodrom Lehmann.
 Tanagra-Theater, Teufelsrad, Moulin-Rouge, Gebirgsbahn.
 Wasserrutschbahn, Mon Plaisir u. v. a.
 Dienstag, den 25. Juli: **Konzert d. Männergesangsvereins**
Liedertreue-Eichenkreis.
 Saisonkarten gültig ab heute bis Schluß der Sommer-Saison 1911 zum
 täglichen Eintritt in den Luna-Park mit Ausnahme der Elitetage.
 Preis 3 M. Zu haben: Beim Invalidendank, Kaufhaus d. Westons
 und A. Wertheim sowie an den Kassen des Lunaparks.

Vergnügungspark Jungfernheide
 Tegeler Weg 74/75. Herrlicher Naturpark, 6000 Stühle.
 Jeden Sonntag:
Militär-Konzert, Feuerwerk, Theater-Vorstellung und Großer Ball.
 Entrée 10 Pf., Kinder frei.
 Kaffeeküche, Volksbelustigungen.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark
 The great Grigori Allison Truppe, 8 Personen, ikarische Spiele.
 Die Zauberrüste, urkomische Pantomime.
 Teufelsrad, Wasserrutschbahn, Gebirgsbahn, Liebesmühle, Cake
 walke u. a. interessante Volksbelustigungen, von packender Komik.
 Eintritt nur 25 Pf.
 Mittwoch, 26. Juli: Gr. Kinder-Erntefest. Verlosung, Hauptgew. 1 gold. Uhr.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
 Sonntag, den 23. Juli,
 abends 8 Uhr:
Tannhäuser.

Montag, 24. Juli, abends 8 Uhr:
 Gastspiel Katharina - Fischer - Edel.
Lohengrin.
 Dienstag, 25. Juli, abds. 7 1/2 Uhr:
 Die Meistersinger von Nürnberg.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
 Parloberger Str. 26, Stendaler Str. 18
 Direktion: Karl Pirnau.

Aus Liebe zur Kunst.
 Wisse mit Gesang.
Konzert, Spezialitäten.
 u. a.:
Otto Müller Römer,
 Das komische Individuum.
 Anfang 8 Uhr. Vorstellung 9 1/2 Uhr.

Noacks Theater.
 Direktion: Robert Ditt.
 Berlin N., Brunnenstraße 16.
Das Nachtlager in Granada.
 Romantische Oper v. Rom. Kreutzer.
 Ein Räuber. Dir. Ditt. Ditt.
 Die Verlobung bei der Laterne.
 Dazu: Die vorzügl. Spezialität,
 Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater
 Sonntag, den 23. Juli:
 Konzert, Theater u. Spezialitäten.
 Vorstellung.
 Anni Bollini, Les Orsellos, Fritz
 Prünke, The Original Burtons.
Der Störenfried.
 Lustspiel in vier Akten von Beneddy.

WINTERGARTEN
 Schluß der Saison: 31. Juli 1911.
 Verletztster Tag!
LA TORTAJADA
 und die
12 Attraktionen 12
des Juli-Programms.
1. bis 10. August
geschlossen!
Wiedereröffnung:
Donnerstag, den 17. August.

Zirkus Moulier
 Bankstr. Berlin
 Berliner Str. 63-67, an der Schön-
 hauser Allee.
 Heute Sonntag, 23. Juli:
3 Vorstellungen 3
 4 Uhr, 6 Uhr, 8 1/2 Uhr.
 In jeder Vorstellung:
Das sensationelle
Weltstadt-Programm.
18 Elite-Nummern 18
 Montag, abends 8 1/2 Uhr:
Rebelle-Vorstellung.

Schweizer-Garten
 Am Königstor, Am Friedrichshain.
 Jeden Abend 8 1/2, 10 Uhr:
Wie man Weiber fesselt.
 Wisse mit Gesang in 3 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
 Jeden
Erntefest.
 Anf. wochentags 5, Sonn. 4 Uhr.

Voranzeige.
Ab 1. September 1911
180 Polarbewohner
 auf der eigens adaptierten Rollschuh-Bahn
Kurfürstendamm 151

Originell! Neu! Lehrreich!
 150 Lappländer mit Frauen und Kindern
 30 Eskimos mit Familien
 40 Rentiere
 25 Grönlandhunde
 16 Island-Pferde
Original-Wohnhütten
Hausindustrie
 Skiläufer, Skiboote, Schlitten
Leben und Treiben im hohen Norden.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des vierten Berliner Reichstagswahlkreises.

Am Montag, den 24. Juli 1911:
Kinder-Fest
 in Ludwigs „Viktoriagarten“, Treptow.
 Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens einen Bon zur Stocklaterne u. Karussell gratis.
 Kinderspiele mit Verteilung von Bonbons :: Konzert und Tanz.
 Billett 20 Pf. 220/14 Anfang 4 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
 9., 10. und 11. Abteilung.

Sonntag, den 30. Juli, im Insel-Restaurant (Plötzensee):
Sommer-Fest.
 Konzert, Gesang, Humorist. Vorträge, Spezialitäten, Tanz.
 Mitwirkende: 220/14*
 Gesangverein „Gesundbrunner Harmonie“ (M. d. A.-S.-B.), Freie Turner,
 Arbeiter-Athletenvereine, Sängergesellschaft Lewandowsky
 und die Musikkapelle.
 Für die Kinder: **Kasperle-Theater.**
 Kinder erhalten an der Kasse 2 Bons; einer berechtigt zur einmaligen Benutzung
 des Karussells oder der Schaukel, der andere zum Empfang einer Stocklaterne.
 - Anfang 3 Uhr. - Eintrittspreis an der Kasse 25 Pf., im Vorverkauf 20 Pf. -

Deutscher Bauarbeiter - Verband.
 Bureau: Engelauer 15, III. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV. 4093.
 Sonnabend, den 29. Juli 1911, in Kilems Festsälen, Hasenheide 13-15:
Erstes Stiftungsfest des Zweigvereins
 bestehend aus 130/12*
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
 -Eröffnung 9 Uhr. In drei Salen: **Großer Ball.** Anf. d. Konzerts 6 Uhr.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr zur Verfügung.
 Bei ungünstiger Witterung ist für 1500 Sitzplätzen unter Zelten gesorgt.
 Hierzu ladet freundlich ein **Das Komitee.**
 Billetts zum Preise von 50 Pf. für Herrn inkl. Tanz und 25 Pf. für Damen sind bei allen
 Objekten und Hauptkassierern sowie im Vorstandsbureau, Engelauer 15 III, Zimmer 53, zu haben.
 Das Bureau des Zweigvereins ist am Sonnabend, den 29. Juli, dem Tage des
 Stiftungsfestes, von 1 Uhr mittags an, geschlossen. Der Zweigvereinsvorstand.

Excelsior-Lichtspielhaus, Rixdorf, Bergstr. 151-152, Passage.
Der Hoteldiener.
 Illustrierte Wochenübersicht.
Blütenträume.
 Phantasie.
Piefke veranstaltet
eine Parforcejagd.
 Das
nübsche kleine Dienstmädchen.
Müller als Bedienter.
Karussell-Übungen
und Manöver.
 Karichen vertritt sich nicht
 mit seiner Schwiegermutter.
Das Geheimnis der Palme.
Moderne Sittenbild.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Traubenstraße 48/49.
 Sonntag Abends 8 Uhr:
 Im Lande der Mitternachtssonne.
 Montag 8 Uhr:
 Helgoland im Wechsel der Zeit.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Heute Sonntag 50 Pf.
 Eintritt ...
 Kinder unter 10 Jahren
 die Hälfte.
 25 nachmittags 4 Uhr:
Gr. Militärkonzert.
 (3 Kapellen).
 Neben sowie täglich:
Militär-Doppelkonzert.

Puhlmanns Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Täglich:
Konzert - Theater
Spezialitäten.
 Stets neues Programm.
 Nach der Vorstellung im **Ball.**
 großen Theateraal!

Voigt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Montag, den 24. Juli 1911:
Jubiläumsvorh. zum 60. Male:
Goldene Jugend.
 Gr. Lebensbild m. Ges. u. Tanz i. 3 Akte.
 Wärmlich neue erstklassige Spezialitäten.
 In Vorbereitung: **Der Mittendubler.**

Königstadt-Kasino.
 Dolgmarktstr. 72. Ecke Rigandstr.
 Täglich:
Genieße das Leben!
 Gr. Gesangs-Ges. v. B. Gerde.
 Musik: **Franz Meißner,**
Les Emanuels,
Wally Richards.
 Anf. 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater
 Rudolf Krüger, Galenheide 13-15.
 Täglich: **Erstklassige Theater**
und Spezialitäten-Vorstellungen.
 Halbederter Theatergärten, bei un-
 günstiger Witterung **Schau** bietet.
 Jed. Mittwoch: **Gr. Kinderfest.**
 Donnerstags: **Elitetag.**

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
 In der heißen Jahreszeit
 angenehm kühler Aufenthalt.
 Abends:
 D. prunkvolle Eisballett
Montreal
 Die Stadt auf Schlitt-
 schuhen.
 Neu: **Push-Ball-Spiel**
 Zahlreiche
 Kunstianproduktionen.
 Exquisite Restauration
 bis 1 Uhr nachts.
 Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
 abds.: halbe Kassenpreise.

Café Bellevue.
 Rummelsburg am See.
 Inh.: G. Tempel.
 Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
u. Garten-Konzert.
 Jeden Sonnabend und
 Donnerstag:
Soireen der
Hoffmanns Sänger

Elysium Landsberger
 Allee 40-41.
 Täglich: **Erstklassige Theater**
und Spezialitäten-Vorstellungen.
 Kaffeeküche 1/2, 2ter 40 Pf.
Vereine! Rein Saal u. Garten
 ist an Sonnabenden im
 Juli-September mit Spezialitäten
 zu Sommerfesten zu vergeben.

Krouzberg-Festsäle und Garten
 Bei Otto Ernst, SW., Krouzbergstr. 48
 Jeden Sonntag: **Große**
Spezialitäten - Vor-
stellung (Paul Jeschke's
Ensemble). Entrée frei. Prog-
no Perle 10 Pf. - Jeden
Montag: Hoffmanns
Sänger. - Jeden Frei-
tag: Paul Manthays Lustige
Sänger. Paffes u. Borangul
gültig. Einige Sonnabende
 unt. 10. Tod. an Vereine zu vergeben.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Aussergewöhnlich billig :: 5 Waggon

Glas, Porzellan, Steingut und Wirtschafts-Artikel

Porzellan

Kaffeetassen mit Untertassen, weiss . . . Stück 7 Pf.
 Spiseteller weiss flach 10 Pf., tief 15 Pf.
 Abendbrotteller weiss Stück 8 Pf.
 Kompotteller weiss Stück 6 Pf.
Restaurationsteller flach . Stück 15 Pf.
 Saucieren weiss Stück 45 Pf.
 Salatieren weiss Stück 28, 38 Pf.
 Bratenplatten weiss . . . Stück 38, 45, 65, 95 Pf.
 Kaffee-Service mod. Dekor 9-tellig 2⁶⁵ 3⁹⁵
 Kaffee-Service mod. Dekor 16-tellig 7⁸⁵
 Ess-Service 30-tell. 19⁵⁰, 60-tell. 39⁰⁰, 78-tell. 62⁰⁰
 Tafel-Service für 6 Personen, apart. Rosendekor. 12⁵⁰

Steingut

Teller blau, Zwiebelmuster 10 Pf.
 Abendbrotteller blau, Zwiebelmuster 9 Pf.
 Kaffee- und Teetassen blau, Zwiebelmuster . . . 13 Pf.
 Salatieren Satz, weiss 90 Pf. bunt 1²⁵
Speiseservice für 6 Personen, 3tellig, fein dekoriert 3⁸⁵
 Waschgarnituren moderne Formen, 4tellig 95 Pf., 1⁷⁵ 2⁴⁵
 Blumenkübel 18, 28, 38, 48, 95 Pf.
 Blumentopf-Untersätze grün, glasiert 9, 12, 14, 16 Pf.
 Obstschalen auf Fuss, Fruchtdekor 1²⁵
 Obstteller ca. 18 cm, Fruchtdekor 18 Pf.
Dejeuners mit Tablett moderne Dekors, 6tellig 1⁹⁸
 Toiletteneimer mit Rohrbügel, weiss 2⁶⁵ creme, gold 3⁹⁵

Emaile

Toiletteneimer 1⁶⁰ 1⁸⁰
 Waschschüsseln weiss, 35 cm Durchmesser . 95 Pf.
 Kannen 1²⁵ 1⁷⁵ 2²⁵ 2⁷⁵
 Schmortöpfe 30, 45, 55, 65 Pf.
 Kasserollen 28, 35, 40, 45 Pf.
 Wasserkessel 1¹⁰ 1³⁵ 1⁵⁰
 Ascheimer 95 Pf. 2³⁵
Eimer dekoriert, ca. 28 cm Durchmesser . 95 Pf.

Waschwannen Zink . 6⁵⁰ 8⁷⁵ 10²⁵
 Waschzuber Zink . . . 6⁵⁰ 9⁰⁰ 10⁵⁰
 2 Gasplatten vernick., m. Erhitzer Garnitur 4²⁵

Ein Post. echt Porzellan- } flach oder tief 25 Pf.
Teller } Dessertteller 20 Pf.
 Feston m. Goldrand } Kompotteller 16 Pf.

Brotkörbe, Zuckerkörbe vernickelt . . . } durchweg
 Kakesdosen, Butterdosen vernickelt . . . } 90
 Servierbretter, Saftkannen vernickelt . . } Pfennig

Eisschränke vorzügl. Isolierung
 dauerhafte Bauart
 zirka 25% Ermässigung

Laferme
REDOUTE
 Cigaretten
 2-5 Pfennig
 Vorzügliche Qualitäten.

Die reellsten und billigsten
Möbel
 und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenburger Straße 5.
 4808L*

Ein warmes Nest



Die herrlichste Ferienzeit verlebt man in **Falkenhagen - West** und spart die teure u. unbequeme Sommerreise.

Direkt am Bahnhof Seefeld
 15 Minuten von **Charlottenburg** ab Bahnhof Jungfernheide
 30 Minuten ab Lehrter Bahnhof (Hamburger Bahn)

Wunderschönes Landschaftsbild mit bewaldeten Höhenzügen am Brieselang, an den schönsten u. grössten Laub- u. Nadelwäldern anschliessend. Direkter Stadtbahnverkehr steht in naher Aussicht. Die Döberitzer Heerstrasse liegt in nächster Nähe. Daher grosse Wertsteigerung!

Rute von 15 Mk. an
 Kleinste Anzahlung. Amortisat. - Hyp. bis 1920.
 Fertige Sommerhäuschen 700.-, 1100.-, 1500.- M.
 :: :: schlüsselfertig, sofort beziehbar :: ::

Nieschako & Nitsche
 Berlin NO, Neue Königstrasse 18
 Fernspr. Amt VII, 6378.

„Hoffnung“
 Berliner Schneider-Genossenschaft
 E. G. m. b. H.
 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
 Gegr. 1. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.
 Empfiehlt sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter
Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
 Große Auswahl in Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fantl-Westen in allen Größen und Preislagen sowie Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 103/1*
 der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabricieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.
 Im Juli und August bleibt unser Geschäft Sonntags von 10 Uhr ab geschlossen.

Das Preis-Rätsel
 der
Haloppi-Zigarette
 im Schaufenster
 der Zigarrengeschäfte!

Artikel für Kinder-, Sommer- und Vereinsfeste!
 Zügelaternen, Stocklaternen etc.
 Ballonlaternen, Girlanden etc.
 Artikel f. Tombola, Artikel f. Laubenkolonien.
 Verlangen Sie Sommerkatalog 1911.
 Billigste Bezugsquelle! Riesenauswahl!
Versandhaus M. Liemann
 Berlin C. 25, Prenzlauer Straße 46 V.*

Phänomen-Gold Feinste Cigarette Stck. 2, 3, 4, 5 Pf. Ueberall zu haben

Morgen Montag: Frauen-Leseabend.

Partei-Angelegenheiten.

Die Kreis-Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim tagt am Sonntag, den 23. Juli 1911, vormittags 10 Uhr, im „Café Bellevue“ in Stummelsburg, Hauptstr. 2.

- Auf der Tagesordnung steht: 1. Tätigkeitsbericht vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911. 2. Wahl der Kreisleitung. 3. Der deutsche Parteitag und die Frauenkonferenz; Wahl von fünf Delegierten. 4. Die Provinzialkonferenz und Wahl von drei Delegierten. 5. Erledigung der eingegangenen Anträge.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder. Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beiwohnen wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Der Kreisvorstand.

Wilmersdorf-Galersee. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die am Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, stattfindende Monatsversammlung ganz besonders aufmerksam gemacht, da in dieser Versammlung die Geschäftsordnung für Versammlungen und Wahlvereinsfunktionäre beraten werden soll. Der Vorstand.

Charlottenburg, II. Gruppe. Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus eine Versammlung der Gruppe statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Stadtparlament“. 2. Wahl eines Gruppenführers. 3. Verschiedenes. Guten Besuch erwartet. Der Gruppenführer.

Reinickendorf-N. Die Generalversammlung des Bezirks findet am Dienstag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Eisenbahn“, Provinzstraße, Ecke Nordbahnstraße, statt. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung und der Funktionäre; Partei- und Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Karlshorst. Dienstag, den 25. d. M., 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Färstendeb“. Vortrag des Genossen Stadt. Paul Dupont: „Massenjustiz, die Schmach des kapitalistischen Rechts“. Die Bezirksleitung.

Steglitz. Am Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Ahornstraße 15: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Der Jenaer Parteitag. Referent: Heinrich Schulz. 2. Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. 3. Verschiedene Anträge des Vorstandes.

Reichenow (Wannseebahn). Dienstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Venno Wiedeh, Potsdamer Str. 25: Fortsetzung der Generalversammlung. Wahl der Bezirksleiter und Revisoren. Vortrag des Genossen Tempelberg „Kunst und Arbeiterbewegung“. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Der Vorstand.

Lankwitz. Mittwoch abends 8 Uhr, bei Ebel, Nützenstraße: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Neuwahlen. Gemeindevorstandesbericht. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Groß-Befen. Heute Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Schmidt, Klein-Westen, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen Tempelberg-Charlottenburg. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes.

Parteilosen, die aus Schwarzburg-Sondershausen stammen, werden gebeten, ihre Adressen dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Spandauer Brücke 1a, mitzuteilen.

Berliner Nachrichten.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen liegt nur noch bis zum 30. Juli aus. Versäume kein Wähler, sich durch Einsichtnahme sein Wahlrecht zu sichern. Am heutigen Sonntag kann die Liste in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis 4 Uhr nachmittags eingesehen werden und zwar an folgenden Auslagestellen:

Table with 3 columns: Turnhalle, Wahlbezirke, umfassend die Stadtbezirke. Lists election districts and their corresponding polling stations.

In dem Brande in der Gummifabrik Herz, Köpenicker Straße, wird und geschrieben: In den Arbeiterkreisen dieser Fabrik ist es seit langem bekannt, daß die Abteilungen Streichsaal und Lauchraum eine direkte Menschenfalle darstellen, wiederholt sind die Arbeiter bei der Betriebsleitung vorstellig geworden und haben um Abhilfe ersucht. Der Obmann der Kommission wurde bald darauf entlassen mit der Begründung, man wolle Ruhe im Betriebe haben. Auch der Gewerbeinspektor Dr. Vohmann wurde wiederholt von der Organisation auf die Gefährlichkeit dieses Betriebes aufmerksam gemacht; zuletzt noch am 16. Juli brieflich. Trotzdem wir haben, den Empfang des Schreibens zu bestätigen, ist dieses nicht geschehen. Die Explosion kam im Streichsaal aus und zwar durch Selbstentzündung. Hier stehen mit engen Zwischenräumen 2 Spreidungsmaschinen. Zwischen der Wand und den Maschinen ist nur ein Weg von 1 Meter Breite, derselbe wird noch verengt durch circa 25 Bottiche mit Gummilösung und Benzin. Durch die Maschinen geht Leinwand, welche mit Gummilösung bestrichen wird. Durch die Reibung der Leinwand mit den Stahlwalzen entstehen öfter kleine Feuerfunken; in den letzten 4 Wochen ist dieses öfter passiert. Am dem Unglückstage fing auch die Leinwand Feuer, dieses sprang auf die Benzinbehälter über und im Augenblick stand der ganze Raum in Flammen. Da dieser Raum nur einen Ausgang hat und die Explosion an der Maschine entstand, welche sich der Tür am nächsten befand, so wurden die 6 hier beschäftigten Arbeiter vom Rettungsweg abgeschnitten. So kam es auch, daß von den sechs Mann einer verbrannte, zwei schwer verletzt und einer leichter verletzt wurden. Die Arbeiter, die sich in den Räumen über dem Brandherd befanden, mußten sich, da die Treppe vollständig verqualmt war, über die Feuerleiter nach dem Hofe retten. Auch hier war es noch ein Zufall, daß die Arbeiter diese Leiter benutzen konnten, da dieselbe direkt verbaut ist. Vor der Feuerleiter ist nämlich das Bureau des Ingenieurs gebaut und wenn dieser Herr nicht anwesend ist, dann ist auch der Zugang zur Leiter verschlossen.

Überhaupt sind die Zustände in dieser Fabrik sehr verbesserungsbedürftig, die Gewerbeinspektion würde hier ein reiches Arbeitsfeld vorfinden. So lagern in den Räumen größere Mengen von Benzin, aber nicht in feuerfesten Gefäßen sondern in Blechbüchsen, zu denen des öfteren noch die Deckel fehlen. In der Kaltkalkanisation, in der hauptsächlich Frauen und Mädchen beschäftigt sind, wird mit Schwefelkohlenstoff gearbeitet, Ventilation fehlt gänzlich. Auch hierauf ist die Gewerbeinspektion aufmerksam gemacht. Der Lauchraum ist 3 Meter hoch, 8 Meter breit und 13 Meter lang, hier werden Stoffe für Autoreifen getaucht, die Arbeiter stehen mit dem Gesicht über den Lösungsbüchsen, werden durch den Dampf betäubt und mehrfach sind dieselben mit dem Gesicht in die Büchsen gefallen. Der Ventilator befindet sich seit einem halben Jahre in Reparatur. Ventilation fehlt überhaupt im ganzen Betriebe. Das Reinigen der Fabrikräume findet nur selten statt. Der Schläschwagen befindet sich in einem Zustand, der ständig Unfälle herbeiführt. Die Garderobenräume sind ebenfalls jämmerlich. Für 200 Arbeiter sind nur sechs Kiosette vorhanden. Im letzten Vierteljahr sind hier mit dem neuen Unfall neun schwere Unfälle passiert, sechs davon waren der Gewerbeinspektion bekannt. Hoffentlich wird nun die Gewerbeinspektion sich diesen Betrieb etwas näher ansehen. Die hygienischen Verhältnisse lassen im allgemeinen in den Berliner Gummifabriken viel zu wünschen übrig, so passierte eine ähnliche Explosion erst kürzlich in der Norddeutschen Gummifabrik am Tempelhofer Ufer.

Diese aus den Kreisen der Arbeiter stammenden Mitteilungen bilden eine schwere Anlage gegen die Betriebsleitung und lassen die Frage aufwerfen, ob auch die Gewerbeinspektion alles getan hat, um schweres Unglück zu verhüten. Jedenfalls aber hat die Gewerbeinspektion alle Anlässe, ihre ganze Aufmerksamkeit Betrieben zuzuwenden, in denen so hochgradige Unglücksgefahren bestehen wie in den Gummi- und chemischen Fabriken.

Die Tätigkeit der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge im Jahre 1910.

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (Geschäftsstelle: Berlin, Wallstraße 89, Sprechzeit 9 bis 1 Uhr) hat kürzlich ihren Geschäftsbericht herausgegeben. Aus ihm ist ersichtlich, daß die Zentrale auf dem Gebiete der Jugendfürsorge ein achtbares Stück praktischer Arbeit geleistet hat. Die praktischen Leistungen der Zentrale zerfallen in drei große Abteilungen, in die selbständige Bearbeitung von Einzelfällen, in die Berliner Jugendgerichtshilfe und in die Tätigkeit bei der Fürsorgestelle des königlichen Polizeipräsidiums. Die Einzelfälle sind von 709 im Jahre 1907 bereits auf 1060 gestiegen, von denen 44 durch die Presse bekannt wurden. Von Interesse sind aus dieser Abteilung noch folgende Zahlen: Die Zentrale ließ durch Antrag 63mal die gesetzliche Fürsorgeerziehung anordnen, veranlaßte 64mal die Vormundschaft, 21mal Aufnahme in städtische Waisenfürsorge, 30mal in städtische oder Provinzialanstalten für Schwachsinnige und Epileptische, 20mal in Mädchenheimen und Krankenhäuser, 35mal in Ferienkolonien und Erholungspflanzungen, 20mal in Fortbildungs- und Haushaltungsschulen, 138mal in Erziehungsanstalten, Asyle, Heime, Kinderhorte, Kindergärten und Krippen, 70mal in Privatpflanzungen, 44mal in Lehr-, Dienst- und Arbeitsstellen, veranlaßte ferner 13mal die Rückkehr Jugendlicher in die Heimat, konnte 7mal eine Ausöhnung mit den Angehörigen herbeiführen, leitete 112mal eine regelmäßige Kontrolle oder weitere Beobachtung ein, erledigte 118mal den Fall durch einmalige oder wiederholte Raterteilung.

Um der gewerbsmäßigen Vermittlung von Adoptionen entgegenzuwirken, die den Vermittlern die Tasche füllen, das Wohl und Wehe der Kinder aber unberücksichtigt lassen, hat die Zentrale zunächst in kleinem Umfang mit der Vermittlung von Adoptionen begonnen, was bereits in 14 Fällen zu sehr befriedigenden Ergebnissen führte.

Die Berliner Jugendgerichtshilfe erstreckte sich auf nicht weniger als 2007 Fälle. Hier liegt die Aufgabe der Zentrale in der Zuleitung zu den bearbeitenden Vereinen und in der Rückleitung der Berichte an das Gericht. Doch wird auf Wunsch von Anfang an mit Rat und Tat materieller Natur eingesprungen. Zurzeit arbeiten 78 Korporationen in der Berliner Jugendgerichtshilfe mit. Nach dem Bericht hat sich die Organisation bewährt. Die Erfahrungen haben indes gelehrt, daß in manchen Fällen die Fürsorgetätigkeit zu einer Familienfürsorge werden müsse, in anderen Fällen bedürfe es besonderer pädagogischer Gaben oder besonderer Kenntnis auf armenpflegerischem Gebiete.

Von großer Wichtigkeit ist die Jugendfürsorgestelle beim Polizeipräsidium, die im Jahre 1910 insgesamt 1133 Fälle zu bearbeiten hatte. Im Polizeigefängnis und Polizeigewahrsam wurden 349 Minderjährige vorgeführt, davon 100 heimgeführt, 123 der freien Hilfstätigkeit, 66 der Fürsorgeerziehung überwiesen. Die Zahl der altmännlich zu behandelnden Minderjährigen belief sich auf 784, wovon 724 der freien Hilfstätigkeit und 60 der Fürsorgeerziehung überwiesen wurden. Es haben demnach genau 9 Proz. aller Fälle mit Fürsorgeerziehung geendet. Das Bedürfnis fordert aber, sagt der Bericht, unabwendbar Erweiterung dieser Arbeit. So mühte auch für die jugendlichen Obdachlosen gesorgt werden, insbesondere durch Beschaffung von Arbeitsbüchern und Invalidenarten.

Von den vorbezeichneten drei Gruppen aus wurden auf dem Lande in Arbeits- oder Dienststellen 115 Minderjährige untergebracht, in Pflanzstellen 12 kleinere Kinder.

Aus dem weiteren vielseitigen Wirken der Zentrale für Jugendfürsorge lassen sich hier nur einige Stichproben entnehmen. Die von der Zentrale in Verbindung mit anderen Organisationen im Januar 1911 veranstaltete Ausstellung gegen die Schundliteratur war ein Verdienst. Als Erfolg dieser Unternehmung ist ein wesentlicher Rückgang der Schundliteratur in offenen Verkaufsläden zu bemerken. Zur Einschränkung sind weitere Maßnahmen geplant. So soll durch Verteilung von Karten mit Uebersichten guter Lesegelegheiten die schuldlose Jugend Groß-Berlins auf die richtigen Quellen aufmerksam gemacht werden. Ferner ist der Versuch gemacht, auf Vermehrung von Fabrikbibliotheken, besonders in solchen Fabriken, die viele weibliche Kräfte beschäftigen, hinzuwirken. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat ja schon seit längerer Zeit in verschiedenen Teilen der Stadt Ausgabestellen für gute, billige Werke unter den wehrherzigsten Bedingungen eingerichtet. Von Schuldirektoren wird bei Laborministern, die in der Nähe von Schulen Schundliteratur verkaufen, auf Einstellung des Betriebes gedrungen.

Aus der Fürsorge für Säuglinge und Mütter ist zu erwähnen, daß die Hilfe der Zentrale in zwölf Fällen vor

der Geburt des Kindes gewährt worden ist. Der Verband für weibliche Vormundschaft sichert dem Kinde im voraus einen gewissenhaften Vormund. Bei der Unterbringung der Neugeborenen wurde auch das rühmlichst bekannte Kinderhaus in der Blumenstraße in Anspruch genommen.

Nicht rühmend ist noch die Fürsorge für die Kleinkinder. Es wird im Bericht betont, wie ungeheuer die Zahl der Kindergärten vermehrt werden müsse, um nur die Kinder der alleinstehenden, auf Erwerbsarbeit außer dem Hause angewiesenen Mütter unterbringen zu können. Sehr fühlbar macht sich der große Mangel an Anstalten, die solche Kleinkinder ganz in ihre Obhut nehmen.

Bei der Fürsorge für Schulpflichtige hat sich die von der Zentrale veranlaßte Umschulung von Kindern, die in schlechte Gesellschaft geraten waren oder durch das Bekannntwerden einer von ihnen begangenen Straftat in ihrem Schulverhältnis geschädigt schienen, bewährt. Die Unterbringung psychopathischer Kinder wird sich noch erfreulicher gestalten, wenn der Bau des Heilerziehungsheims für 24 psychopathische Anaben in Tempelberg bezugsfähig ist.

Die Fürsorge der Zentrale für die schulentlassene Jugend erstreckte sich neben weitgehender praktischer Hilfe auch besonders auf die Tätigkeit bei den Jugendgerichten. Es ist anzuerkennen, daß hier Frauen als Verteidigerinnen vor Gericht auftraten. Sie sind sehr häufig für bestimmte Verhältnisse urteilsfähiger als Männer. Aus der Schilderung einer Anzahl von Einzelfällen ersehen wir, daß wiederholt Kinder durch die Mitarbeiterinnen der Zentrale aus der elterlichen Wohnung mit polizeilicher Hilfe fortgenommen worden sind, ehe noch das zuständige Gericht die Fortnahme der Kinder verfügt hatte. Diese Vorherabnahme der gesetzlichen Bestimmungen ist unter keinen Umständen zu billigen. Ein solches Verfahren muß um so mehr verurteilt werden, wenn man weiß, daß das Gericht ohne jede Nachprüfung auf Grund von einseitigen Angaben hier seine Entscheidung faßt. Und die Berichte mancher rechtschreitenden Damen sind oft ansehbar, weil sich die vielfach aus besseren Kreisen stammenden Recherchierinnen gar nicht in die Lage der Arbeiter hinein denken können. Da ist es denn ganz gut, daß auch aus Gewerkschaftskreisen Mithelfer auf diesem Gebiete tätig sind, was aber aus dem Bericht nicht ersichtlich ist.

Wir bemerken im Bericht auch die Mitteilung, wieviel Fürsorgezöglinge wieder den Eltern als ordentliche Menschen zugeführt worden sind. Vermutlich ist diese Zahl außerordentlich gering. Das letzte und schärfste Mittel, die Unterbringung in der öffentlichen Erziehungsanstalt, ist und bleibt vorläufig ein Zwangsmittel ohne wahren pädagogischen Wert. Längst steht fest, daß Kinder in Fürsorge gebracht wurden und noch werden, die im allgemeinen gut geartet sind, aber für die Sünden der Eltern büßen müssen und nun ihr Leben lang den Stempel der Fürsorgeerziehung an der Stirn tragen. Auch hierüber schweigt sich der Bericht, dem eine größere Statistik beigegeben ist, aus.

Die neue Bestimmung der Berliner Waisendeputation, daß Jöglinge, die sich längere Zeit der Fürsorgeerziehung entzogen, sich währenddessen aber einwandfrei geführt haben, nicht aus geordneten, von ihnen selbst geschaffenen Verhältnissen herauszuweihen sind, konnte durch die Vermittlung der Zentrale bereits zur Anwendung gebracht werden.

So wichtig die Tätigkeit der Zentrale für Jugendfürsorge auch sein mag, wichtiger ist doch, für eine systematische Hebung der Lage der arbeitenden Klassen Sorge zu tragen und dazu beizutragen, daß die Ursachen der Verwahrlosung, des Verbrechen, die Not und das Elend beseitigt werden, als nur an den Folgen dieser Zustände herumzudoktern.

Fortschritte der Konsumgenossenschaft. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend schloß am 30. Juni ihr 12. Geschäftsjahr ab. Der Umsatz in den Verkaufsstellen betrug 6 071 988,06 M. Dazu kommen 749 793 M. Lieferantengeschäft und 48 931,62 M. Rohlen-umsatz, so daß der Gesamtumsatz sich auf 6 870 722,67 M. belief (gegen 6 638 834,18 M. im vorigen Geschäftsjahr, das sind 2 236 888,49 M. mehr. Der Juni brachte 634 445,03 M. gegen 453 079,06 M. im gleichen Monat des Vorjahres, also 231 365,97 Mark mehr. Bisher hat die Genossenschaft 65 Verkaufsstellen, dazu kommt in der nächsten Woche am Freitag, den 28. Juli, die Verkaufsstelle Reinickendorf-N. (Fölländer Str. 126; ferner die Verkaufsstellen Stolpische Str. 24; Baumkühlenweg, Baumkühlenstr. 93a; Wilmersdorf, Augustastr. 2; Westend, Fredericastr. 11; dann im Oktober die 9 Verkaufsstellen des Adlershofer Vereins sowie noch einige in Vorbereitung befindliche, so daß in Wäde nahezu 100 Verkaufsstellen vorhanden sein werden. Es ist demnach Aussicht vorhanden, daß das 13. Geschäftsjahr 10-11 Millionen Mark Umsatz bringt, falls die Genossenschaft die nötige Unterstützung der Mitglieder erhält.

Die Verschleppung der Sonntagsruhe.

Und wird geschrieben: Die Stadtverordneten von Berlin haben bekanntlich im Februar d. J. eine Verkürzung der Sonntagsarbeit um 2 Stunden beschlossen, und zwar in der Weise, daß in der Zeit von 1. Mai bis 30. September die offenen Verkaufsstellen nur von 7-10 Uhr und vom 1. Oktober bis zum 30. April von 12-2 Uhr geöffnet sein dürfen.

Die geplagten Handelsangestellten glaubten nunmehr, vom 1. Mai an dieser, wenn auch ungenügenden Erweiterung ihrer Sonntagsruhe teilhaftig zu werden. Doch hatten sie ihre Rechnung ohne den Berliner Magistrat gemacht. Der 1. Mai kam heran und die Geschäfte blieben wie bisher geöffnet. Der Berliner Magistrat konnte es nicht über sich gewinnen, in der Sozialpolitik voranzumarschieren. Er knüpfte daher an den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung die Bedingung, daß die angrenzenden Gemeinden dieselbe Regelung treffen. Das bedeutete natürlich eine Verschleppung ins Uferlose. Der Sommer ist fast vorüber, und es ist noch immer nicht abzusehen, wann endlich die Reichshauptstadt anderen deutschen Städten, wie München, Dresden, Frankfurt a. M. usw., nachhinken und von dem ihr seit zwei Jahren zustehenden Recht, die Verkaufszeit in den Detailgeschäften zu verkürzen, Gebrauch machen wird.

Zwar haben die meisten und bedeutendsten Groß-Berliner Gemeinden dem Berliner Beschluß sich angeschlossen, aber noch wartet die Millionenstadt auf Handelsplätze wie Vankow usw.

Wilmersdorf hat angeregt, die Angelegenheit durch persönliche Aussprache von Vertretern der beteiligten Gemeinden zu fördern. Doch das Zustandekommen dieser Konferenz liegt noch weit im Felde. Auf jeden Fall sind die Angestellten für diesen Sommer um die in Aussicht gestellte Erweiterung der Sonntagsruhe betrogen. Noch immer müssen sie in glühender Mittagshitze hinter dem Ladent

isch stehen und warten, bis sich vielleicht ein gedankenloser Käufer in den Laden verirrt.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands hat wie stets sein Möglichstes getan, den Forderungen der Gehilfenschaft Gehör zu verschaffen. Er hat seinen Standpunkt in Eingaben und überfüllten Protestversammlungen unermüdet vertreten; sozialdemokratische Stadtvorordnete haben im Rathause die Wünsche der Angestellten nachdrücklich zum Ausdruck gebracht.

Neben der Einwirkung auf die kommunalen Behörden hat sich der Zentralverband mit einer Reihe von Geschäftsinhabern in Verbindung gesetzt und so wenigstens mehreren Hunderten von Angestellten, namentlich im Weddingviertel und in Nizdorf, den freien Sonntag von 10 Uhr ab verschafft. Unsere Leser werden ersucht, diejenigen Geschäfte, welche ihren Angestellten die vollständige Sonntagsruhe gewähren oder mindestens von 10 Uhr vormittags an geschlossen halten, bei ihren Einkäufen an den Wochentagen zu bevorzugen. Am Sonntag sollte ein einsichtsvoller Konsument unter keinen Umständen kaufen.

Die Angestellten aber sollten in größerer Zahl als bisher einsehen, daß sie die Fortschritte, die ihnen die Gesetzgebung nach versagt, durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß im Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Zurau: Neue Königl. 36) erreichen können.

„Schrippenkirchen“ nennt der Volksmund eine mit dem Verein Dienst an Arbeitslosen in Verbindung stehende Einrichtung, deren Epigone schon besagt, daß hier die Prommen durch Einwirkung auf Schiffbrüchige ihren Sonderwünschen dienen wollen. Seit Jahren finden an mehreren Stellen der Stadt, so am Johannistisch, in der Adlerstraße und am Weddingplatz in der Müllerstraße, jeden Morgen, auch Sonntags, in aller Frühe Gebetsversammlungen statt, zu denen hauptsächlich Obdachlose pilgern. Man hört oft die Meinung, daß Obdachlose die Kost der Asile verschmähen, weil sie es nur auf das Nachtlager absehen und sich tagsüber durch Betteln oder auf andere Weise verhältnismäßig gut ernähren. Deshalb kaufen nun aber täglich einige hundert Obdachlose, sobald sie das Asyl verlassen haben, im Sturmschritt nach jenen Gebetsversammlungen? Nicht um zu beten und sich zu erbauen, obwohl ja auf manche Niedergedrückte eine vernünftige Ansprache einen gewissen Eindruck nicht verfehlen mag, sondern um den Hunger zu stillen, das Betteln möglichst zu vermeiden und die gereichten Schrippen mit Kaffee entgegenzunehmen. Das ist immerhin von Wert für solche Unglückliche, die in dem trefflichen Asyl des Berliner Arbeitervereins wegen Überfüllung keine Aufnahme fanden und dem päpstlichen Asyl aus dem Wege gehen. Es könnte in den Obdachlosen noch ein größeres Gefühl der Dankbarkeit aufkommen, wenn man die leibliche Speise nicht auch regelmäßig mit geistlicher Kost würzen wollte. Erst Gebet mit Singang, dann Schrippen mit Kaffee, hierauf wieder Gebet mit Ansprache, endlich Toppfeinigung — das sieht alles zu gemacht aus, um die Einrichtung auf ein höheres Niveau wirklich sozialer Lebensarbeit zu heben. Man reicht hier ein Stück Brot, um dafür seinen Tribut von der Seele einzufordern. Sehr viele, die ganz gern das Frühstück mit in den Kauf nehmen würden, gehen nur deshalb nicht nach der „Schrippenkirche“, weil sie sich von dem Seelenfang abgestoßen fühlen. Sie haben das richtige Empfinden, daß sie in ihrer Notlage für kirchliche Eigengewede ausgeschlachtet werden sollen.

Ein zweites Opfer der Explosionskatastrophe. Das Explosionsunglück in der Gummifabrik von S. Herz in der Köpenicker Straße 187/188 hat ein zweites Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus befindet sich in der letzten Nacht der 34jährige Arbeiter Otto Freytag aus der Köpenicker Straße 84, der am ganzen Körper schwer verbrannt wurde, seinen Verletzungen erliegen, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben. Das Befinden des gleichfalls schwer verbrannten Arbeiters Gessell hat sich etwas gebessert, doch ist die Lebensgefahr immer noch nicht beseitigt.

Herr v. Mantuffel, der bisherige Landesdirektor der Provinz Brandenburg, ist nunmehr offiziell aus seiner Stellung geschieden, nachdem er bereits vor längerer Zeit Urlaub genommen hatte. Er veröffentlicht im „Teltower Kreisblatt“ seinen Abschied mit Dankworten an die königlichen und kommunalen Behörden und an die gesamte Einwohnerschaft der Provinz.

Herr v. Mantuffel hat während seiner fünfzehnjährigen Tätigkeit als Landesdirektor der Provinz Brandenburg in echt reaktionärer Weise gewirkt und nicht zuletzt ist es ihm mitzubanken, daß in den letzten Jahren den Eingemeindungsbestrebungen in Groß-Berlin erhebliche Schwierigkeiten gemacht worden sind.

Wegen Kauflaufschwindels verhaftet wurde der 27 Jahre alte Ingenieur Rudolf Pinus, der in der Gütlicher Straße 1 ein Patent- und technisches Bureau betrieb. Pinus nahm anfangs vorigen Jahres einen Angestellten, dem er die Leihübernahme in Aussicht stellte und dem gegenüber er sich für einen reichen Mann ausgab, eine Bürgschaft von 10 000 M. gab, weil es sich um eine Vertrauenssache handeln sollte. Die Bürgschaft wurde in preussischen Staatspapieren auf den Namen des Pinus bei einer Bank niedergelegt. Als Pinus bald darauf unter dem Vorwande, daß er ungeeignet sei, den Angestellten wieder entließ, konnte dieser wegen einer Vertragsklausel das Geld nicht gleich zurückbekommen, später hörte er dann, daß ihm Pinus seine Vermögenslage falsch dargestellt habe. Als er jetzt Sicherstellung des Betrages verlangte, kam ans Licht, daß der Ingenieur die Papiere bald nach ihrer Niederlegung verkauft und den Erlös für sich verbraucht hat. Er hat auch bei vielen Leuten Schulden gemacht und schon den Offenbarungseid geleistet.

Goldmarenndiebstahl. Die Diebstähle bei Juwelieren und Goldwarenhändlern in Berlin häufen sich. Noch sind die beiden großen Diebstähle in der Potsdamer Straße in frischer Erinnerung, und schon wieder wird ein neuer Goldmarenndiebstahl, diesmal aus dem Nordosten der Stadt gemeldet. In der letzten Nacht drangen Einbrecher in der Neuen Königl. 60 in das Goldwarengeschäft von Kocjari ein. Die Diebe operierten in derselben Weise wie bei Kocjari u. Sohn in der Potsdamer Straße 24. Sie verschafften sich Zutritt zu einer über dem Laden zurzeit leerstehenden Wohnung und holten von hier aus ein Loch durch die Decke. Einer der Diebe stieg in den Laden hinauf und traf hier eine Auswahl unter den vorhandenen Gold- und Silberwaren. Der Geldschrank, in dem die wertvollsten Sachen lagen, blieb merkwürdigerweise unberührt. Vermutlich sind die Diebe gestört worden. Erbeutet haben sie für etwa 8000 M. Gold- und Silberwaren. Den Rückweg traten die Verbrecher wieder durch die Decke an.

Strassenbahnunfälle. Beim Verlassen eines fahrenden Strassenbahnwagens schwer verunglückt ist am Freitag die Frau des Ritterstraße 107 wohnenden Kaufmanns Hellmund. Frau H. hatte vormittags einen Strassenbahnwagen der Linie 35 zur Nachhausefahrt benutzt und sprang an der Ecke der Bringen- und Ritterstraße vom Hinterperren ab, als sich der Wagen bereits in der Einfahrt zur Haltestelle befand. Die Dame kam zu Fall und erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unterarmes sowie erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht. Die Verunglückte wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Ein zweiter Strassenbahnunfall ereignete sich Freitag nachmittags gegen 4 Uhr in Charlottenburg. Dort fuhr an der Ecke der Wilmersdorfer und Wilmarsstraße der Arbeiter Adolf Weging aus der Reuterstraße 88 in Nizdorf auf einem Zweirad gegen den Hinterperren eines Strassenbahnwagens der Linie 9E, und wurde dabei von der Maschine heruntergeschleudert. Er schlug so heftig mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf, daß er eine blutende Wunde am

Hinterkopf und anscheinend eine Gehirnerschütterung erlitt. Auf der Unfallstation in der Kaiser-Friedrichstraße erhielt er Notverbande und wurde von dort auf seinen Wunsch mittels Droschke nach der Wohnung seiner Eltern gebracht.

Aus Furcht vor einer Operation hat sich gestern nachmittags der 27 Jahre alte Kaufmann Adolf Grünbaum aus der Steglitzer Straße 84 das Leben genommen. Der Mann hatte ein Magenleiden und sollte gestern zu einem ärztlichen Eingriff nach einer Privat-Klinik gebracht werden. Während der Krankenwagen unterwegs war, um ihn abzuholen, schloß er sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe und war sofort tot.

In dem Tode des Vorfatters Geier in der Alten Jakobstr. 54/55, erfuhr uns Frau Geier um die Feststellung, daß ihr Mann sich nicht das Leben genommen habe, sondern einem Herzschlag erlegen ist.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 4. Juli er., nachmittags gegen 9 1/2 Uhr, wurde die Ehefrau Emma Thone, geb. Balzer, am 13. September 1892 zu Ottoboden geboren, 16 Jahre alt, beim Ehemann wohnhaft, auf der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Großen Sterns von einem unbekannt gebliebenen Radfahrer umgefahren. Dieselbe erlitt durch den Fall einen Schädelbruch und wurde nach dem Krankenhaus Nooit gebracht. Zeugen, welche Angaben über den Unfall und die Person des Radfahrers machen können, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Polizeipräsidium, Zimmer 346, melden oder ihre Wahrnehmungen zu Nr. 2028 IV 54, 11 einem Polizeirevier mitteilen.

Am 17. Juli d. J. wurde unweit des Dorfes Müggelheim im Amtsbezirk Grünau die Leiche eines 30 bis 40 Jahre alten Mannes gefunden. Bei der Leiche wurde ein geladener Revolver vorgefunden. Es handelt sich um einen Selbstmord durch Erschießen. Der Erschossene, der 1,72 Meter groß ist und blondes Haar hat, ist schon längere Zeit in Verwesung übergegangen, er dürfte daher schon längere Zeit dort gelegen haben. Velleidet war die Leiche mit einem braunen Jadelanzug, schwarzem steifen Hut mit der Inschrift: R. Kusfel, Sulzbach, mit weitem Revolver, braungeblühtem Schilps, weißem Hemd, braunen Strümpfen und schwarzen Samtschuhen. In der Tasche wurde ein Schlüsselring mit fünf Schlüsseln, 20 Pfennig und eine Schachtel Streichhölzer gefunden. Die Leiche befindet sich im Dorfe Müggelheim. Zweckdienliche Nachrichten sind an das königliche Polizeipräsidium zur Tagez. Nr. 2732 IV 16, 11 zu richten.

Ein großer Wohnungsbrand brach gestern früh 5 Uhr in der Rattenstr. 8 aus. Bei Ankunft der Feuerwehr fanden im ersten Stock Betten, Möbel und Fußböden in Flammen. Die Feuerwehrmannschaften mußten über einen Hakenleitgang gegen das Feuer vordringen und erstickten es mit einer Schlauchleitung.

Strassenperrung. Die Andrastraße von der Westlicher Straße bis zur Holzmarktstraße und das Gartenufer von der Weichbildgrenze bis zur Viehsteinbrücke werden wegen Pflasterarbeiten vom 24. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Im Zoologischen Garten ist vor einigen Tagen ein Gekko Zebra geboren worden, ein munteres Köhler, das von der besorgten Mutter getreulich beschützt und genährt wird. Das Junge zeigt zwar schon genau die Streifung der Eltern, seine Grundfarbe ist aber etwas dunkler, und die schwarzen Streifen zeigen an vielen Stellen einen rötlichen Anflug, so daß also das ganze Zeichnungsmuster weniger leuchtend hervortritt. Gerade diese größte und stärkste Zebra abessinische Zebraform kam bis vor wenigen Jahren eine Zeitlang nie lebend nach Europa, so daß dieser Zuchterfolg um so freudiger zu begrüßen ist.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 1,50 M. Kronenüberschuss vom 78. Bezirk des 2. Wahlkreises, 20 M. Kronenüberschuss von den organisierten Reichsanstaltsarbeitern, 9,95 M. v. d. organisierten Kollegen d. Reichsanstalts „Vormwärts“, Reimoldorf, 2,95 M. von „A. L.“ 3 M. vom 148. Bezirk des 2. Wahlkreises, 1 M. von Heringshausen, Kolonnenstraße, 10,50 M. Kronenüberschuss der 6. Abteilung des 6. Kreises, 2,20 M. Uebererschuss d. „Vormwärts“-Jugend d. 475. Bezirks der 1. Abteilung, 20 M. von der Kasse der Altiengeellschaft für Bauausführung, Salsger 6, 5,75 M. vom 381. Bezirk des 3. Wahlkreises, 9,95 M. aus d. Sechsterstraße d. b. Dresden d. Sa. Hugo Hartmann, Köpenicker Str. 154a, 15,50 M. vom 745. Bezirk d. 6. Kreises, 3 M. Uebererschuss einer Kronenpende d. d. Postboten d. Heilshütte Busch, R. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ordnungsfeier. Von fünf verschiedenen Seiten wurde gestern vormittags 9 1/2 Uhr die gesamte Charlottenburger Feuerwehr nach dem Schloßpark Friedrichstraße 6 — Königin-Elisabethstraße gerufen. Beim Eintreffen der Büge stand der Dachstuhl des umfangreichen, noch neuen Gebäudes in ganzer Ausdehnung in Flammen. Der Brand hatte eine derartige Verqualmung herbeigeführt, daß die dunklen Rauchwolken sich weit über den Kaiserdamm wölzten. Selbst der Regensee war in dichten Rauch gehüllt. Der Brandinspektor ließ sofort zwei Dampfströme in Tätigkeit treten und mit sechs Rohren, die über eine mechanische Leiter und die Treppen hinweg gelegt wurden, vorgehen. Erst nach einstündigem Wassergeben war die Gewalt des Feuers gebrochen. Der Dachstuhl ist vollständig ein Raub der Flammen geworden.

In der Generalversammlung des Wahlvereins, welche zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Klaunder, Poppich, Schmidt und Schödel in der üblichen Weise ehrte, referierte Genosse Georg Schmidt über das Thema: „Ein neues Ausnahmengesetz?“ — Nebenunterzog die einzelnen Bestimmungen des neuen Straßengesetzwurfs einer scharfen Kritik und forderte am Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden auf, durch Organisation und Agitation dazu beizutragen, daß der neue Reichstag eine Mehrheit erhalte, die dafür sorgt, daß dieser Gesetzwurf nicht Gesetz wird. Den Kassenbericht vom 4. Quartal 1910/11 erstattete der Kassierer Genosse Reinisch. Danach steht einer Einnahme von 2718,41 M. eine Ortsausgabe von 718,80 M. gegenüber. Nach Abführung von 1810,94 M. an die Kreiskasse verbleibt ein Ortsbestand von 188,67 M. Dem Wahlvereinsfonds wurden 318 M. für 3180 verkaufte Werten a 10 Pf. überwiesen. — Wie aus dem nun folgenden Bericht des Vorstandes hervorging, ist die Mitgliederzahl von 2700 am 30. Juni 1910 auf 3043, — darunter 384 Frauen — am Schluß des Jahres gestiegen. Die „Vormwärts“-Abonnenten sind auf 5030 gestiegen. Der Vorstehende, Genosse Brunner, bemängelte die überaus niedrige Zahl der Wahlvereinsmitglieder gegenüber den Vormwärtsabonnenten; hier müsse noch viel getan werden, um beide in ein einigermaßen ausgleichendes Verhältnis zueinander zu bringen. — Es haben im Berichtsjahre 22 öffentliche, 5 Mitglieder- und 5 Generalversammlungen stattgefunden. Flugblattverteilungen wurden 11 vorgenommen. — Aus der Bibliothek sind nach dem Bericht des Bibliothekars im Laufe des Jahres 502 Bände entnommen worden. — Die Neuwohler des Gesamtortes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsteher Genosse Wade, 2. Vorsteher Stulg, 1. Kassierer Seifert, 2. Kassierer Darnisch, 1. Schriftführer Hempelburg, 2. Schriftführer Doose, Beisitzer Finger, Beisitzerin Genossin Knobbe, Redizoren Genossen Herden, Lohsch, Rosenthal, Erfahrungsleiter Wilh. Müller, Bibliothekar Gerlach. Ferner wurden gewählt als Gruppenführer: 1. Gruppe: Berg, 2. Gruppe: Scheef und Brühmüller, 4. Gruppe: Klappstein, 5. Gruppe: Stabenow, 6. Gruppe: Schulz, 7. Gruppe: Bohla, 8. Gruppe: Bod. Materialverwalter: Franz Funge. Lokal-Kommission: Darnisch, Rogatz und Schornberg. Kinderkutschkommission: Frau Suhmann. Schifferagitation: Odmann Quitschou. Die Wahl des Gruppenführers für die zweite Gruppe wurde verlegt.

Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen: Bode Seifert, Rosenthal, Scheef, Bod und Genossin Knobbe, zur Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin: Bode, Berg, Brühmüller, Bohla, Bod, Klappstein, Knobbe, Rosenthal, Seifert, Schulz, Scheel und Stabenow gewählt.

Nizdorf.

Aus der Magistratsführung. An der 36. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu Dresden in der Zeit vom 18. bis 16. September d. J. nimmt Stadtbaurat Weigand teil. — An dem am 4. und 5. September d. J. in Eberswalde stattfindenden 34. ordentlichen Städtetag nehmen Bürgermeister Dr. Weinreich und die Stadträte Dr. Gluckmann und Adam teil. — Die bisherige 13./14. katholische Gemeindegemeinde in der Eberstraße soll mit ihrer Ueberführung nach dem Schulhause Westertor die Bezeichnung 33. und 34. Gemeindegemeinde erhalten. — Nach dem Vorschlage der Grundbesitzmildekommission erklärt sich der Magistrat damit einverstanden, daß ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bekanung des leichtenvorbenen städtischen Areals (Bazarus- und Luisenstadt-Kirchengemeinde) veranstaltet und hierfür ein Betrag von 17 000 M. aus Mitteln des Grundbesitzmildefonds aufgewandt wird. Die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung soll nachträglich herbeigeführt werden. Das Vermächtnis des verstorbenen Grundbesitzers Körner von 3000 M. soll angenommen und im Etat der Armenverwaltung als besonderer Fonds aufgeführt und verwaltet werden.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern morgen auf dem Herzbergplatz in Nizdorf. Die 8 Jahre alte Schülerin Margarete Mayer aus der Kaiser-Friedrichstr. 121, wurde beim Spielen von einem Strassenbahnwagen der Linie 85 überfahren und so schwer verletzt, daß sie auf der Stelle verschied.

Der Volksgarten befindet sich in der Kirchgasse im Alten Köpenicker Dorfe. Aufgenommen werden Kinder von 3—8 Jahren; bei Geschwistern werden Ausnahmen gemacht. Das Schulgeld beträgt 1,50 Mark monatlich oder wöchentlich 40 Pfennig, bei Geschwistern kostet das zweite Kind die Hälfte. Es wird verabreicht für 5 Pfennig 1/4 Liter gute Vollmilch, sowie für 10 Pfennig ein Liter entsprechendes besondliches Mittagessen. Geöffnet ist der Volksgarten von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, Sonnabends ist um 5 Uhr Schluß. Beschäftigt werden die Kleinen mit Spiel und verschiedenen Handarbeiten, welche unter Leitung eines Fräuleins ausgeführt werden. Auch Freistellen werden vergeben, 10 Proz. ganze und 5 Proz. halbe.

Pankow.

Die hiesigen postalischen Zustände entsprechen seit langem nicht mehr den Bedürfnissen des modernen Verkehrs. Ein einziges Postamt existiert in Pankow — einem Orte von 47 000 Einwohnern und mit erheblichem industriellen Verkehr. Dieses eine Postamt ist zudem an einer Stelle platziert, wo es vom überwiegenden Teil der Pankower Einwohner nur mit großer Umständlichkeit und unter unergonomischer Zeitverwöhnung erreicht werden kann. Es ist daher kein Wunder, wenn die Oberpostdirektion sich gegenüber dem seit Jahren und auch neuerdings wieder geäußerten Verlangen nach Errichtung eines zweiten Postamtes darauf berufen kann, daß der Postwertzeichen-Verkauf im Postamt in der Wollanstraße sich nur in mäßigen Grenzen bewege und deshalb kein Bedürfnis für ein zweites Postamt vorliege. Daß der größte Teil der Einwohner Pankows sich infolge dieser Zustände ebenfalls unter Zurücklegung von zeitraubenden und unständlichen Wegen der Postämter an der nördlichen Peripherie Berlins bedienen muß, scheint die Oberpostdirektion entweder zu übersehen oder für selbstverständlich zu halten. Es hat allerdings den Anschein, als ob letztere Auffassung hier eine Rolle mitspielt. Handelt es sich doch um einen nördlichen Vorort mit erheblich proletarischer Bevölkerung, für die ja auch auf anderen Gebieten das Bedürfnis selten ein brennendes ist. Wie ganz anders verhält sich die Oberpostdirektion gegenüber den westlichen Vororten mit derselben, ja geringeren Bevölkerungsdichte. Dort ist für zwei bis drei Postämter ein Bedürfnis vorhanden, während für Pankow mit seinem erheblichen industriellen Verkehr ein solches nach Ansicht der Oberpostdirektion nicht existiert. Wir sind die letzten, welche den westlichen Vororten ihre guten Postverhältnisse nicht gönnen, müssen aber doch bemerken, daß die Postverwaltung durch ihr Verhalten Pankow gegenüber den Anschein erweckt, als ob zwischen Norden und Westen mit zweierlei Maß gemessen wird. Wie dem aber auch sei, jedenfalls liegt ein dringendes Bedürfnis vor, den unerträglichen Zuständen im hiesigen Postwesen durch Errichtung mindestens eines weiteren Postamtes sobald als möglich abzuhelfen.

Tempelhof-Marientdorf.

Der Samariterkursus findet Montag abends, 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Berlinerstr. 41/42 statt. Vortrag über Bewußtlosigkeit — Hitzschlag — Sonnenstich usw. Daran anschließend praktische Übungen.

Adlershof.

Bei der gestern stattgefundenen Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung wurde Genosse Otto Petrich mit 615 gültigen Stimmen gewählt. An der Wahl nahmen etwa 40 Proz. der eingeschriebenen Wähler teil.

Königs-Wusterhausen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorstehende Genosse Viehies den Jahresbericht. Es haben stattgefunden sieben öffentliche und 13 Vereinsversammlungen, außerdem in dem unserem Wahlverein zugewiesenen Agitationsbezirk eine öffentliche Versammlung und zwei Agitationstouren. Bei den Gemeindevahlen in Wildau und Deutsch-Wusterhausen haben wir in der dritten Klasse in beiden Fällen den Sieg davongetragen. Aus der Vereinsbibliothek, welche aus 76 Büchern und Broschüren besteht, sind 20 Bände in Anspruch genommen worden. Die Mitgliederzahl beträgt in Königs-Wusterhausen 87, in Wildau 60 und in Deutsch-Wusterhausen 12; zusammen 159 (darunter 26 weibliche). „Vormwärts“-Lese sind in Königs-Wusterhausen 105, Wildau 90, Deutsch-Wusterhausen 28. Den Kassenbericht gab Genosse Diepe. Das 4. Quartal schließt ab mit Einnahmen von 159,57 M., Ausgaben 185,28 M., mithin 25,71 M. Defizit. Der Jahresabschluss ergab an Einnahmen 631,60 M., Ausgaben 822,16 M., mithin Ortsbestand 69,85 M. Die Neuwohler des Gesamtortes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsteher Kaiser, 2. Vorsteher Krause, Kassierer Hubrich, Schriftführer Sabag, Beisitzerin Frau Erdmann, Redizoren Wittroff, Guegel und Weder. Bezirksführer: Haug, Luff, Grundig und Ludwig; Lokalkommission: Frische, Hierde und Haug. Zur Kreis-Generalversammlung am Sonntag, den 13. August, und zur Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin am Sonntag, den 20. August, wurden die Genossen Kaiser und Grundig delegiert. Beschlossen wurde, daß die Delegierten in der Kreis-Generalversammlung den Genossen Kaiser für den 7. Agitationsbezirk als Delegierten zum diesjährigen Parteitag vorschlagen, außerdem zu dem abgeleiteten Lehrkursus des 7. Agitationsbezirks Stellung nehmen sollen.

Jugendveranstaltungen.

Köpenick. Sonntag, den 23. Juli, Spielpartie nach Hebensteiner Wähe. Treffpunkt 1/2 Uhr an der Volt.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Groß-Berlin-Friedberg. Ortsverein Berlin. Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Thimm, Tüfter Straße 79.

